

Rheinland-Pfalz



Statistische Monatshefte

1995

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2008	88	Die jüngste Bevölkerungsprognose basiert auf der Fortschreibung der Bevölkerung zum 31. Dezember 1993 und beschreibt die voraussichtliche Entwicklung bis zum Jahr 2008.
<hr/>		
Regionale Schülerprognose - Teil 2 -	93	Nach der Darstellung der Gesamtkonzeption der regionalen Schülerprognose und der Prognoseverfahren für die Grundschulen und die Übergänge auf die weiterführenden Schulen in der Februar-Ausgabe dieser Monatshefte befaßt sich der zweite Teil mit der Vorausschätzung der Schülerzahlen an den verschiedenen Schularten der weiterführenden Schulen und den Schulen für Lernbehinderte sowie mit der Prognose der Schulentlassungen.
<hr/>		
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. Juni 1994	103	Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer ist zwischen 1993 und 1994 erneut zurückgegangen. Es werden die unterschiedlichen Entwicklungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen aufgezeigt. Dabei wird auch auf den konversionsbedingten Arbeitsplatzabbau im Bereich der Zivilbeschäftigten bei Bundeswehr und Stationierungsstreitkräften und seine regionalen Auswirkungen eingegangen.
<hr/>		
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1993	111	Neben den Krankenhäusern sind die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen die zweite wichtige Säule der stationären Patientenversorgung.
<hr/>		
Entwicklung der Verbraucherpreise und des Verbraucherverhaltens	118	Die Statistiken der Wirtschaftsrechnungen und die Statistik der Verbraucherpreise bilden nicht nur die Grundlage für die Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung, sie geben auch Auskunft über den Wandel des Verbraucherverhaltens und die Preisentwicklung einzelner Produkte.
<hr/>		
Neuere Entwicklungen im Erwerbsgartenbau	122	Nach 1982 fand Anfang 1994 wieder eine Gartenbauerhebung statt. Über erste Ergebnisse wird berichtet.
<hr/>		
Anhang	25*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	31*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Beschäftigtenzahl zwischen 1993 und 1994 nochmals zurückgegangen

Am 30. Juni 1994 wurden in Rheinland-Pfalz 1,178 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeiter und Angestellte gezählt. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres waren dies gut 13 100 Beschäftigte oder 1,1 % weniger. Ein Vergleich mit dem Ergebnis des Jahres 1992, in dem mit 1,213 Millionen Beschäftigten der höchste Junibestand seit Bestehen dieser Statistik erreicht wurde, ergibt einen Beschäftigtenrückgang um rund 35 000 Personen bzw. 2,9 %. Dennoch liegt der Wert des Jahres 1994 um 10 % über dem Ergebnis des Rezessionsjahres 1983.

Von den Beschäftigten im Juni 1994 waren rund 676 100 Männer und 502 300 Frauen. Der Beschäftigungsrückgang gegenüber dem Vorjahr ging voll zu Lasten der männlichen Arbeitnehmer (- 2,1 %), während die Zahl der beschäftigten Frauen im Untersuchungszeitraum geringfügig um 0,2 % zugenommen hat. Wie stark die Bedeutung der Frauenbeschäftigung durch den Konjunkturaufschwung im zurückliegenden Jahrzehnt zugenommen hat, zeigt der Vergleich mit dem Rezessionsjahr 1983. Seit diesem Zeitpunkt hat die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen um fast ein Viertel (22,8 %) zugenommen. Diesem Anstieg um fast 93 200 Arbeitsplätze bei den Frauen stand im gleichen Zeitraum bei den Männern nur eine Zunahme um 2,1 % bzw. 13 800 Beschäftigten gegenüber.

Mitte 1994 waren von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rund 570 000 oder 48,4 % als Arbeiter tätig, mehr als 608 300 zählten zu den Angestellten. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Arbeiter um 2,8 % zurück, während die Angestelltenzahl um 0,6 % zunahm. Seit dem Tiefstand des Jahres 1983 ist die Zahl der Arbeiter um 3 % oder nicht ganz 17 900 Personen zurückgegangen, die der Angestellten aber um mehr als ein Viertel gestiegen. Von diesem Anstieg der Angestelltenzahl um fast 124 900 Arbeitnehmer entfällt der weitaus größte Teil (77,7 %) auf die zahlenmäßige Zunahme der angestellten Frauen. Hierbei waren fast drei Viertel (72,7 %) der zusätzlichen Frauenarbeitsplätze Teilzeitarbeitsverhältnisse.

Der Konjunkturrückgang der letzten Jahre hat in erster Linie den Produktionsbereich getroffen, in dem im Juni 1994 knapp 512 400 Beschäftigte gezählt wurden, 4,1 % weniger als 1993. Gegenüber dem Jahr 1991, in dem der höchste Stand der Beschäftigtenzahl in diesem Bereich seit 1980 erreicht wurde, betrug die Abnahme 9,6 % oder rund 54 500 Beschäftigte. Den weitaus größten Aufschwung hat in den zurückliegenden Jahren der Dienstleistungsbereich genommen. Hier waren 1994

rund 440 700 Arbeitnehmer beschäftigt. Trotz des konjunkturellen Rückgangs wies dieser Bereich gegenüber 1993 eine Zuwachsrate von 2 % auf. Stellt man dem aktuellen Jahr das Ergebnis von 1983 gegenüber, ergibt sich eine Steigerung der Beschäftigtenzahl um 96 100 Personen oder fast 28 %. Gleichzeitig ist der Anteil dieses Bereiches an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer von 32,2 auf jetzt 37,4 % gestiegen.

Innerhalb des Dienstleistungsbereiches hatte die Wirtschaftsabteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in den letzten Jahren einen besonderen Entwicklungsverlauf. Im Juni 1994 wurden hier rund 98 400 Beschäftigte gezählt, das waren 22,3 % der Arbeitnehmer des gesamten Dienstleistungsbereiches. Gegenüber 1993 ergab sich ein Rückgang der Arbeitnehmerzahl um 2,5 % oder fast 2 500 Personen. Während die Sozialversicherung eine weiterhin steigende Beschäftigtenzahl aufwies, ist bei den Gebietskörperschaften seit 1990 eine rückläufige Entwicklung festzustellen. Ursache hierfür ist der deutliche Arbeitsplatzabbau in der Wirtschaftsgruppe Verteidigung und Öffentliche Sicherheit, zu der die Zivilbeschäftigten bei Bundeswehr und Stationierungstreitkräften gerechnet werden. Hier ging die Zahl der Arbeitnehmer zwischen 1989 und 1994 um 33,1 % auf nunmehr knapp 29 400 Beschäftigte zurück. Der Anteil dieser Wirtschaftsgruppe an den Arbeitern und Angestellten der Gebietskörperschaften nahm gleichzeitig von 44,2 auf 33,3 % ab. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 103.

Regionale Schülerprognose für die weiterführenden Schulen

Räumliche Bezugsgröße bei der Prognose für die weiterführenden Schulen ist die einzelne Schule und der ihr zuzuordnende Schuleinzugsbereich. Bei der Ermittlung der Parameter, mit deren Hilfe die verschiedenen Komponenten der Schülerbewegung (Übergänge zwischen den Schularten, Wiederholer, Entlassungen) vorausgeschätzt werden, müssen zufällige Schwankungen im Stützzeitraum ausgeschaltet, andererseits aber regionale Besonderheiten hinreichend berücksichtigt werden. Neben kreis- und landesdurchschnittlichen Quoten werden daher auch schulspezifische Parameter verwendet, wenn diese tiefe Differenzierung geboten erscheint. Die Prognose der Schulentlassungen liefert Angaben über die Qualifikation der Schulabgänger und kann damit als Grundlage für Folgeprognosen, etwa über die Nachfrage nach Ausbildungs- oder Studienplätzen, dienen. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 93.

Bald 4 Millionen Rheinland-Pfälzer

Das Statistische Landesamt hat eine neue Prognose über die Bevölkerungsentwicklung vorgelegt. Die Berechnungen basieren auf der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 1993 und beschreiben die voraussichtliche Entwicklung bis zum Jahr 2008. Das Modell unterstellt anhaltende Zuwanderungsüberschüsse, die nur allmählich zurückgehen werden.

Der Prognose zufolge wird die Bevölkerung weiterhin kontinuierlich zunehmen und voraussichtlich noch im laufenden Kalenderjahr die 4-Millionengrenze überschreiten. Für das letzte Prognosejahr 2008 werden mehr als 4,2 Millionen Menschen vorausgeschätzt.

Eine Untergliederung nach Altersgruppen zeigt die auch schon bei den letzten Bevölkerungsvorausschätzungen erkennbaren Trends. So wird die gegenwärtig noch wachsende Zahl der Kinder im Kindergartenalter schon bald deutlich rückläufig sein. Mit entsprechender zeitlicher Verzögerung wird die Zahl der Kinder im Grundschulalter noch bis zum Jahr 1999 und die in dem für die Sekundarstufe I relevanten Alter bis zum Jahr 2003 steigen. Die für die höchste Schulstufe bedeutenden Altersjahre der 16- bis 19jährigen werden nach den Berechnungen noch bis zum Ende des Prognosezeitraums zulegen, ebenso wie die für die Entwicklung der Studentenzahlen entscheidende Altersgruppe der 19- bis 25jährigen. Darüber hinaus bestätigt sich wieder der bereits seit vielen Jahren erkennbare Trend einer erheblichen Zunahme der Zahl älterer Menschen. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 88.

Höchste Scheidungsziffer seit Bestehen des Landes

Im Jahre 1994 wurden von den Familienrichtern in Rheinland-Pfalz 9 003 Ehen rechtskräftig geschieden. Das ist die bisher höchste Zahl der Ehescheidungen in einem Berichtsjahr. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg von 5 %. 1990 wurden 7 329 Scheidungen registriert. Gemessen an dieser Zahl errechnet sich eine Zuwachsrate von 23 %. Selbst wenn man berücksichtigt, daß aufgrund der hohen Zuwanderungen in den vergangenen Jahren auch die Zahl der bestehenden Ehen in Rheinland-Pfalz angestiegen ist, kann nach den vorliegenden Ergebnissen von einer deutlich gestiegenen Scheidungshäufigkeit ausgegangen werden. Dies wird durch die Scheidungsziffer, welche die Zahl der geschiedenen Ehen je 10 000 der Bevölkerung angibt, verdeutlicht. Für 1990 errechnet

sich eine Ziffer von 19,6. Im Berichtsjahr wurde mit 22,9 ein neuer Spitzenwert erreicht.

Insgesamt wurden 7 257 Kinder zu Scheidungswaisen. Fast die Hälfte der Ehescheidungen betraf Paare, die zum Zeitpunkt der Scheidung keine minderjährigen Kinder hatten. In 2 800 der gescheiterten Ehen gab es noch ein Kind, bei gut jeder fünften Scheidung waren mindestens zwei Kinder von der Trennung ihrer Eltern betroffen. sch

75 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit zusammen 9 100 Betten

Ende 1993 gab es in Rheinland-Pfalz 75 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, das sind zu einem größeren Teil solche Einrichtungen, die unter der Bezeichnung Sanatorium, Kurklinik oder Kurheim geführt werden. Sie verfügten zusammen über annähernd 9 100 Betten. Gegenüber 1990 erhöhte sich die Bettenkapazität um 10 %. Knapp 70 % der Häuser mit 72 % der Gesamtbettenzahl befanden sich in privater Trägerschaft. Die Gesamtzahl der behandelten Patienten lag 1993 mit fast 86 000 um 17,7 % über derjenigen von 1990. Mit + 15,7 % war der Anstieg der Summe der Pflgetage im gleichen Zeitraum geringfügig niedriger. Die durchschnittliche Verweildauer der Patienten betrug 1993 knapp 35 Tage.

Die in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen am häufigsten vertretene Fachrichtung war die Innere Medizin, gefolgt von der Psychiatrie und der Orthopädie.

Am 31. Dezember 1993 waren in den Einrichtungen insgesamt 5 610 Personen beschäftigt; drei Viertel von ihnen waren Frauen. Vom Gesamtpersonalbestand waren 429 als Ärzte tätig, die relativ meisten als Internisten. Von den knapp 5 200 nichtärztlichen Beschäftigten entfiel mit rund 1 030 ein knappes Fünftel auf den Pflegedienst.

Allein 56 der insgesamt 75 Häuser befanden sich im Regierungsbezirk Koblenz, darunter jeweils 15 in den Landkreisen Ahrweiler und Bad Kreuznach. Der letztgenannte Kreis weist mit 1 853 auch die höchste Bettenzahl auf, das entspricht einem Fünftel aller aufgestellten Betten. Auch hinsichtlich der Beschäftigtenzahl steht der Landkreis Bad Kreuznach an der Spitze. In den dortigen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen waren zusammen 87 Ärzte sowie 1 100 nichtärztliche Mitarbeiter tätig. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 111.

**Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet¹⁾ im März 1995**

Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu März 1994 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	118,2	2,2
Bekleidung, Schuhe	118,8	0,8
Wohnungsmieten	141,3	4,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	90,5	-0,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	121,8	1,6
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	128,7	2,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	126,4	1,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	119,7	1,6
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	147,9	3,9
Gesamtlebenshaltung	125,6	2,3
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	124,8	2,1
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	126,6	2,2
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	125,6	2,5

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Drei Minuten eines Bruttostundenlohnes reichen heute für eine Tafel Schokolade

Gab 1950 ein Vier - Personen - Haushalt mit mittlerem Einkommen noch mehr als die Hälfte des verfügbaren Einkommens für Nahrungs- und Genußmittel aus, so waren es 1993 noch 22 %. Im gleichen Zeitraum stiegen dagegen die Ausgaben für das Wohnen von einem Zehntel auf ebenfalls nunmehr nahezu 22 %. Bei den Zwei - Personen - Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen und den Vier - Personen - Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen hatten bereits 1993 die Ausgaben für die Wohnung die für Nahrungs- und Genußmittel deutlich überstiegen.

kurz + aktuell

Bohnenkaffee, Hähnchen und Schokolade sind heute billiger als 1950. Auch sind viele andere Grundnahrungsmittel wie etwa Eier, Butter, Schweinekoteletts, Pflanzenöl und Zucker in diesen 44 Jahren merklich geringer im Preis gestiegen als der Preisindex für die Lebenshaltung. Da in dieser Zeit der durchschnittliche Bruttostundenlohn eines Industriearbeiters in Rheinland-Pfalz von 1,16 DM auf 24,41 DM, also auf das 21fache angestiegen ist, errechnen sich für die privaten Haushalte deutliche Kaufkraftgewinne. Mußte beispielsweise 1950 ein Industriearbeiter noch 67 Minuten für eine Tafel Schokolade an der Werkbank stehen, so sind es heute nur noch 3 Minuten. Beim Bohnenkaffe zeigt sich der Kaufkraftgewinn noch deutlicher. Waren damals noch 755 Minuten Arbeit für ein Pfund erforderlich, so reichen dafür heute bereits 19 Minuten aus.

br

Mehr über dieses Thema auf Seite 118.

Erste Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1994

Im Rahmen der Landwirtschaftszählung von 1991 fand im Januar und Februar 1994 eine Gartenbauerhebung statt. Sie erfaßte mit einem speziellen Erhebungsprogramm die besonderen Strukturen der Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen.

Knapp 5 000 Betriebe bauten 1993 Gartengewächse an, das ist gegenüber 1981 ein Rückgang um 30 %. Knapp 39 % der Betriebe (2 788) mit weniger als 1 ha gärtnerischer Nutzfläche (GN) gaben in den letzten 12 Jahren auf. Die Zahl der Betriebe zwischen 1 und 5 ha GN verringerte sich um 30 % auf 1 405. Dagegen bewirtschaften heute 374 Betriebe (+ 141 %) mehr als 10 ha GN. Die Zunahme der gärtnerischen Nutzfläche auf 14 800 ha erfolgte vor allem in diesen Betrieben. Ihr Anteil an der gesamten GN beträgt mittlerweile 56 %. Von der gärtnerischen Nutzfläche werden 7 500 ha für Gemüse, 6 100 ha für Obst, 300 ha für Zierpflanzen und 870 ha für Baumschulkulturen genutzt.

Rund 59 % der Betriebe verfügten über außerbetriebliche Einkünfte. In drei von vier dieser 2 892 Betriebe sind sie sogar größer als die betrieblichen Einkünfte. Eine wichtige Einkommensquelle ist die außerbetriebliche Erwerbstätigkeit (1 478 Betriebe). Nebenberuflich bewirtschaftet werden vor allem die Betriebe in den unteren Größenklassen und die Betriebe mit Obstbau.

bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 122.

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

zum letztenmal erscheinen die Statistischen Monatshefte unter meiner Schriftleitung. Ich möchte mich nach über 16 Jahren als Präsident des Statistischen Landesamtes von Ihnen verabschieden.

Bei einem Blick auf wichtige Daten der Statistiken in dieser Zeit ergeben sich bemerkenswerte Entwicklungen, die zeigen, daß Statistik nicht nur Orientierungshilfe, sondern Wissen ist, das man braucht, um Entscheidungen treffen zu können.

Veränderung wichtiger statistischer Größen

Merkmal	Einheit	1979	1994	Veränderung %
Einwohner (30. Juni)	1 000	3 630,9	3 937,6	8,4
Erwerbstätige (April)	1 000	1 553,0	1 708,0	10,0
Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)	Anzahl	48 262	132 876	175,3
Bruttoinlandsprodukt nominal	Mill. DM	72 825	148 271	103,6
Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen nominal	DM	50 210	99 294	97,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Januar)		100	163,0 ¹⁾	63,0
Wohnungsmieten (Januar)		100	185,3 ¹⁾	85,3
Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter (Jahresdurchschnitt)	DM	12,09	24,41	101,9
Steuereinnahmen des Landes (nach Verteilung)	Mill. DM	6 432,7	11 967,0	86,0
Steuereinnahmen nach Länderfinanzausgleich	Mill. DM	6 988,2	13 516,5	93,4
Schulden des Landes (31. Dezember)	Mill. DM	8 640,1	27 207,1	214,9
Schulden der Gemeinden und GV (31. Dezember)	Mill. DM	5 891,5	7 593,6 ²⁾	28,9

1) 1995. - 2) 1993.

Die Veränderungen der Daten bedürfen für den Fachmann keines Kommentars; sie sprechen für sich und lassen den Handlungsbedarf erkennen.

Angesichts der von den Haushaltskürzungen ausgehenden beträchtlichen Einsparungen bei zusätzlichem Informationsbedarf an neuen nationalen und vor allem supranationalen Statistiken ist eine sorgfältige Überprüfung des Statistikprogramms erforderlich. Sie muß einhergehen mit einer technisch und organisatorisch effizienten Datengewinnung, damit die wesentlichen Merkmale der Statistik bei aller Notwendigkeit des Sparens erhalten bleiben. Ohne die Fakten der Statistik wäre das schwieriger werdende Verständnis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorgänge kaum möglich.

Ihr

Dr. Karl Heinz Weis

Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2008

Prognosekontinuität

Die neue regionale Bevölkerungsprognose basiert auf der nach Alter und Geschlecht fortgeschriebenen Bevölkerung zum 31. Dezember 1993 und macht Angaben über die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2008. Bei der Festlegung der Annahmen wurde einerseits Wert auf Kontinuität gelegt. Es wurde darauf geachtet, daß die Modellparameter sich nach Möglichkeit nicht wesentlich von denen der vorangegangenen Prognose unterscheiden. Andererseits sollten aber erkennbare Änderungen der Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

Hinsichtlich der Annahmen zur Geburtenentwicklung wurde wiederum eine weitgehend gleichbleibende Geburtenneigung für den gesamten Vorausschätzungszeitraum unterstellt, was sich in einer nahezu konstanten zusammengefaßten Geburtenziffer von rund 14 610 niederschlägt. (Dieser hypothetische Wert beinhaltet durchschnittlich 1,461 im Verlaufe des Lebens einer Frau geborene Kinder.) Die Anzahl der Geburten wurde über Trendprognosen altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern ermittelt und berücksichtigt leicht zunehmende Tendenzen bei den Frauen ab etwa 28 Jahren und geringfügig rückläufige bei den jüngeren Frauen. Wegen entsprechender Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung führt dies zu insgesamt deutlich abnehmenden Geburtenzahlen. Während im Basisjahr 1993 noch 42 291 Kinder in Rheinland-Pfalz das Licht der Welt erblickten, werden für das letzte Prognosejahr nur knapp 34 700 Geborene vorausgeschätzt.

Stark wachsender Sterbeüberschuß

Die über eine Trendprognose alters- und geschlechtsspezifischer Sterbeziffern ermittelten Gestorbenenanzahlen gehen von einer weiterhin zunehmenden

Lebenserwartung aus. Das Sterblichkeitsniveau war bei der vorangegangenen Bevölkerungsprognose jedoch (zunächst) etwas niedriger, da die unerwartet günstige Entwicklung der Sterblichkeit im Basisjahr 1992 die Trendberechnungen spürbar positiv beeinflusste. Rückblickend ist die Gestorbenenanzahl 1992 offensichtlich als Ausreißer zu werten. Im Gegensatz zu früheren Vorausschätzungen unterstellt die aktuelle Prognose den negativen Trend der Sterblichkeitsentwicklung aber für den gesamten Vorausschätzungszeitraum, da im Einklang mit Bevölkerungsprognosen anderer Institutionen auch langfristig von einer steigenden Lebenserwartung ausgegangen wird. Bei früheren Prognosen des Statistischen Landesamtes war stets eine Konstanz der nach 7 bis 8 Prognosejahren erreichten Sterblichkeitsverhältnisse angenommen worden. Damit liegen die Gestorbenenanzahlen der aktuellen Prognose in den letzten Prognosejahren unter denen der Vorjahresprognose. Aufgrund der Altersstrukturveränderungen nimmt die Zahl der Gestorbenen im Vorausschätzungszeitraum kontinuierlich zu. Während im Basisjahr noch 43 871 Gestorbene verzeichnet wurden, ist für das Jahr 2008 eine Steigerung auf über 50 700 zu erwarten.

Die Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung zieht eine stark wachsende negative Bilanz der natürlichen Bevölkerungsentwicklung nach sich. Überstieg die Zahl der Gestorbenen die der Geborenen im Basisjahr nur um 1 580, so wird sich dieser Sterbeüberschuß bis zum Ende des Prognosezeitraums verzehnfachen.

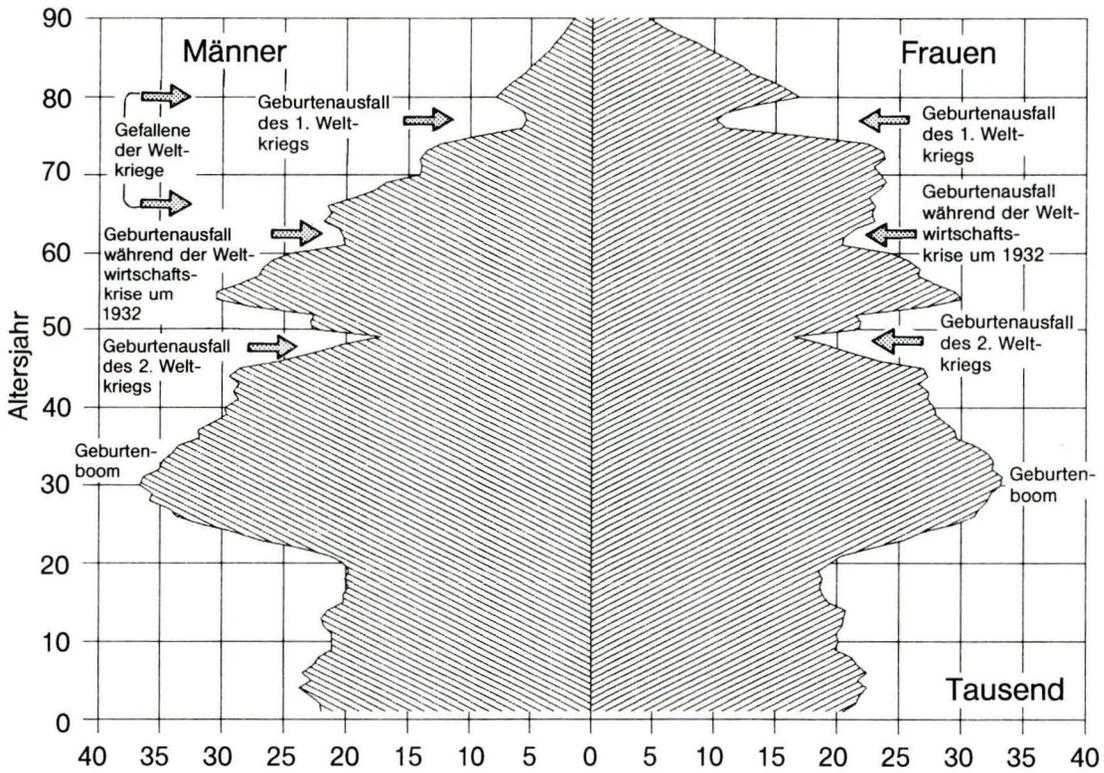
Mehr Zuwanderungen

Ein grundlegender Unterschied der aktuellen Bevölkerungsprognose im Vergleich zur Prognose auf Basis des Jahres 1992 besteht in den Annahmen über die Entwicklung der Außenwanderungen. In beiden Fällen

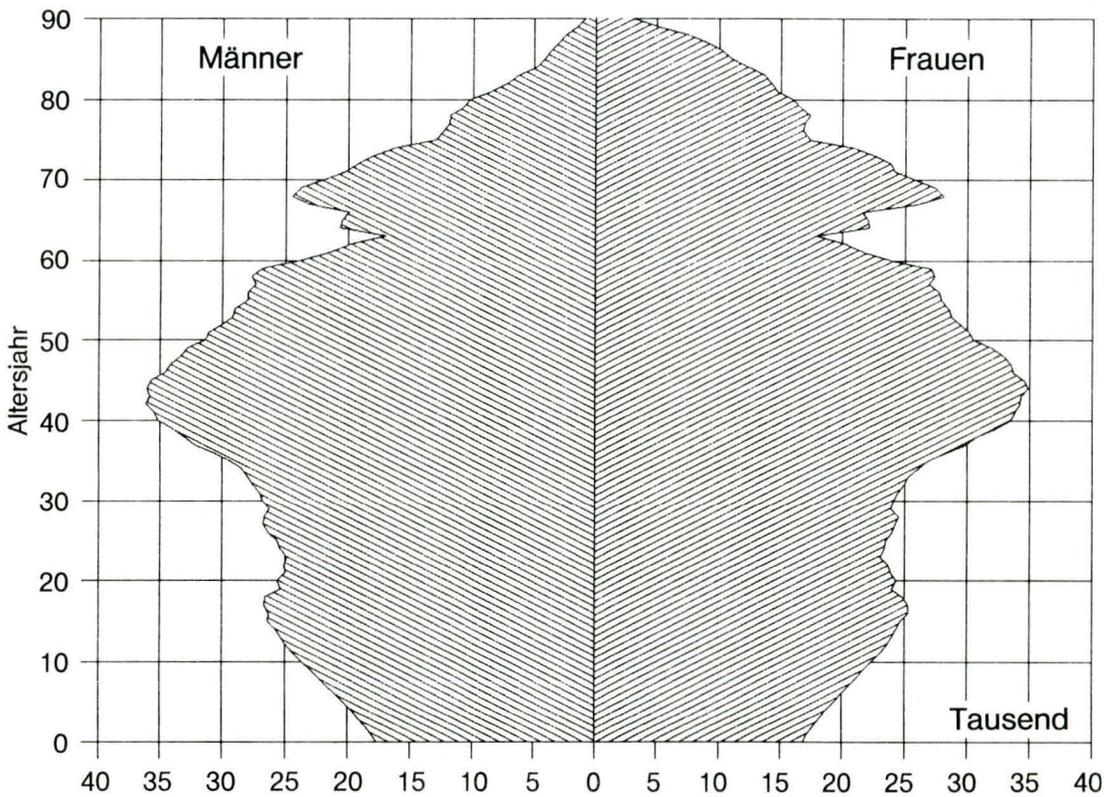
Bevölkerung 1993 bis 2008 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	1993	2000	2008	1993	2000	2008	2000	2008
	Anzahl			Anteil in %			1993 = 100	
unter 3	130 748	119 432	106 089	3,3	2,9	2,5	91,3	81,1
3 – 6	136 518	133 772	115 181	3,5	3,2	2,7	98,0	84,4
6 – 10	169 872	194 298	171 326	4,3	4,7	4,1	114,4	100,9
10 – 16	246 389	291 014	292 312	6,3	7,0	6,9	118,1	118,6
16 – 19	115 360	134 525	155 101	2,9	3,3	3,7	116,6	134,4
19 – 25	296 780	263 499	293 567	7,6	6,4	7,0	88,8	98,9
25 – 40	968 678	953 097	823 033	24,7	23,1	19,6	98,4	85,0
40 – 60	1 017 602	1 082 347	1 260 063	25,9	26,2	29,9	106,4	123,8
60 – 75	590 873	667 508	659 124	15,1	16,1	15,7	113,0	111,6
75 und älter	253 043	295 094	331 644	6,4	7,1	7,9	116,6	131,1
unter 20	838 590	917 071	889 305	21,4	22,2	21,1	109,4	106,0
20 – 65	2 455 466	2 526 252	2 536 483	62,5	61,1	60,3	102,9	103,3
65 und älter	631 807	691 263	781 652	16,1	16,7	18,6	109,4	123,7
Insgesamt	3 925 863	4 134 586	4 207 440	100	100	100	105,3	107,2

Altersaufbau der Bevölkerung im Jahr 1993



Altersaufbau der Bevölkerung im Jahr 2008



STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Bevölkerung 1993 bis 2008 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (KS)/ Landkreis (LK)	1993	1995	2000	2002	2005	2006	2008
	Anzahl						
KS Koblenz	109 807	110 323	110 807	110 758	110 473	110 318	110 019
LK Ahrweiler	122 287	125 527	131 642	133 372	135 218	135 651	136 349
LK Altenkirchen (Ww.)	132 601	136 122	142 707	144 530	146 530	147 026	147 816
LK Bad Kreuznach	153 714	156 217	160 729	161 881	162 932	163 126	163 406
LK Birkenfeld	90 137	91 524	93 738	94 207	94 474	94 458	94 376
LK Cochem-Zell	64 870	66 254	68 797	69 477	70 105	70 225	70 400
LK Mayen-Koblenz	200 818	204 617	211 819	213 816	215 899	216 378	217 176
LK Neuwied	172 862	177 783	187 524	190 389	193 662	194 504	195 943
Rhein-Hunsrück-Kreis	101 133	104 694	111 591	113 603	115 905	116 505	117 535
Rhein-Lahn-Kreis	125 468	128 064	132 537	133 615	134 515	134 654	134 814
Westerwaldkreis	189 857	195 588	206 766	210 091	213 933	214 932	216 661
KS Trier	99 183	99 830	99 989	99 615	98 842	98 563	97 988
LK Bernkastel-Wittlich	111 703	113 230	115 801	116 382	116 833	116 854	116 824
LK Bitburg-Prüm	94 217	95 618	98 013	98 542	98 889	98 899	98 838
LK Daun	61 596	62 987	65 501	66 107	66 689	66 783	66 875
LK Trier-Saarburg	132 266	134 129	137 086	137 631	137 790	137 717	137 425
KS Frankenthal (Pfalz)	48 099	48 387	48 225	47 939	47 382	47 158	46 707
KS Kaiserslautern	102 370	103 207	103 788	103 599	103 072	102 843	102 437
KS Landau in der Pfalz	39 258	40 003	41 118	41 355	41 510	41 523	41 515
KS Ludwigshafen a. Rh.	168 130	169 782	171 172	170 926	169 987	169 528	168 583
KS Mainz	185 487	187 318	188 607	188 213	187 119	186 663	185 812
KS Neustadt a. d. W.	53 782	54 807	56 706	57 209	57 724	57 841	58 027
KS Pirmasens	48 619	48 772	48 763	48 636	48 294	48 159	47 858
KS Speyer	49 310	50 515	52 601	53 093	53 545	53 629	53 749
KS Worms	79 155	80 172	81 533	81 729	81 728	81 647	81 475
KS Zweibrücken	35 704	36 301	37 234	37 386	37 466	37 447	37 371
LK Alzey-Worms	113 460	117 571	125 781	128 230	131 138	131 890	133 222
LK Bad Dürkheim	128 683	130 689	134 035	134 770	135 283	135 307	135 230
Donnersbergkreis	74 548	46 641	80 711	81 848	83 152	83 469	84 008
LK Germersheim	116 506	119 586	124 761	125 987	127 034	127 197	127 408
LK Kaiserslautern	106 856	110 231	116 598	118 352	120 200	120 635	121 328
LK Kusel	78 861	80 070	82 252	82 819	83 329	83 410	83 489
LK Südliche Weinstraße	105 140	106 660	108 880	109 239	109 273	109 179	108 930
LK Ludwigshafen	140 947	143 623	148 218	149 268	150 117	150 202	150 253
LK Mainz-Bingen	183 821	189 200	199 153	201 868	204 730	205 402	206 505
LK Pirmasens	104 608	106 295	109 403	110 196	110 881	110 993	111 088
Land	3 925 863	4 002 340	4 134 586	4 166 678	4 195 653	4 200 715	4 207 440

wurde angenommen, daß die gegenwärtig immer noch zu beobachtenden erheblichen Zuwanderungsströme künftig deutlich zurückgehen werden. Während jedoch bei den letzten Berechnungen ein Rückgang bis zum Jahr 2000 von gut 35 % unterstellt wurde, geht die aktuelle Prognose von einem länger anhaltenden Zuwanderungsüberschuß auf höherem Niveau aus. So wird eine kontinuierliche Verminderung bis zum Ende des Vorausschätzungszeitraums von insgesamt etwa 20 % unterstellt. Das gesamte Zuwanderungsvolumen aus dem Ausland beläuft sich bei der aktuellen Prognose auf 725 000 und liegt damit rund 100 000 über der Vorjahresprognose.

Die Außenwanderungsannahmen orientieren sich damit an einer aktuellen Prognose der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung für die Bundesraumordnungsregionen. Gleichwohl wird das dort angenommene Niveau immer noch um 40 000 Zuzüge unterschritten, eine noch größere Differenz zur Prognose auf Basis des Jahres 1992 wurde jedoch – auch in Anbetracht der anscheinend etwas abgeflach-

ten Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit – für nicht vertretbar gehalten.

Für die Wanderungsverflechtungen mit den neuen Bundesländern wurde angenommen, daß der Wanderungssaldo nach dem Jahr 2000 ausgeglichen sein wird. Die Vorausschätzung der Wanderungen mit den anderen Bundesländern erfolgte auf der Grundlage alters- und geschlechtsspezifischer Zuzugsziffern der vergangenen Beobachtungsjahre. Die Anzahl der Fortzüge sowie deren Regionalverteilung nach Zielgebieten ermittelt das Modell über nach Alter und Geschlecht differenzierte Fortzugsziffern auf der Basis eines Durchschnitts von 5 Beobachtungsjahren.

Mehr Studenten

Während die Erhöhung der Außenwanderungen grundsätzlich globale Auswirkungen auf das Gesamtmodell hat, gibt es eine weitere grundlegende Änderung gegenüber der Vorjahresprognose, die regional differenzierte Konsequenzen hat.

Das Modell berücksichtigt im Rahmen einer Sonderrechnung, daß Studierende sowie Zeit- und Berufssoldaten, soweit sie an ihren Studien- bzw. Stationierungsorten zur Bevölkerung zählen, zum Teil nur vorübergehend an diesem Ort verweilen und dann durch etwa gleichaltrige Bevölkerungsgruppen ersetzt werden. Diese Bevölkerungsgruppen unterliegen bei den Berechnungen also nicht dem normalen Alterungsprozeß. Darüber hinaus wird vereinfachend angenommen, daß Frauen während des Studiums keine Kinder bekommen. Damit hat die Sonderrechnung vornehmlich Auswirkungen auf die Alterstruktur und das Geburtenniveau an den Hochschulorten.

Die neue Prognose geht von steigenden Studierendenzahlen auf einem gegenüber der Vorjahresprognose höheren Niveau aus. Die bei früheren Vorausschätzungen stets unterschätzte Entwicklung ließ eine Korrektur nach oben angemessen erscheinen. Dies hat insbesondere Auswirkungen auf die für Mainz und Trier prognostizierte Bevölkerungsentwicklung.

Bald mehr als 4 Millionen Rheinland-Pfälzer

Am 31. Dezember 1993 verzeichnete die Bevölkerungsfortschreibung 3 925 863 Personen am Ort der Hauptwohnung. Damit hat sich die 1987 einsetzende Aufwärtsentwicklung fortgesetzt. Nach der vorliegenden Vorausschätzung wird dieser Trend anhalten, da der durch die hohen Zuzüge bedingte positive Wanderungssaldo im gesamten Prognosezeitraum den Negativsaldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung voraussichtlich mehr als ausgleichen kann. Nach den Berechnungen des Modells wird die 4-Millionengrenze gegen Ende des laufenden Kalenderjahres 1995 überschritten. Allerdings ist die Wanderungsentwicklung in der jüngsten Vergangenheit etwas stärker rückläufig, als im Modell angenommen. Doch selbst wenn die Zuzüge aus dem Ausland nicht die bei den Berechnungen unterstellte Höhe erreichen, so ist doch mit Sicherheit damit zu rechnen, daß spätestens 1996 mehr als 4 Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz leben werden. Danach wird eine weiterhin kontinuierlich wachsende Bevölkerung auf mehr als 4,2 Millionen in den letzten Prognosejahren erwartet.

Eine Untergliederung nach Altersgruppen zeigt die auch schon bei den letzten Bevölkerungsvorausschätzungen aufgezeigten Trends. So wird die gegenwärtig noch wachsende Zahl der Kinder im Kindergartenalter schon bald deutlich rückläufig sein. Mit entsprechender zeitlicher Verzögerung wird die Zahl der Kinder im Grundschulalter noch bis zum Jahr 1999 und die in dem für die Sekundarstufe I relevanten Alter bis zum Jahr 2003 steigen. Die für die höchste Schulstufe bedeutenden Altersjahre der 16- bis 19jährigen werden nach den Berechnungen noch bis zum Ende des Prognosezeitraums zulegen, ebenso wie die für die Entwicklung der Studentenzahlen entscheidende Altersgruppe der 19- bis 25jährigen. Darüber hinaus bestätigt sich wieder der bereits seit vielen Jahren erkennbare Trend einer erheblichen Zunahme der Zahl älterer Menschen.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Während der Umfang der gesamten Bevölkerung Anhaltspunkte für den Bedarf an Gütern und Dienstleistungen liefert, kann die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter als Potential zur Deckung dieses Bedarfs angesehen werden. Zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter seien hier alle Personen im Alter von 20 bis 65 Jahren gerechnet, eine pauschale Abgrenzung, die für langfristige Vergleichszwecke in Anbetracht gestiegener Ausbildungszeiten und insbesondere der zu erwartenden allgemeinen Heraufsetzung des Ruhestandsalters geeignet erscheint. Danach sind die unter 20jährigen noch nicht und Personen ab 65 Jahren nicht mehr erwerbstätig.

Aufgrund der unregelmäßigen Struktur des Bevölkerungsbaums variieren die Umfänge dieser drei Hauptaltersgruppen im Zeitablauf erheblich. Betrachtet man die Entwicklung seit 1950, so zeigen sich für die älteren Menschen außer in den frühen 80er Jahren erhebliche Zuwächse, die auch in Zukunft anhalten werden, während die Zahl der unter 20jährigen Schwankungen unterlag.

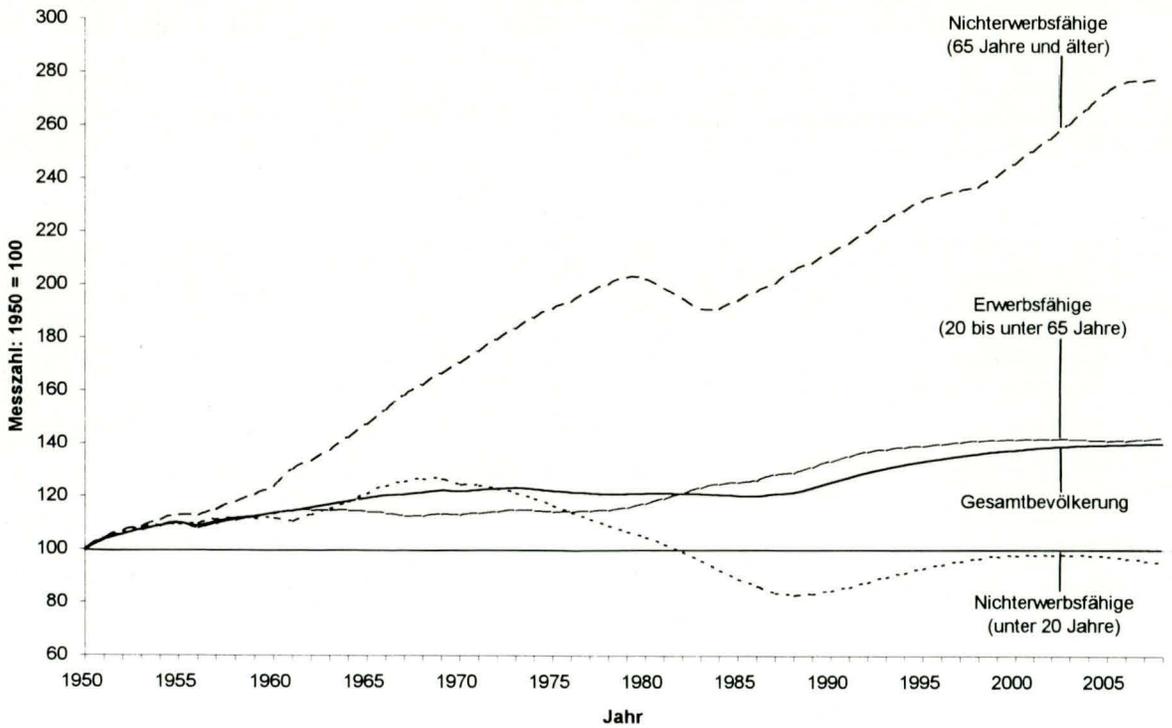
Die Auswirkungen dieser unterschiedlichen Entwicklungstendenzen lassen sich recht deutlich aufzeigen, wenn man die Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Beziehung setzt. Diese sogenannten Belastungsquoten geben Anhaltspunkte dafür, wie groß die Anzahl der Personen ist, für die die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufkommen muß.

Die Gesamtbelastungsquote (Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter je 1000 Personen im erwerbsfähigen Alter), die sich noch bis 1961 auf einem Niveau von knapp 700 hielt, stieg Ende der 60er bzw. Anfang der 70er Jahre auf deutlich über 800 an und erreichte Ende der 80er Jahre mit weniger als 600 ihren niedrigsten Stand. So gesehen sind die im Prognosezeitraum zu erwartenden Zuwächse auf bis zu 670 als wenig dramatisch einzustufen.

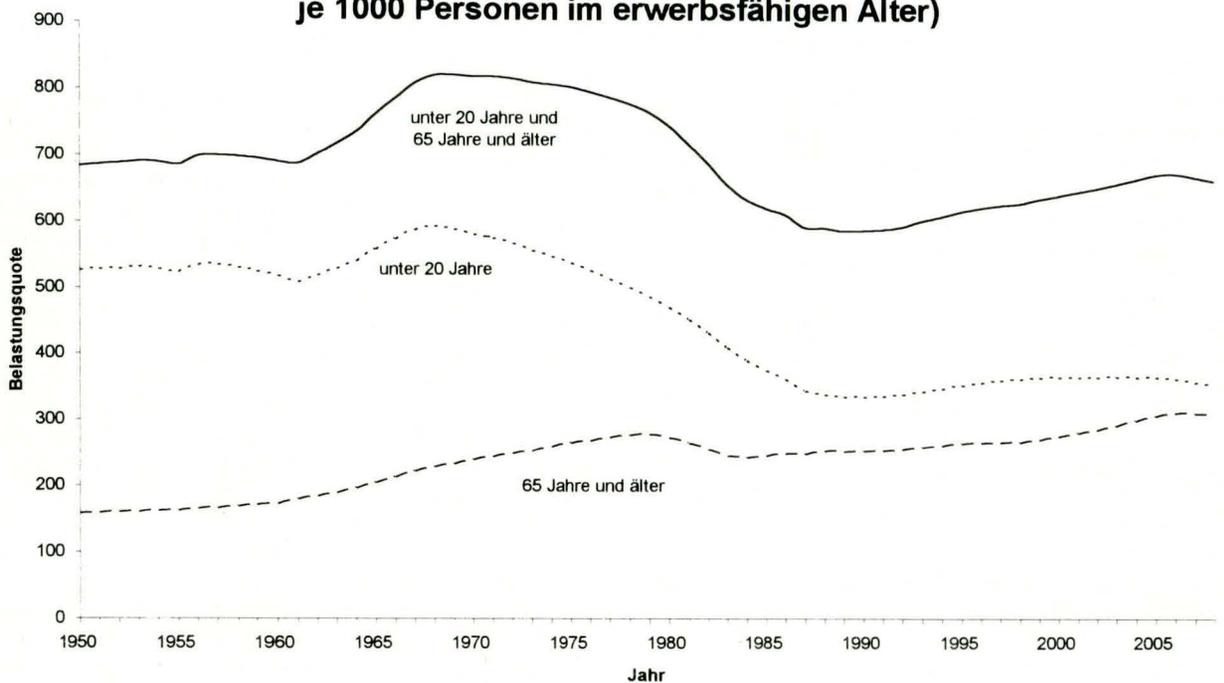
Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch bei einer Zerlegung in die beiden Teilbelastungsquoten. So wird die Altenbelastungsquote nach der Vorausschätzung künftig auf bis zu 310 Nichterwerbsfähige je 1000 Erwerbsfähige ansteigen und damit Werte annehmen, die in der Vergangenheit noch nicht erreicht wurden. Modellrechnungen, die über das Jahr 2008 hinausgehen, zeigen einen weiterhin stark steigenden Zuwachs dieser Werte. So wird für das Jahr 2030 eine Belastungsquote von über 420 und für das Jahr 2050 von nahezu 500 ermittelt. Die Tendenzen dieser Entwicklung stehen heute eindeutig fest. Auch Veränderungen der Modellannahmen können allenfalls zu kleineren Verschiebungen führen.

Den erheblichen zusätzlichen Belastungen der Gesellschaft durch die stark wachsende Zahl älterer Menschen steht jedoch eine gewisse Entlastung durch die Jüngeren gegenüber. So zeigt die Belastungsquote, die bis in die späten 70er Jahre noch über 500 lag, bei einem gegenwärtigen Wert von gut 340 in Zukunft nur

Bevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter 1950 - 2008



Belastungsquote 1950 - 2008 (Personen im nichterwerbsfähigen Alter je 1000 Personen im erwerbsfähigen Alter)



geringfügig höhere Werte mit gegen Ende des Prognosehorizonts rückläufigen Tendenzen.

Tiefe Regionalgliederung problematisch

Die für das Land prognostizierten Entwicklungstendenzen sind grundsätzlich auch auf Kreisebene zu erwarten. Dabei weisen die Berechnungen für die Landkreise im allgemeinen höhere Zuwachsraten als für die kreisfreien Städte aus. Im Vergleich zur Prognose auf Basis des Jahres 1992 ist besonders auf Unterschiede bei den Ergebnissen für die Städte Trier und Mainz hinzuweisen, die in den bereits erwähnten unterschiedlichen Annahmen bei der Sonderrechnung für die Studierenden begründet liegen.

Das Prognosemodell ist so konzipiert, daß Ergebnisse grundsätzlich nur bis auf Kreisebene ermittelt werden können. Die Festlegung der Annahmen, insbesondere über die Entwicklung der Wanderungen, ist naturgemäß um so problematischer, je kleiner die betrachteten regionalen Einheiten sind, da eine hinreichend stabile Datengrundlage dann häufig nicht mehr gegeben ist.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, auf Verbandsebene Berechnungen allein für die natürliche

Bevölkerungsbewegung, also ohne Berücksichtigung von Annahmen über die künftige Entwicklung der Wanderungen, durchzuführen. In Anbetracht der gegenwärtig anhaltenden und auch für die Zukunft noch zu erwartenden erheblichen Zuwanderungsströme führt dies jedoch zu unrealistischen Ergebnissen, da praktisch unterstellt wird, daß sich Zu- und Fortzüge in den betrachteten Gebietseinheiten jeweils gegenseitig aufheben. Bei der Verwendung entsprechender Ergebnisse für Planungszwecke von Verbandsgemeinden oder verbandsfreien Gemeinden ist daher eine Korrektur erforderlich. Häufig liegen bei den regionalen Planungsträgern Kenntnisse über Größen vor, die das Wanderungsgeschehen beeinflussen. Die Ausweisung von Neubaugebieten sowie die voraussichtliche Ansiedlung oder auch Stilllegung von Betrieben können bei der Aufstellung von Wanderungsannahmen herangezogen werden. Natürlich sollte auch die Entwicklung der Wanderungen in den vergangenen Jahren (z. B. Zahl der Zuzüge von Aussiedlern und Asylbewerbern) berücksichtigt werden. Soweit der Rückgriff auf derartige Größen nicht erfolgen soll, gibt es noch die Möglichkeit, die auf Kreisebene registrierten Veränderungsdaten auf die Verbandsgemeindeebene zu übertragen. Regionalspezifische Besonderheiten sollten dabei jedoch stets beachtet werden.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Regionale Schülerprognose

Teil 2: Weiterführende Schulen und Schulentlassungen

Die aktuelle Schülerprognose auf Basis des Schuljahres 1992/93 beruht auf einem gegenüber früheren Prognosen veränderten Rechenmodell. Vor Veröffentlichung der Prognoseergebnisse soll der Modellansatz methodisch erläutert werden. Der erste Teil dieser Beschreibung¹⁾ enthielt das grundlegende Konzept sowie die Modellkonstruktion für die Grundschulen und den Übergang auf weiterführende Schulen. Der zweite und letzte Teil geht auf den Rechengang für die weiterführenden Schulen und die Schulentlassungen ein.

Für alle beschriebenen Schularten gilt generell, daß die in den letzten Jahren verschiedentlich eingerichteten besonderen Fördermaßnahmen (oft für Aussiedlerkinder konzipiert) in der Prognose nicht berücksichtigt werden können.

Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien

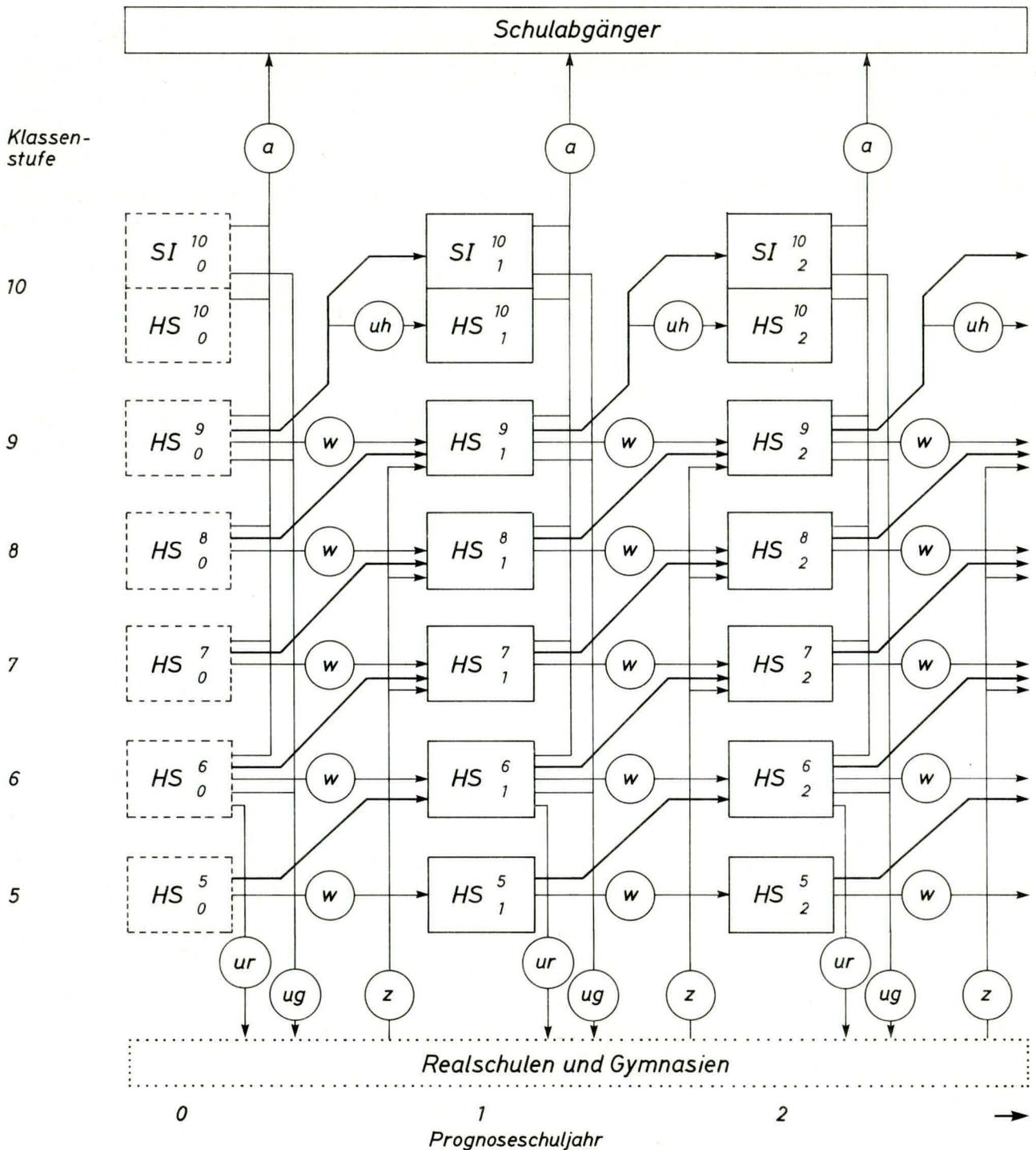
Grundlage der Prognose ist der Ausgangsbestand an Schülern nach Klassenstufen aufgrund der schulstatistischen Angaben des Basisschuljahres, die im Unterschied zum Grundschulbereich nach einzelnen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien gegliedert sind.

Der Schülerbestand der schulartübergreifenden Orientierungsstufen wird jeweils anhand der Übergangsquoten von der 6. zur 7. Klassenstufe aufgeteilt. Der auf die beteiligten Schulen entfallende Anteil bildet deren Ausgangsbestand. Bei der Ermittlung der zur Fortschreibung benötigten Quoten wird die schulartübergreifende Orientierungsstufe in der Regel nicht in die Ausgangsdaten einbezogen. Wiederholerquoten für die 5. und 6. Klassenstufe werden aufgrund von Landes- bzw. Kreisdaten (ohne schulartübergreifende Orientierungsstufe) geschätzt. Lediglich bei den Übergängen zwischen den Schularten werden für die an einer schulartübergreifenden Orientierungsstufe beteiligten Schulen Quoten berechnet, die auf den Übergängen auf nicht beteiligte Schulen beruhen.

Da die räumliche Bezugsgröße die Schule und der ihr zuzuordnende Schuleinzugsbereich ist, sind die vorzuschätzenden Schülerzahlen zum Teil sehr klein. Infolgedessen unterliegen die Ausgangsdaten auf regionaler Ebene vielfach starken Zufallsschwankungen, so daß zur Berechnung der Bewegungskomponenten anstelle von schulspezifischen Quoten oft Kreis- oder Landesdurchschnittswerte zugrunde gelegt werden. Da bei den Hauptschulen größere regionale Unterschiede zu beobachten sind, erscheint hier eine Regionalisierung wenigstens bis zur Kreisebene in den meisten Fällen angebracht. Bei den Realschulen und Gymnasien ist dagegen der Verzicht auf eine regionale

1) Hauk, Matthias / Libowitzky, Hans: Regionale Schülerprognose Teil 1, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 2/95, Seite 32 ff.

Ablaufschema für die Prognose der Schüler und Schulentlassungen an Hauptschulen



 Ausgangswerte

 Prognosewerte

w
Wiederholerquote
 (klassen- und kreisspezifisch)

a
Abgangsquote nach der Art des Entlassungszeugnisses
 (klassen- und schulspezifisch)

z
Zugangsquote von Realschulen und Gymnasien
 (klassen- und schulspezifisch)

ur
Übergangsquote auf Realschulen
 (klassen- und schulspezifisch)

ug
Übergangsquote auf Gymnasien
 (klassen- und schulspezifisch)

uh
Übergangsquote in HS - Klassen
 (schulspezifisch)

158/94

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Differenzierung der Quoten auch sachlich gerechtfertigt, weil der Schülerbestand an den auf klar umrissene Ausbildungsziele ausgerichteten Realschulen und Gymnasien, von temporären Ausnahmen abgesehen, homogener sein dürfte als an den Hauptschulen, wo die Schülerschaft regional recht unterschiedlich strukturiert sein kann (etwa bei Schulen in der Nähe sozialer Brennpunkte). Soweit regionalisierte Quoten vorgesehen sind und die benötigten schulspezifischen Ausgangsdaten fehlen, werden hilfsweise die landesdurchschnittlichen Quoten verwendet. Dieser Fall kann eintreten, wenn Schulen sich noch im Aufbau befinden und somit im Basisjahr der Prognose nicht alle Klassenstufen eingerichtet sind.

Ein besonderes Problem bei der Prognose der Hauptschüler bildet die 10. Klassenstufe, da sie nicht an allen Schulen vorhanden ist. Vielmehr werden Schüler aus mehreren Hauptschulen schwerpunktmäßig an einer Hauptschule zusammengezogen. Es handelt sich dabei um Schüler, die nach erfolgreichem Hauptschulabschluss in einem freiwilligen 10. Schuljahr den qualifizierten Sekundarabschluss I anstreben (sogenannte SI-Klassen). Dieser Bereich ist insbesondere seit 1989 erheblich ausgebaut worden. Um die Schülerzahl vollständig zu erfassen, werden auch diese Klassen in die Prognose einbezogen. Entsprechend der Status-quo-Aannahme liegt dabei der aktuelle organisatorische Stand zugrunde; dies ist bei der Auswertung der Regionalergebnisse zu beachten.

Schüler, die in das freiwillige 10. Schuljahr vorrücken, verbleiben gemäß der Fortschreibungsmethode als Residuum, wenn vom Schülerbestand der 9. Klassenstufe am Ende des Schuljahres die Schulabgänger, die Wiederholer sowie die Übergänge auf Gymnasien und in besondere Abschlüßklassen abgesetzt werden. Die Zusammenfassung der Schüler, die in die 10. Klassenstufe vorrücken, nach den Hauptschulen, an denen diese eingerichtet ist, erfolgt mit Hilfe eines Schemas, das auf der Grundlage der Einzugsbereichsstatistik entwickelt wurde. Da für die Hauptschulen feste Schuleinzugsbereiche gelten, kann anhand des Wohnorts der Schüler der 10. Klassenstufe festgestellt werden, welche Quell-Hauptschulen der Hauptschule mit 10. Klassenstufe zuzuordnen sind.

In früheren Jahren wurde von der Schulstatistik eine weitere spezielle Fördermaßnahme als 10. Klassenstufe ausgewiesen. Es handelte sich dabei um besondere Abschlüßklassen (sogenannte HS-Klassen), die ebenfalls nicht flächendeckend vorhanden waren und mittlerweile nur noch an wenigen Schulen existieren. Sie werden eingerichtet für Schüler, die den Hauptschulabschluss bis zum Ende der Schulpflicht nicht erreicht haben und durch intensive Förderung zum erfolgreichen Abschluß geführt werden sollen. Diese Fördermaßnahme wird nun von der Schulstatistik unter der 9. Klassenstufe erfaßt, und daran lehnt sich auch der Ergebnisausweis der Schülerprognose an (bezüglich Schülerbestand und Schulentlassungen). Im Rechengang werden besondere Abschlüßklassen jedoch noch als 10. Klassen behandelt. Die Übergänge in besondere Abschlüßklassen werden mit Hilfe schulspezifischer

Quoten vorausgeschätzt. Zur Ermittlung dieser Quoten werden die Schüler der besonderen Abschlüßklassen anhand der Einzugsbereichsstatistik derjenigen Hauptschule zugeordnet, die sie zuvor besucht haben, und dort zum Schülerbestand der 9. Klassenstufe am Beginn des vorangegangenen Schuljahres in Beziehung gesetzt. Die Prognose der Übergänge in besondere Abschlüßklassen erfolgt entsprechend durch Multiplikation der Übergangsquoten mit dem vorausgeschätzten Schülerbestand der 9. Klassenstufe.

Übergänge zwischen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien

Zur Berechnung der Schülerübergänge zwischen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien bieten sich grundsätzlich folgende Alternativen:

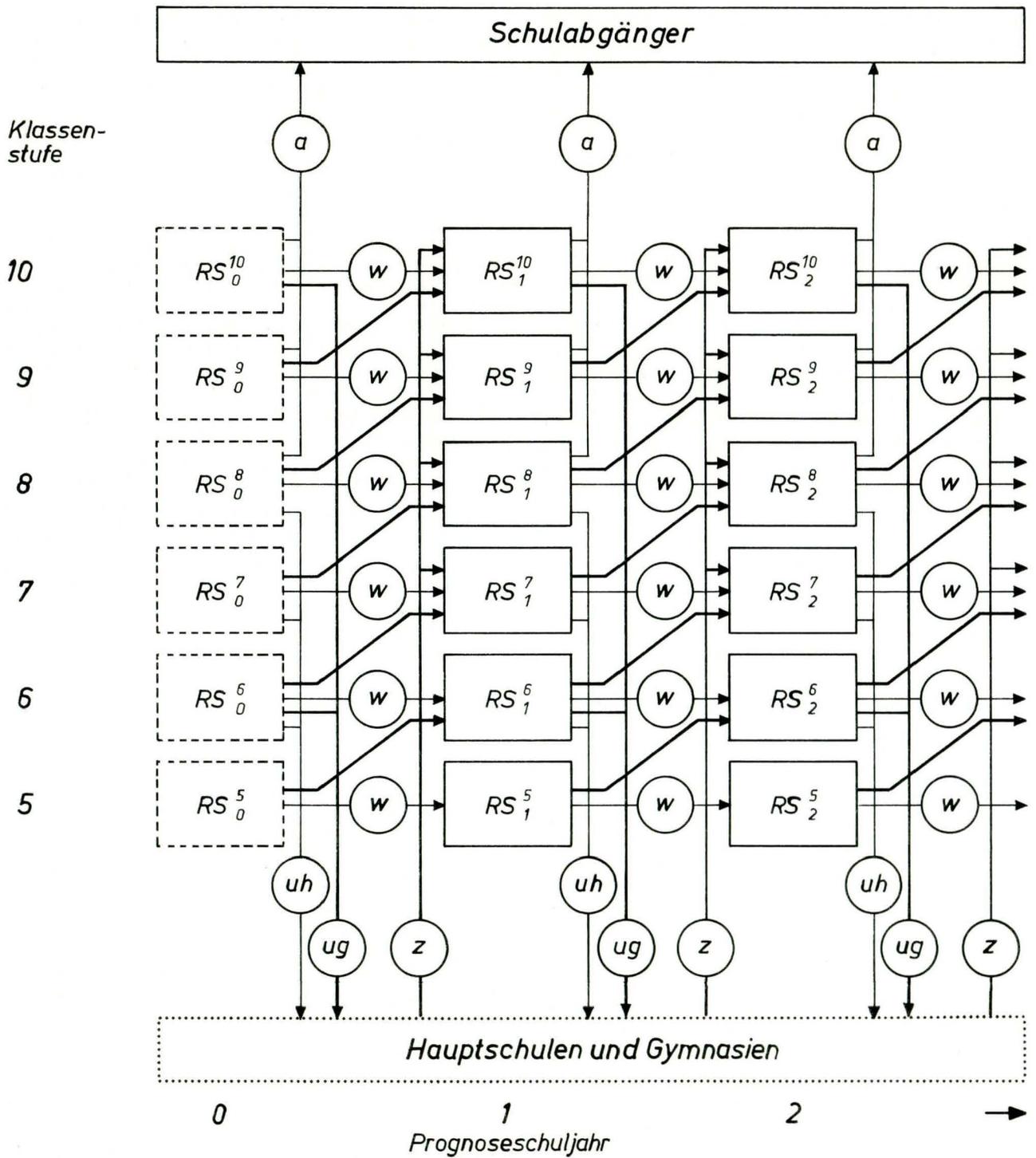
- Entwicklung eines Verflechtungsmodells, das die Schülerübergänge zwischen den verschiedenen Schularten in einem konsistenten System integriert; die Zahl der prognostizierten Schülerübergänge von einem Gymnasium auf Realschulen entspricht dann beispielsweise genau der Summe, die für die dem Gymnasium zugeordneten Realschulen als Zugang von diesem Gymnasium vorausgeschätzt wird;
- autonome Berechnung von schulbezogenen Übergängen, bei der auf die Integration in einem Verflechtungsmodell verzichtet wird, was allerdings den Nachteil hat, daß sich zwischen den Übergängen einerseits und den ihnen entsprechenden Zugängen andererseits Differenzen ergeben können.

Die Berechnung der Schülerübergänge nach einem Verflechtungsmodell erfordert wegen der unterschiedlichen Gebietsraster für Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien nicht nur einen außergewöhnlichen Aufwand, sondern setzt auch die Aufschlüsselung der Schülerübergänge auf die Schuleinzugsbereiche der jeweils anderen Schularten mit Hilfe von Schätzgrößen voraus, die die tatsächliche Verteilung nur mit Einschränkungen widerspiegeln dürften. Trotz seiner formalen Konsequenz ist es daher zweifelhaft, ob der Einsatz eines Verflechtungsmodells für die Prognose der Schülerübergänge zu einer Verbesserung der Ergebnisse beiträgt, die den Aufwand rechtfertigen könnte. Aus diesen Gründen werden die Übergänge auf andere Schularten und die Zugänge von anderen Schularten unabhängig voneinander vorausgeschätzt.

Übergänge nach Abschluß der Orientierungsstufe

Die Klassenstufen 5 und 6 bilden als schulartabhängige bzw. schulartübergreifende Orientierungsstufe eine pädagogische Einheit. Die Schulordnung sieht daher einen Wechsel zwischen den weiterführenden Schularten in der 5. Klassenstufe nur für Ausnahmefälle vor. Am Ende der 6. Klassenstufe hat die Einrichtung der Orientierungsstufe zu einer größeren Zahl von Übergängen auf die jeweils anderen Schularten geführt, da nach Abschluß der Orientierungsstufe die im Regelfall endgültige Entscheidung über die Schullaufbahn getroffen

Ablaufschema für die Prognose der Schüler und Schulentlassungen an Realschulen



Ausgangswerte
 Prognosewerte

- W** Wiederholerquote (klassenspezifisch)
- a** Abgangsquote nach der Art des Entlassungszeugnisses (klassen- und schulspezifisch)
- z** Zugangsquote von Hauptschulen und Gymnasien (klassen- und schulspezifisch)
- uh** Übergangsquote auf Hauptschulen (klassen- und schulspezifisch)
- ug** Übergangsquote auf Gymnasien (klassen- und schulspezifisch)

160/94

wird. Abgesehen von einigen anderen regionalen Besonderheiten wird das Übergangsverhalten – in der Datenbasis und im Prognoserechengang – vor allem durch die Existenz schulartübergreifender Orientierungsstufen örtlich stark beeinflusst, weil die Schüler der schulartübergreifenden Orientierungsstufe rechnerisch der endgültig gewählten Schulart bereits beim Wechsel von der Grundschule in die 5. Klassenstufe zugeschlagen werden. Die Zahl der am Ende der 6. Klassenstufe auf eine andere Schulart wechselnden Schüler ist an Schulen, die an einer schulartübergreifenden Orientierungsstufe beteiligt sind, wesentlich geringer als an vergleichbaren anderen Schulen, weil Übergänge von schulartübergreifenden Orientierungsstufen nur dann berücksichtigt werden, wenn sie auf eine nicht beteiligte Schule erfolgen.

Die Schülerübergänge auf die jeweils anderen Schularten am Ende der 6. Klassenstufe werden daher mit Hilfe schulspezifischer Übergangsquoten vorausgeschätzt. Zur Berechnung der Quoten werden die Übergänge im Verlauf und am Ende eines Schuljahres zu den Schülerzahlen am Anfang des Schuljahres in Beziehung gesetzt. Die Zahl der Schülerübergänge am Ende eines Prognoseschuljahres resultiert schließlich aus der Multiplikation der vorausgeschätzten Schülerzahlen der 6. Klassenstufe nach Schulen mit den jeweiligen Übergangsquoten.

Entsprechend können beträchtliche regionale Unterschiede bei den Zugängen in der 7. Klassenstufe auftreten, da Zugänge von schulartübergreifenden Orientierungsstufen an den beteiligten Schulen in der Prognoseberechnung schon vorab berücksichtigt sind. Dies macht die Regionalisierung der Zugangsquoten in der 7. Klassenstufe erforderlich. Zur Ermittlung der Zugangsquoten werden die Zugänge am Anfang des Schuljahres zu den um diese Zugänge verminderten Schülerzahlen in Beziehung gesetzt. Zugänge von schulartübergreifenden Orientierungsstufen sind nur insofern berücksichtigt, als sie eine nicht beteiligte Schule zum Ziel haben. Die Zugänge am Anfang eines Prognoseschuljahres ergeben sich durch Multiplikation des zunächst vorhandenen Schülerbestandes der 7. Klassenstufe (vorrückende Schüler und Wiederholer) nach Schulen mit den jeweiligen Zugangsquoten.

Übergänge aus anderen Klassenstufen

An den Hauptschulen spielen neben den Übergängen auf Realschulen bzw. Gymnasien am Ende der Orientierungsstufe (6. Klassenstufe) lediglich die Übergänge auf Gymnasien nach erfolgreichem Abschluß der Ausbildung (9. bzw. 10. Klassenstufe) eine größere Rolle. Zwar ist die Zahl dieser Übergänge insgesamt gering, örtlich sind jedoch Schwerpunkte im Einzugsbereich von Aufbaugymnasien und Gymnasien mit Aufbauzügen zu beobachten. Wegen dieser großen regionalen Unterschiede ist die Verwendung schulspezifischer Übergangsquoten erforderlich. Zugänge von Realschulen und Gymnasien erlangen ab der 7. Klassenstufe größere Bedeutung. Da die Zugangsquoten in

den Klassenstufen 8 und 9 bei 2 % liegen und keine signifikanten regionalen Unterschiede aufweisen, können Landesdurchschnittswerte verwendet werden. In der 10. Klassenstufe treten praktisch keine Zugänge von Realschulen und Gymnasien mehr auf.

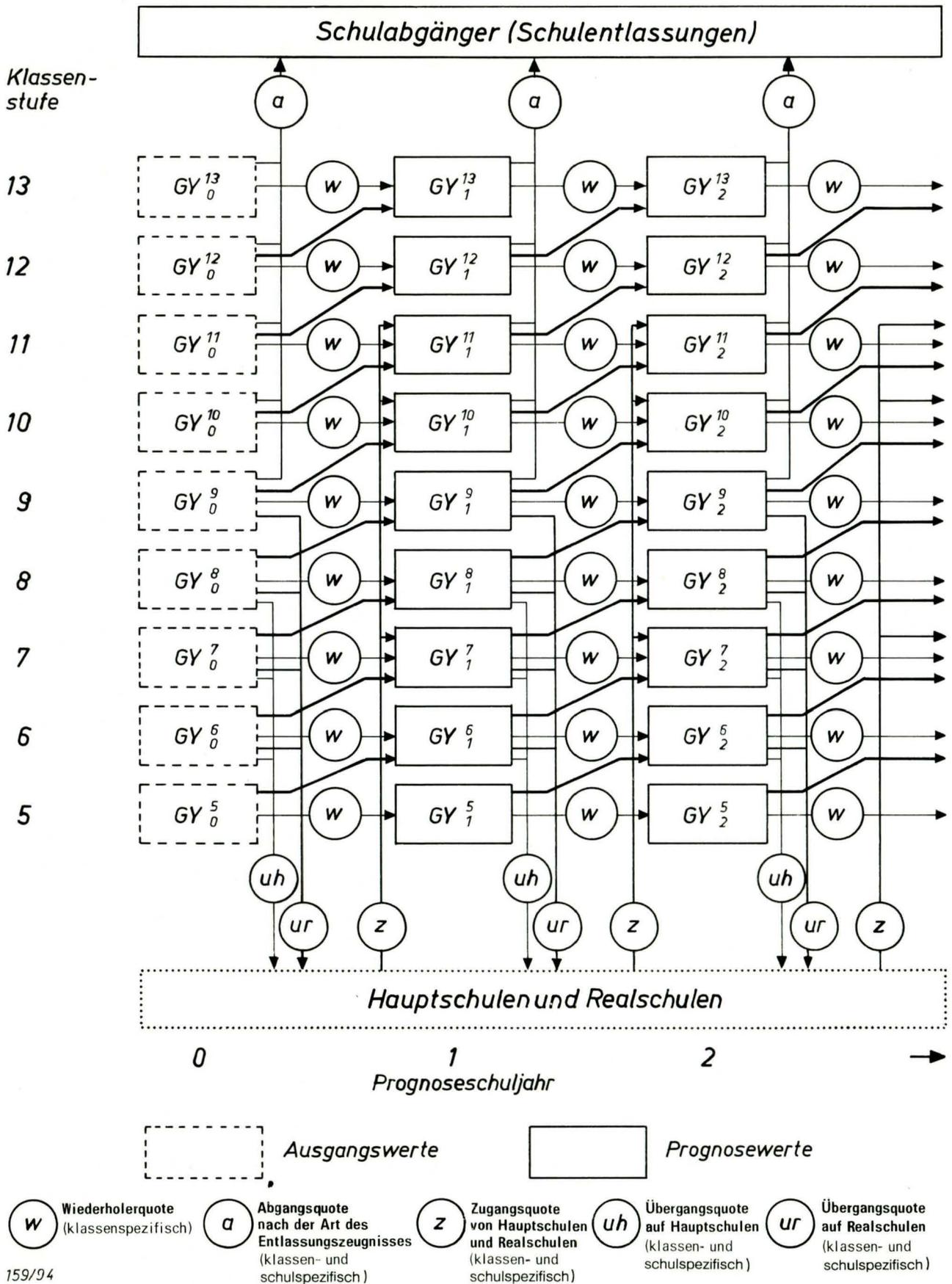
Übergänge von Realschulen auf Hauptschulen finden hauptsächlich in den Klassenstufen 6 bis 8 statt, so daß die übrigen Klassenstufen außer Betracht bleiben können. Die Übergangsquoten der Klassenstufen 7 und 8 werden als Landesdurchschnittswerte ermittelt. Schülerübergänge auf Gymnasien sind nur am Ende der 6. und der 10. Klassenstufe von Bedeutung. Für die Übergänge von der 10. Klassenstufe werden schulspezifische Übergangsquoten errechnet, da der Schulartwechsel nach Abschluß der Realschulausbildung von der (örtlich verschiedenen) Erreichbarkeit eines Gymnasiums in geringer Entfernung beeinflusst wird. Zugänge von Gymnasien sind an Realschulen von der 7. bis zur 10. Klassenstufe relativ häufig, während Zugänge von Hauptschulen nur in der 7. Klassenstufe eine größere Rolle spielen. Die Zugänge von Hauptschulen und Gymnasien werden rechnerisch zusammengefaßt, und für die Klassenstufen 8 bis 10 finden landesdurchschnittliche Zugangsquoten Verwendung.

Übergänge von Gymnasien auf Hauptschulen sind vor allem am Ende der Klassenstufen 6 bis 8 zu beobachten. Für die Klassenstufen 7 und 8 werden landesdurchschnittliche Übergangsquoten errechnet, da die Zahl der Übergänge mit weniger als 1 % des Schülerbestandes relativ gering ist. Schülerübergänge auf Realschulen fallen dagegen von der 6. bis zur 9. Klassenstufe ins Gewicht. Auch hier werden lediglich die Übergangsquoten beim Abschluß der Orientierungsstufe regionalisiert, während für die Klassenstufen 7 bis 9 Landesdurchschnittswerte gebildet werden. Zugänge von Hauptschulen sind allgemein nur in der 7. Klassenstufe der Gymnasien von Bedeutung. An einzelnen Gymnasien können die Zugänge von Hauptschulen außerdem noch in der 10. und 11. Klassenstufe größeres Gewicht erlangen, wenn es sich um Aufbaugymnasien oder Gymnasien mit Aufbauzügen handelt. Da dies nur für wenige Schulen zutrifft, werden die Zugangsquoten regionalisiert. Zugänge von Realschulen treten hauptsächlich in der 7. und der 11. Klassenstufe auf. Analog zur Berechnung der Übergänge am Ende der 10. Klassenstufe der Realschulen werden für die 11. Klassenstufe der Gymnasien schulspezifische Zugangsquoten ermittelt.

Klassenwiederholer

Wiederholer kommen zwar in allen Klassenstufen der Hauptschule vor, die wenigen Wiederholungsfälle in der 10. Klassenstufe sind jedoch zu vernachlässigen. Die Wiederholerquoten für die Klassenstufen 5 bis 9 sind in Anbetracht regionaler Unterschiede, wie sie etwa durch den Ausbau des Sonderschulbereichs verursacht werden, kreisweise zu differenzieren. An Realschulen und Gymnasien werden Wiederholer in allen Klassenstufen berücksichtigt. Für die Prognose erscheinen landesdurchschnittliche Wiederholerquoten ausreichend.

Ablaufschema für die Prognose der Schüler und Schulentlassungen an Gymnasien



Schulentlassungen von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien

Die Vorausschätzung der Schulentlassungen erfolgt nicht nur aus rechnerischen Gründen zur Ermittlung der künftigen Schülerzahlen, sie soll vor allem auch Angaben über die Qualifikation der Schulabgänger liefern. Sie bildet damit die Grundlage für die Prognose der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ein Studium anstreben oder ihre Ausbildung an einer Schule fortsetzen, die an den bisher absolvierten Bildungsweg anknüpft. Zahl und Qualifikation der Schulabgänger sind außerdem wichtige Orientierungsdaten zur Beurteilung des regionalen Arbeitsmarktes. Zur Information über künftige Schulentlassungen gehört daher insbesondere die Unterscheidung nach der Art des Entlassungszeugnisses.

Das Prognosemodell ist so konstruiert, daß im Rechengang die Schulabgänger ermittelt werden, also diejenigen Schüler, die nicht nur die jeweilige Schulart, sondern den Gesamtbereich der allgemeinbildenden Schulen endgültig verlassen. In Anlehnung an die Darstellungsweise der Schulstatistik können auch die Schulentlassungen nachgewiesen werden, die alle Schüler umfassen, welche entweder den für die jeweilige Schulart typischen Abschluß erreichen oder nach Erfüllung der Schulpflicht mit einer geringeren als der ursprünglich angestrebten Qualifikation den Bereich der allgemeinbildenden Schulen verlassen. Als Schulentlassungen von Hauptschulen bzw. Realschulen gelten daher neben den Schulabgängern auch die Schüler, die nach erfolgreichem Abschluß den Schulbesuch am Gymnasium mit dem Ziel der Hochschulreife fortsetzen (Übergänge auf Gymnasien aus der 9. und 10. Klassenstufe der Hauptschulen sowie aus der 10. Klassenstufe der Realschulen). Bei den übrigen Schularten sind Schulabgänger und Entlassungen identisch.

Veränderte Präferenzen für bestimmte Bildungsabschlüsse werden mit der Prognose des Übergangsverhaltens beim Wechsel auf die weiterführenden Schulen berücksichtigt. Weitere Verhaltensänderungen nach Antritt der gewählten Schullaufbahn werden nicht angenommen, obwohl durchaus denkbar ist, daß sich beispielsweise die Neigung, das Gymnasium mit dem qualifizierten Sekundarabschluß I zu verlassen, künftig verändert. Derartige Tendenzen sind jedoch in der Zukunftsperspektive kaum abzuschätzen, so daß der aktuelle Zustand unverändert fortgeschrieben wird. Prognosetechnisch findet diese Hypothese konstanten Verhaltens ihren Ausdruck in der Konstanz der Abgangsquoten, die für die einzelnen Schularten, differenziert nach Klassenstufen und der Art des Entlassungszeugnisses, ermittelt und in den Prognosezeitraum übernommen werden.

Eine Ausnahme bilden die Entlassungen von der Hauptschule, da hier aus dem Übergangsverhalten in die 5. bzw. 7. Klassenstufe keine Präferenz für eine der möglichen Abschlußarten herzuleiten ist. Gerade in dieser Hinsicht haben sich aber in der Vergangenheit erhebliche Veränderungen ergeben. Das Bestreben, die

individuellen Chancen am Lehrstellenmarkt zu erhöhen, zeigt sich in dem deutlichen Trend zu einer besseren Qualifikation, dem der Ausbau des freiwilligen 10. Schuljahres entgegenkam. Es kann angenommen werden, daß die Motive, die hinter dieser Entwicklung stehen, auch in Zukunft wirksam bleiben.

Hauptschüler, die ohne Abschluß die Schule verlassen, erhalten ein Abgangszeugnis. Abgänge dieser Art kommen nach Beendigung der 5. Klassenstufe fast nicht vor. Schulentlassungen werden daher erst ab der 6. Klassenstufe berücksichtigt, wobei nach der Art des Entlassungszeugnisses wie folgt untergliedert wird:

- 6. bis 8. Klassenstufe: Abgangszeugnis
- 9. Klassenstufe: Abgangszeugnis
Hauptschulabschluß
- 10. Klassenstufe: Hauptschulabschluß
Qualifizierter
Sekundarabschluß I

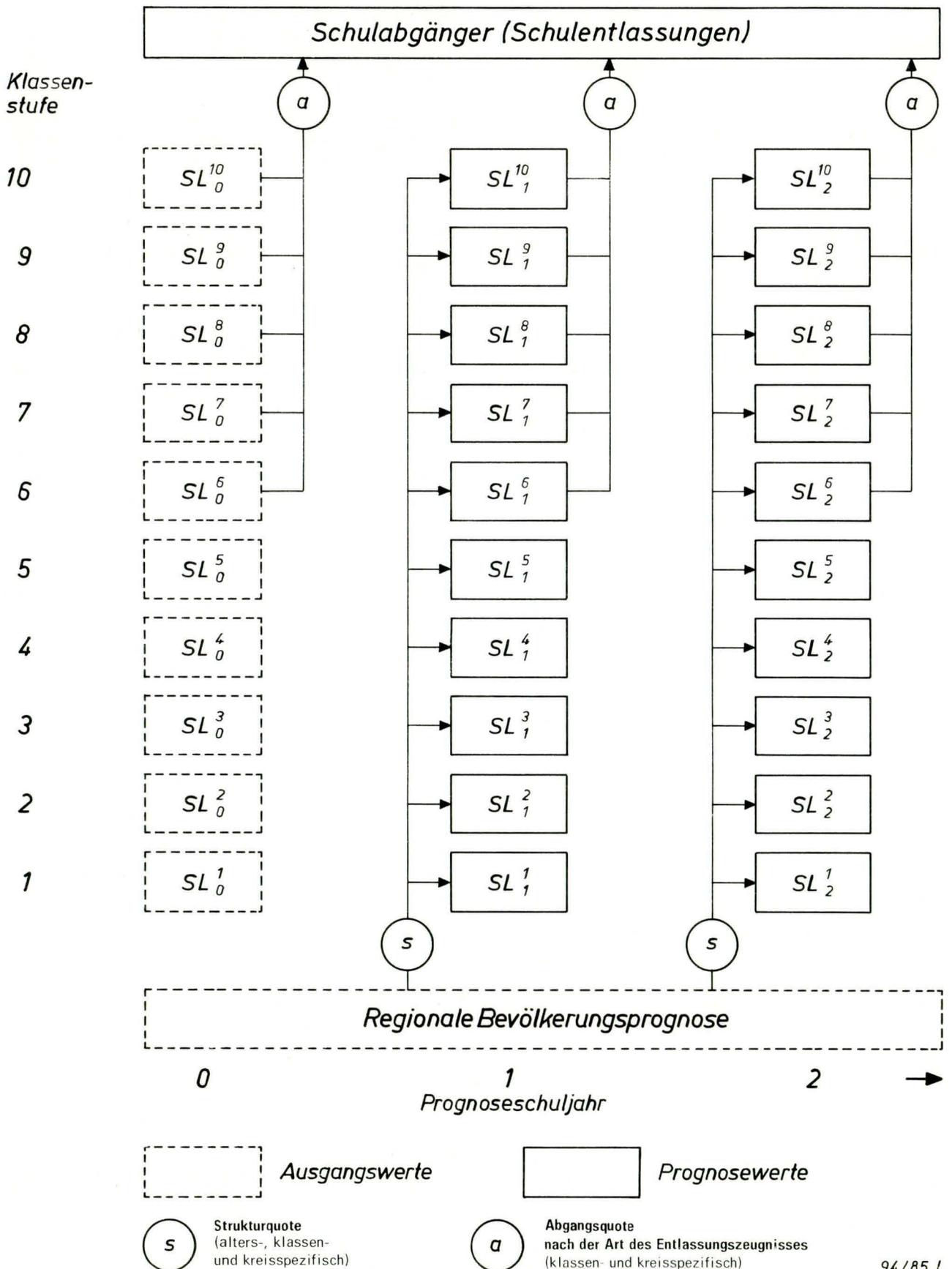
Die Abgänge ohne Abschluß sowie die Abgänge mit Hauptschulabschluß aus dem freiwilligen 10. Schuljahr werden mit Hilfe kreisspezifischer Abgangsquoten prognostiziert. Die Schulabgänger mit qualifiziertem Sekundarabschluß I ergeben sich als Residuum, wenn vom Schülerbestand der 10. Klassenstufe die Übergänge auf Gymnasien und die Abgänge mit Hauptschulabschluß abgesetzt werden. Die Abgangsquoten der 9. Klassenstufe müssen nach Schulen differenziert werden, weil die Übergänge auf Gymnasien und in besondere Abschlußklassen örtlich sehr große Unterschiede aufweisen. Da ein wachsender Teil der Hauptschüler sich um eine bessere Qualifikation bemüht, wird auf Landesebene eine Trendextrapolation der Abgangsquoten der 9. Klassenstufe vorgenommen. Zur Regionalisierung werden die prognostizierten Landesrendwerte mit Meßziffern multipliziert, die das Verhältnis der schulspezifischen Quoten zum Landeswert im Durchschnitt der letzten drei Beobachtungsjahre wiedergeben. Damit wird unterstellt, daß regionaltypische Besonderheiten im Prognosezeitraum unverändert weiterbestehen.

Die Zahl der Schulentlassungen von Realschulen ist bis zur 7. Klassenstufe zu vernachlässigen. Das Prognosemodell sieht folgende Gliederung nach der Art des Entlassungszeugnisses vor:

- 8. Klassenstufe: Abgangszeugnis
- 9. Klassenstufe: Abgangszeugnis
Hauptschulabschluß
- 10. Klassenstufe: Hauptschulabschluß
Qualifizierter
Sekundarabschluß I

Die Vorausschätzung basiert auf landesdurchschnittlichen Abgangsquoten. Die Schulabgänger mit qualifiziertem Sekundarabschluß I verbleiben als Residuum, nachdem vom Schülerbestand der 10. Klassenstufe die Übergänge auf Gymnasien, die Wiederholer im folgenden Schuljahr und die Abgänge mit Hauptschulabschluß abgesetzt worden sind.

Ablaufschema für die Prognose der Schüler und Schulentlassungen an Sonderschulen



Die Schulentlassungen von Gymnasien werden nach der Art des Entlassungszeugnisses wie folgt untergliedert:

- 9. Klassenstufe : Abgangszeugnis
Hauptschulabschluß
- 10. Klassenstufe : Hauptschulabschluß
Qualifizierter
Sekundarabschluß I
- 11. / 12. Klassenstufe : Qualifizierter
Sekundarabschluß I
- 13. Klassenstufe : Qualifizierter
Sekundarabschluß I
Abitur

Als Grundlage der Prognose werden landesdurchschnittliche Abgangsquoten verwendet. Nur für die Abgänge mit qualifiziertem Sekundarabschluß I aus der 10. Klassenstufe werden schulspezifische Abgangsquoten ermittelt. Erscheint nämlich die Entfernung zur nächsten Realschule zu weit, so werden Gymnasien auch von Kindern besucht, die von vornherein nur den qualifizierten Sekundarabschluß I anstreben, so daß die Abgänge nach Abschluß der 10. Klassenstufe an diesen Gymnasien überdurchschnittlich hoch sind. Schüler, die das Gymnasium in der 13. Klassenstufe ohne Abitur verlassen, werden wieder als Residuum errechnet.

Integrierte Gesamtschulen

Der Bestand an integrierten Gesamtschulen hat sich bis 1992 auf fünf erhöht. Der Rechengang für diese noch im Ausbau befindliche Schulart beruht auf einem vereinfachten Modell, das als Schülerbewegungskomponenten nur Wiederholer und Abgänge zuläßt. Für Schüler an integrierten Gesamtschulen ist ein „Wechsel der Schullaufbahn“ ohne Schulwechsel möglich, weshalb Übergänge von integrierten Gesamtschulen auf andere Schularten außer Betracht bleiben. Auch Übergänge in umgekehrter Richtung werden vernachlässigt.

Die Wiederholer- und Abgangsquoten werden nach Schulen differenziert. Da sich die Schulen zum Teil noch im Aufbau (Mainz, Ingelheim) bzw. im Ausbau (Sekundarstufe II in Kastellaun) befinden, müssen ersatzweise die Quoten anderer integrierter Gesamtschulen (Kaiserslautern und Ludwigshafen) herangezogen werden. Schulentlassungen werden ab der 8. Klassenstufe berücksichtigt, im übrigen entspricht die Gliederung nach der Art des Entlassungszeugnisses derjenigen für die Gymnasien.

Freie Waldorfschulen

Den freien Waldorfschulen liegt ein besonderes pädagogisches Konzept nach einem eigenständigen Bildungsideal zugrunde. So kennt die Waldorfpädagogik keine Zeugnisnoten, sondern setzt an deren Stelle individuelle Charakterisierungen, die den erreichten Fortschritt, die Begabung und Bemühung des Kindes

beschreiben sollen. Auch gibt es keine Wiederholer, da man mit einer natürlichen, altersgemäßen Persönlichkeitsentwicklung rechnet und Defizite in einzelnen Bereichen durch individuelle pädagogische Förderung ausgleichen möchte. Eine Ausnahme hiervon stellen (freiwillige) Wiederholer der 13. Klassenstufe dar, die zur Abiturprüfung ansetzen und sich dabei auf die Maßstäbe des staatlichen Schulwesens vorbereiten müssen.

Die Waldorfpädagogik geht davon aus, daß alle Kinder die Möglichkeit zu einem zwölfklassigen Bildungsgang haben sollten. Nach zwölf Schuljahren können die Waldorfschüler dann eine Prüfung ablegen, die ihnen einen Leistungsstand bescheinigt, wie er den Abstufungen im staatlichen Schulwesen entspricht (beispielsweise dem Sekundarabschluß I). Es besteht auch die Möglichkeit, nach Besuch der 13. Klassenstufe die Abiturprüfung abzulegen.

Der Rechengang der Schülerprognose basiert auch bei dieser Schulart auf den Ausgangsbeständen im Basisjahr und den aus der Primarstufe vorrückenden Schülern. Die relevanten Verhaltensparameter werden, soweit möglich, regionalisiert. Bei den im Aufbau befindlichen Schulen werden hilfsweise jene Werte eingesetzt, die sich als Mittel der beiden bereits voll ausgebauten Waldorfschulen in Trier und Mainz ergeben. Schulwechsel zwischen freien Waldorfschulen einerseits und Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien andererseits treten in fast allen Klassenstufen auf und werden daher von der 5. bis zur 12. Klassenstufe modelliert. Wiederholer kommen praktisch nur in der 13. Klassenstufe vor und werden auch nur dort berücksichtigt. Schulentlassungen von freien Waldorfschulen gibt es fast ausschließlich aus den Klassenstufen 12 und 13, bei Abgängen aus niedrigeren Klassenstufen handelt es sich um Einzelfälle. Die Schülerprognose läßt Entlassungen ab jenen Klassenstufen zu, in denen sie auch im staatlichen Schulwesen erlaubt bzw. üblich sind. So werden Quoten für Schulentlassungen in folgender Untergliederung berechnet:

- 8. bis 12. Klassenstufe : Abgangszeugnis
- 9. bis 12. Klassenstufe : Hauptschulabschluß
- 12. Klassenstufe : Qualifizierter
Sekundarabschluß I
- 13. Klassenstufe : Abitur

Die Entlassungen mit Sekundarabschluß I aus der 13. Klassenstufe ergeben sich als Residualgröße. Daß die (schulspezifischen) Quoten wegen der Besonderheiten der Waldorfpädagogik gegebenenfalls Null ergeben, verfälscht den Rechengang nicht. Im Ergebnisausweis werden die Schulentlassungen nicht mehr nach der Klassenstufe unterschieden, aus der sie kommen.

Regionale Schulen

Die im Stadium des Schulversuchs befindlichen regionalen Schulen weisen für die Prognose spezifische Unsicherheitsfaktoren auf, da für das Schülerver-

halten (Übergänge, Abgänge, Wiederholer) in diesem neuen Schultyp keinerlei Erfahrungswerte vorliegen, die Schätzgrundlage für Verhaltensparameter sein könnten. Ersatzweise orientiert sich die Prognose an Werten aus dem Hauptschulbereich, da die regionalen Schulen aus bestehenden Hauptschulen hervorgegangen sind. Diese Anlehnung betrifft sowohl die Modellierung der potentiellen Schülerbewegung als auch die Übernahme von Verhaltensparametern von den Vorläufer-Hauptschulen. So wird z.B. davon ausgegangen, daß Zugänge von Realschulen und Gymnasien an regionalen Schulen (ebenso wie an Hauptschulen) in der 7., 8. und 9. Klassenstufe in nennenswerter Zahl auftreten können. Hierbei ist zu beachten, daß Schüler, die ihre Schullaufbahn etwa an einer Realschule nicht erfolgreich fortsetzen konnten, wieder an diejenige Schule wechseln, die für die Versorgung ihres Wohnortes im Hauptschulbereich zuständig ist, gegebenenfalls also an die Regionale Schule. Bei Zugängen von Realschulen und Gymnasien an regionalen Schulen werden jene Quoten zugrunde gelegt, die die auslaufenden Hauptschulen ausweisen (Klassenstufe 7) bzw. die im Landesdurchschnitt aufgetreten sind (Klassenstufen 8 und 9).

Übergänge auf Realschulen dürften bei regionalen Schulen keine größere Rolle spielen, da ein derartiger „Laufbahnwechsel“ innerhalb einer Regionalen Schule möglich ist. Übergänge auf Gymnasien sind dagegen im Rechenmodell vorgesehen, und zwar in der 6., 9. und 10. Klassenstufe. Die entsprechenden Quoten stammen wiederum von den am selben Schulort eingerichteten, aber auslaufenden Hauptschulen. Eine Ausnahme hiervon bildet der Übergang von der 10. Klassenstufe auf Gymnasien bei den regionalen Schulen in Weilerbach und Sprendlingen, deren Vorläufer-Hauptschulen keine 10. Klassenstufe besitzen. Wegen der geographischen Nähe zu einem Gymnasium mit Aufbauzug bzw. Aufbau-gymnasium (in Kaiserslautern und Alzey) wird der Landeswert der Übergänge von der 10. Hauptschulklasse auf Gymnasien eingesetzt.

Wiederholerquoten werden für alle Klassenstufen der regionalen Schulen zugrunde gelegt. Auch hier werden die Quoten der vorherigen Hauptschulen übernommen, lediglich bei der 10. Klassenstufe wird der Landesdurchschnitt an Realschulen verwendet.

Schulentlassungen ohne Hauptschulabschluß kommen im Prognosemodell in den Klassenstufen 6 bis 9 vor, geschätzt mit den Parametern der früheren Hauptschulen. Bei der Prognose der Entlassungen mit Hauptschul- bzw. SI-Abschluß wird davon ausgegangen, daß sich die Klientel der regionalen Schulen etwa hälftig verteilt auf Schüler mit dem Leistungsstand der Haupt- bzw. Realschule. Daher wird bei der 9. Klassenstufe jeder Regionalen Schule die Quote für Abgänge ohne Hauptschulabschluß mit derjenigen für Wiederholer addiert und das Komplement zu 50 % als Abgangsquote mit Hauptschulabschluß angenommen. Auf der anderen Seite ergeben sich die Vorrücker in die 10. Klassenstufe als Residuum, wenn von den restlichen 50 % des Schülerbestandes die Übergänge auf Gymnasien abgesetzt werden. Von diesen Vorrückern in die 10. Klassenstufe

wird vorläufig angenommen, daß sie fast alle den Sekundarabschluß I erreichen und die Summe aus Wiederholern und Abgängern mit Hauptschulabschluß aus der 10. Klassenstufe in der Größenordnung von 2 % liegt.

Schulen für Lernbehinderte

Das Fortschreibungsverfahren ist bei den Schulen für Lernbehinderte nicht anwendbar, weil die Schulstatistik im Sonderschulbereich keine Angaben über Klassenwiederholer liefert. Die Sonderschüler müssen daher mittels sogenannter Strukturquoten prognostiziert werden, die den Anteil der Schüler eines bestimmten Altersjahrgangs an der Gesamtbevölkerung gleichen Alters darstellen. Die Strukturquoten werden nach Kreisen und Klassenstufen differenziert, um einmal den regionalen Unterschieden im Schulangebot Rechnung zu tragen und zum anderen Prognosezahlen über die Besetzung der einzelnen Klassenstufen zu gewinnen, die für die Vorausschätzung der Entlaßschüler benötigt werden.

Zwar wird die Schülerzahl an den Schulen für Lernbehinderte überwiegend von der demographischen Entwicklung bestimmt, daneben sind jedoch weitere Faktoren zu beachten. So sind die pädagogischen Erkenntnisse über eine optimale Förderung lernschwacher Schüler im Laufe der Zeit einem gewissen Wandel unterworfen. Auch die in den letzten Jahren verstärkt aufgetretenen Zuwanderungsströme können einen spürbaren Einfluß ausüben, insbesondere beim Zuzug älterer Kinder. Der relative Schulbesuch, wie er sich in den Strukturquoten widerspiegelt, zeigt nach einem Rückgang in der zweiten Hälfte der 70er und zu Beginn der 80er Jahre eine gewisse Stabilisierung. Dennoch werden die altersspezifischen Strukturquoten auf Landesebene mit Hilfe einer Trendextrapolation vorausgeschätzt. Eine weitergehende Differenzierung der Trendberechnung ist wegen der schmalen Datenbasis nicht möglich. Die von den Trendwerten für das Land vorgezeichnete Entwicklung wird auf die klassen- und kreis-spezifischen Strukturquoten, die als Durchschnittswerte der letzten drei Beobachtungsjahre errechnet sind, übertragen.

Der Schülerbestand in den Prognosejahren ergibt sich für alle Klassenstufen unmittelbar aus der regionalen Bevölkerungsprognose, indem die Zahl der Kinder eines Altersjahrgangs mit den kreis- und klassenspezifischen Strukturquoten multipliziert wird. Im Basisschuljahr wird der Schülerbestand aus den Ergebnissen der Schulstatistik übernommen.

Zur Vorausschätzung der Schulentlassungen von Schulen für Lernbehinderte werden klassenspezifische Abgangsquoten nach der Art des Entlassungszeugnisses gebildet. Während Schulabgänger in der 5. Klassenstufe vernachlässigt werden können, machen sie ab der 6. Klassenstufe bereits 3 % und mehr des Schülerbestandes aus. Da neun Schuljahre vorgeschrieben sind, kann diese Sonderschulform in der 9. Klassenstufe mit dem Abschlußzeugnis der Schule für Lernbe-

hinderte erfolgreich absolviert werden. Darüber hinaus ist es möglich, in einem freiwilligen 10. Schuljahr den Hauptschulabschluß zu erreichen. Nach der Art des Entlassungszeugnisses werden die Schulentlassungen in der Prognose daher wie folgt untergliedert:

- 6. bis 8. Klassenstufe : Abgangszeugnis der Schule für Lernbehinderte
- 9. Klassenstufe : Abgangszeugnis der Schule für Lernbehinderte
- Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte

- 10. Klassenstufe : Abgangszeugnis der Hauptschule
- Abschlußzeugnis der Hauptschule

Die Berechnung der künftigen Schulabgänger basiert auf kreispezifischen Abgangsquoten, so daß regional-typische Besonderheiten auch im Prognosezeitraum berücksichtigt werden.

Dr. Matthias Hauk
Diplom-Volkswirt Hans Libowitzky

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. Juni 1994

Im Rahmen der Beschäftigtenstatistik werden u. a. Bestandsdaten für die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer, bezogen auf den Arbeitsort, zum Ende eines jeden Quartals ermittelt. Mit diesen Daten können Veränderungen auf dem Beschäftigungssektor in vielfältiger Untergliederung relativ kurzfristig und zeitnah aufgezeigt und bewertet werden. Das Vorhandensein von Gemeindeergebnissen ermöglicht es dem Statistischen Landesamt, regionale Beschäftigungsrückgänge oder -anstiege festzustellen. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Daten der Beschäftigtenstatistik sicher sehr hilfreich zur Überprüfung der Auswirkungen bestimmter Ereignisse (z. B. Konversion) oder Maßnahmen (z. B. regionale Wirtschaftsförderung).

Beschäftigtenzahl nochmals zurückgegangen

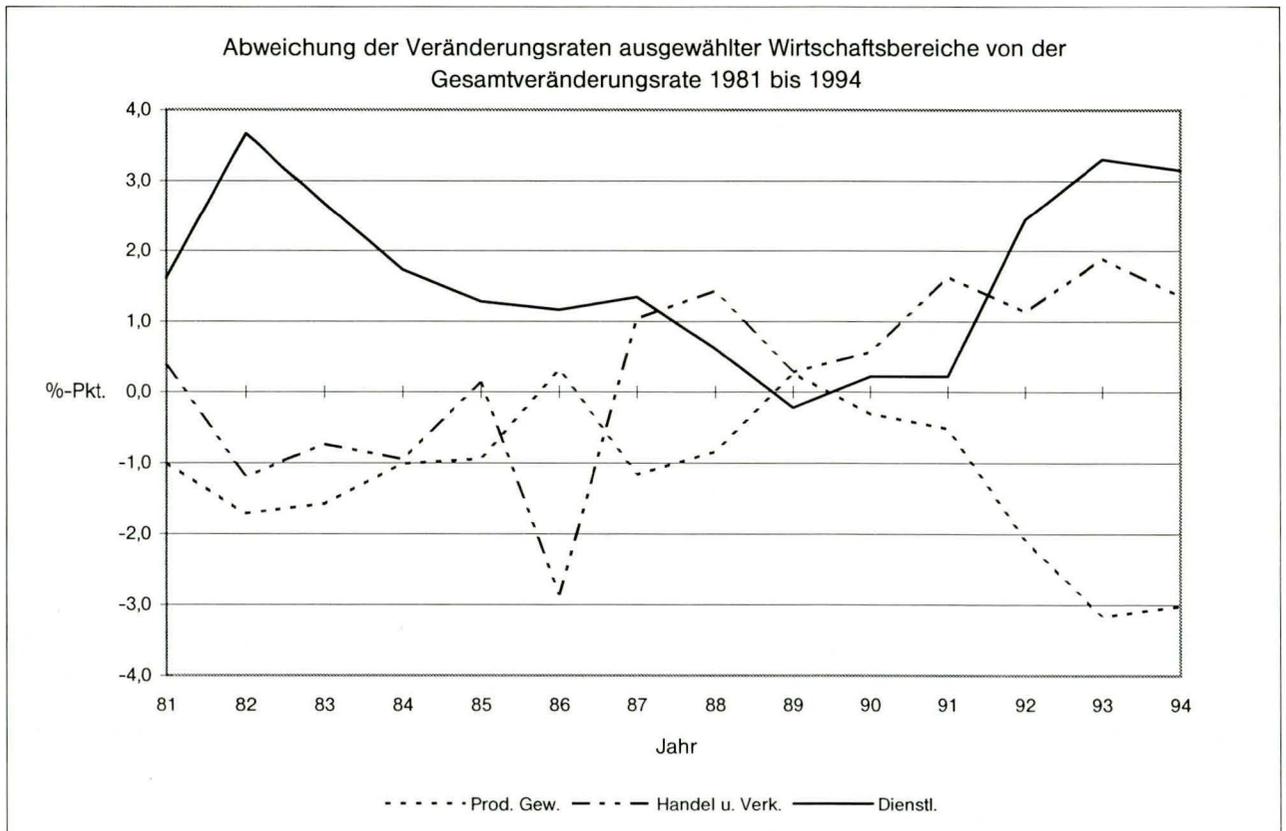
Am 30. Juni 1994 wurden in Rheinland-Pfalz 1,178 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeiter und Angestellte gezählt. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres waren dies gut 13 100 Beschäftigte oder 1,1 % weniger. Ein Vergleich mit dem Ergebnis des

Jahres 1992, in dem mit 1,213 Millionen Beschäftigten der höchste Junibestand seit Bestehen dieser Statistik erreicht wurde, ergibt einen Beschäftigtenrückgang um rund 35 000 Personen bzw. 2,9 %. Dennoch liegt der Wert des Jahres 1994 um 10 % über dem des Rezessionsjahres 1983.

Von den Beschäftigten im Juni 1994 waren rund 676 100 Männer und 502 300 Frauen. Der Beschäftigungsrückgang gegenüber dem Vorjahr ging damit voll zu Lasten der männlichen Arbeitnehmer (- 2,1 %), während die Zahl der beschäftigten Frauen im Untersuchungszeitraum geringfügig um 0,2 % zugenommen hat. Dadurch stieg der Frauenanteil von 42,1 % im Jahre 1993 auf nunmehr 42,6 % an. Vergleicht man das jetzige Ergebnis mit dem Höchststand von 1992, dann beträgt der Beschäftigungsrückgang bei den Männern sogar 5 % oder gut 35 800 Personen. Bei den Frauen sind 1994 rund 800 mehr beschäftigt als zwei Jahre zuvor. Wie stark die Bedeutung der Frauenbeschäftigung durch den Konjunkturaufschwung im zurückliegenden Jahrzehnt zugenommen hat, zeigt der Vergleich mit dem Rezessionsjahr 1983. Seit diesem Zeitpunkt hat die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen um fast ein Viertel (22,8 %) zugenommen. Diesem

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1980 bis 1994 nach Geschlecht,
Staatsangehörigkeit und Stellung im Beruf

Jahr (30. 6.)	Insgesamt	darunter				
		Frauen	Deutsche	Ausländer	Arbeiter	Angestellte
1980	1 103 023	412 865	1 030 554	72 469	632 729	470 294
1981	1 095 715	413 041	1 029 699	66 016	618 320	477 395
1982	1 086 353	413 900	1 024 448	61 905	604 020	482 333
1983	1 071 357	409 094	1 012 489	58 868	587 873	483 484
1984	1 074 240	411 290	1 018 535	55 705	589 414	484 826
1985	1 080 102	417 118	1 026 360	53 742	589 649	490 453
1986	1 090 374	419 488	1 036 782	53 592	595 507	494 867
1987	1 106 335	431 709	1 053 136	53 199	591 257	515 078
1988	1 115 318	439 247	1 060 872	54 446	590 018	525 300
1989	1 128 276	447 365	1 071 485	56 791	591 410	536 866
1990	1 165 059	466 385	1 104 078	60 981	608 805	556 254
1991	1 197 788	486 546	1 132 646	65 142	618 874	578 914
1992	1 213 360	501 470	1 140 894	72 466	613 688	599 672
1993	1 191 478	501 035	1 110 998	80 480	586 629	604 849
1994	1 178 333	502 267	1 097 877	80 456	569 985	608 348



Anstieg um fast 93 200 Arbeitsplätze bei den Frauen stand im gleichen Zeitraum bei den Männern nur eine Zunahme um 2,1 % bzw. 13 800 Beschäftigten gegenüber.

Angestellte vom Beschäftigungsrückgang kaum betroffen

Mitte 1994 waren von allen Beschäftigten rund 570 000 oder 48,4 % als Arbeiter tätig, mehr als 608 300 zählten zu den Angestellten. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Arbeiter um 2,8 % zurück, während die Angestelltenzahl um 0,6 % zunahm. Der Angestelltenanteil an den Gesamtbeschäftigten stieg von 50,8 % im Jahre 1993 auf nunmehr 51,6 %. Der Beschäftigungsrückgang seit dem Höchstjahr 1992 hat ausschließlich die als Arbeiter Beschäftigten getroffen. Ihre Zahl nahm um 43 700 oder 7,1 % ab. Die Zahl der Angestellten dagegen nahm im gleichen Zeitraum um fast 8 700 (1,4 %) zu. Bei längerfristiger Betrachtung wird die enorme Umschichtung zwischen diesen beiden Gruppen noch deutlicher. Seit dem Tiefstand des Jahres 1983 ist die Zahl der Arbeiter um 3 % oder nicht ganz 17 900 Personen zurückgegangen, die der Angestellten aber um mehr als ein Viertel gestiegen. Von diesem Anstieg der Angestelltenzahl um fast 124 900 Arbeitnehmer entfällt der weitaus größte Teil (77,7 %) auf die zahlenmäßige Zunahme der angestellten Frauen. Hierbei waren fast drei Viertel (72,7 %) der zusätzlichen Frauenarbeitsplätze Teilzeitarbeitsverhältnisse. Der Frauenanteil bei den Angestellten hat sich von 55,3 % im Jahre 1983 auf jetzt knapp 60 % erhöht. Der Anteil der Frauen bei den Beschäftigten im Arbeiterverhältnis

blieb in diesem Zeitraum mit gut 24 % konstant, ihre Zahl ging allerdings seit damals um 2,7 % zurück.

Konjunkturrückgang traf in erster Linie den Produktionsbereich

Der Konjunkturrückgang der letzten Jahre hat in erster Linie den Produktionsbereich getroffen, in dem im Juni 1994 knapp 512 400 Beschäftigte gezählt wurden, 4,1 % weniger als 1993 und 8,9 % weniger als 1992. Gegenüber dem Jahr 1991, in dem der höchste Stand der Beschäftigtenzahl in diesem Bereich seit 1980 erreicht wurde, betrug die Abnahme 9,6 % oder rund 54 500 Beschäftigte. Mit diesem Ergebnis lag die aktuelle Beschäftigtenzahl im produzierenden Gewerbe sogar noch 2 bis 3 % unter den Werten der Rezessionszeit Mitte der achtziger Jahre. Der Anteil des produzierenden Gewerbes nahm von 47,3 % im Jahre 1991 auf nunmehr 43,5 % ab. Der starke Arbeitsplatzabbau im Produktionsbereich betraf vor allem das verarbeitende Gewerbe. Hier gab es 1994 noch rund 409 800 Beschäftigte, 5,3 % weniger als ein Jahr zuvor. Gegenüber 1992 betrug der Abbau der Beschäftigtenzahl sogar 11,2 %. Das waren mehr als 51 600 Arbeitsplätze. Im Vergleich mit 1991 fällt der Rückgang noch stärker aus, knapp 57 500 Personen oder 12,3 %.

Der Bereich der Land- und Forstwirtschaft hat im Rahmen dieser Statistik nur eine untergeordnete Bedeutung, da hier nur die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer, nicht aber die große Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen nachgewiesen sind. Am 30. Juni 1994 gab es in diesem Bereich gut 14 300 Arbeitnehmer, 500 oder 3,4 %

weniger als ein Jahr davor. Gegenüber 1992 belief sich der Rückgang auf 6,5 %. Die abnehmende Bedeutung dieses Bereiches für die Arbeitsplätze zeigt der Vergleich mit dem Jahre 1983. Heute liegt die Beschäftigtenzahl 14 % niedriger als damals. Der Anteil dieses Wirtschaftsbereiches an der Gesamtzahl der Beschäftigten hat im gleichen Zeitraum von 1,6 auf 1,2 % abgenommen.

Im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr waren im Berichtsjahr 1994 gut 210 900 Arbeitnehmer beschäftigt, 0,3 % mehr als ein Jahr zuvor. Im Vergleich zu 1983 ist die Beschäftigtenzahl um 16,2 % oder rund 29 500 Arbeitnehmer gestiegen. Der Anteil dieses Bereiches beträgt heute 17,9 %, 1983 lag er erst bei 16,9 %. Die Wirtschaftsabteilung Handel hat im Zeitablauf geringfügig stärker zugenommen als die Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Den weitaus größten Aufschwung hat der Dienstleistungsbereich genommen. Hier waren 1994 rund 440 700 Arbeitnehmer beschäftigt. Trotz des konjunkturellen Rückgangs wies dieser Bereich gegenüber 1993 eine Zuwachsrate von 2 %, im Vergleich zu 1992 sogar von 3,6 % auf. Stellt man dem aktuellen Jahr das Ergebnis von 1983 gegenüber, ergibt sich eine Steigerung der Beschäftigtenzahl um 96 100 Personen oder fast 28 %. Gleichzeitig ist der Anteil dieses Bereiches an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer von 32,2 auf jetzt 37,4 % gestiegen.

Unterschiedliche Entwicklungen im Dienstleistungsbereich

In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen des Dienstleistungsbereichs ist die zahlenmäßige Entwicklung der Arbeitsplätze sehr unterschiedlich verlaufen. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe blieb die Beschäftigtenzahl zwischen 1994 und 1993 mit gut 40 700 Arbeitnehmern nahezu unverändert. Gegenüber 1983 gab es im aktuellen Jahr zwar knapp 6 000 Beschäftigte (+ 17,1 %) mehr, der Anteil dieser Abteilung am gesamten Wirtschaftsbereich ist allerdings von 10,1 auf 9,2 % zurückgegangen.

Die größte Abteilung im Dienstleistungsbereich, im allgemeinen als „Dienstleistungen im engeren Sinne“ bezeichnet, beinhaltet u. a. die Wirtschaftsgliederungen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Wissenschaft und Bildung, Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsberatung. Sie zählte Ende Juni 1994 rund 273 400 Arbeitnehmer, fast 10 000 bzw. 3,8 % mehr als im davorliegenden Jahr. Im Vergleich mit 1992 ist die Beschäftigtenzahl um fast 18 800 gestiegen (7,4 %). Vergleicht man das Ergebnis des Berichtsjahres mit den Daten von 1983, dann wird die schnelle Entwicklung in dieser Wirtschaftsabteilung noch deutlicher. Eine Zunahme um knapp 85 900 Arbeitnehmer und eine Zuwachsrate von 45,8 % hat den Anteil dieser Wirtschaftsabteilung am gesamten Dienstleistungsbereich von 54,4 % im Jahre 1983 auf nunmehr 62 % ansteigen lassen. Innerhalb dieser Wirtschaftsabteilung kommt die zahlenmäßig größte Bedeutung dem Gesundheits- und Veterinärwesen zu. Hier wurden 1994 über 82 600 Angestellte und Arbeiter gezählt, 4,2 % mehr als 1993. Seit 1983 hat die Beschäftigtenzahl sogar um 42,8 % zugenommen. An zweiter Stelle hinsichtlich der Arbeitsplatzzahlen steht die Wirtschaftsgruppe Wissenschaft und Bildung. Hier waren 1994 gut 57 000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zuwachsrate betrug gegenüber dem Vorjahr 2,3 %, gegenüber 1983 28,3 %. Zahlenmäßig an nächster Stelle innerhalb der Abteilung steht das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Hier waren zum Berichtszeitpunkt 1994 nicht ganz 50 100 Menschen beschäftigt, 4,2 % mehr als 1993. Seit 1983 hat die Zahl der Beschäftigten um 48 % zugenommen. Den stärksten Zuwachs seit 1983 hat die Gruppe Rechts- und Wirtschaftsberatung mit 74,1 % zu verzeichnen. Zwischen 1993 und 1994 stieg hier die Beschäftigtenzahl immerhin noch um 6,6 % auf nunmehr gut 42 400 Arbeitnehmer.

Den prozentual größten Zuwachs an Beschäftigten seit 1983 hatte innerhalb des gesamten Dienstleistungsbereichs die Wirtschaftsabteilung Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte. Hier waren 1994 rund 28 200 Arbeitnehmer beschäftigt, fast 11 100 oder 64,9 % mehr als im Rezessionsjahr 1983. Auch im Vergleich mit 1993 ergab sich noch eine über

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1980 bis 1994 nach Wirtschaftsbereichen

Jahr (30. 6.)	Insgesamt	davon			
		Land- und Forstwirtschaft	produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungs- bereich
1980	1 103 023	16 843	568 631	189 779	327 770
1981	1 095 715	16 409	559 149	189 253	330 904
1982	1 086 353	16 012	544 760	185 375	340 206
1983	1 071 357	16 666	528 645	181 448	344 598
1984	1 074 240	17 790	524 739	180 221	351 490
1985	1 080 102	18 073	522 659	181 458	357 912
1986	1 090 374	17 624	529 283	177 984	365 483
1987	1 106 335	17 265	530 876	182 442	375 752
1988	1 115 318	16 952	530 723	186 539	381 104
1989	1 128 276	16 073	538 291	189 226	384 686
1990	1 165 059	16 356	554 175	196 463	398 065
1991	1 197 788	15 616	566 870	205 185	410 117
1992	1 213 360	15 326	562 374	210 197	425 463
1993	1 191 478	14 826	534 426	210 369	431 857
1994	1 178 333	14 326	512 382	210 917	440 708

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. Juni 1994 nach Wirtschaftsbereichen
in den Verwaltungsbezirken

Gebiet	Beschäftigte insgesamt	davon im Wirtschaftsbereich			
		Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungs- bereich
Koblenz, St.	63 674	261	15 954	14 660	32 799
Ahrweiler	28 076	455	11 175	4 240	12 206
Altenkirchen (Ww.)	33 877	303	17 683	6 583	9 308
Bad Kreuznach	44 935	724	19 130	7 998	17 083
Birkenfeld	26 783	211	11 143	4 443	10 986
Cochem -Zell	16 324	313	6 060	2 614	7 337
Mayen - Koblenz	51 189	425	23 002	10 430	17 332
Neuwied	53 083	506	27 350	8 746	16 481
Rhein - Hunsrück - Kreis	27 431	354	13 454	4 123	9 500
Rhein - Lahn - Kreis	28 350	353	12 027	3 955	12 015
Westerwaldkreis	54 530	706	30 585	8 741	14 498
RB Koblenz	428 252	4 611	187 563	76 533	159 545
Trier, St.	49 189	353	14 244	11 429	23 163
Bernkastel - Wittlich	32 502	646	15 479	5 591	10 786
Bitburg - Prüm	23 386	416	10 432	4 145	8 393
Daun	14 838	236	6 926	2 325	5 351
Trier - Saarburg	21 363	454	10 848	3 355	6 706
RB Trier	141 278	2 105	57 929	26 845	54 399
Frankenthal (Pfalz), St	16 409	40	9 145	3 080	4 144
Kaiserslautern, St.	51 843	103	18 196	9 791	23 753
Landau i. d. Pfalz, St.	16 848	87	5 038	4 136	7 587
Ludwigshafen a. Rh., St.	100 124	578	64 903	10 461	24 182
Mainz, St.	95 953	333	22 859	18 813	53 948
Neustadt a. d. Weinstr., St.	17 875	225	4 428	4 078	9 144
Pirmasens, St.	22 516	53	10 325	4 747	7 391
Speyer, St.	21 844	60	7 619	3 790	10 375
Worms, St.	27 672	238	12 194	6 066	9 174
Zweibrücken, St.	13 523	109	6 554	2 168	4 692
Alzey - Worms	18 224	692	6 322	4 576	6 634
Bad Dürkheim	26 209	707	10 733	4 365	10 404
Donnersbergkreis	16 820	261	9 240	1 796	5 523
Germersheim	34 044	452	21 150	3 743	8 699
Kaiserslautern	18 325	392	7 839	2 857	7 237
Kusel	12 651	129	6 462	1 667	4 393
Südlicher Weinstraße	21 038	417	8 615	3 612	8 394
Ludwigshafen	21 306	1 565	8 571	5 605	5 565
Mianz - Bingen	37 893	859	16 808	9 089	11 137
Pirmasens	17 686	310	9 889	3 099	4 388
RB Rheinhessen - Pfalz	608 803	7 610	266 890	107 539	226 764
Rheinland - Pfalz	1 178 333	14 326	512 382	210 917	440 708

dem Durchschnitt des gesamten Dienstleistungsbereichs (+ 2 %) liegende Zuwachsrate von 5,3 %. Die Beschäftigtenrückgänge der letzten Jahre in der Wirtschaftsabteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherung haben spezielle Ursachen und sollen deshalb noch etwas genauer beleuchtet werden.

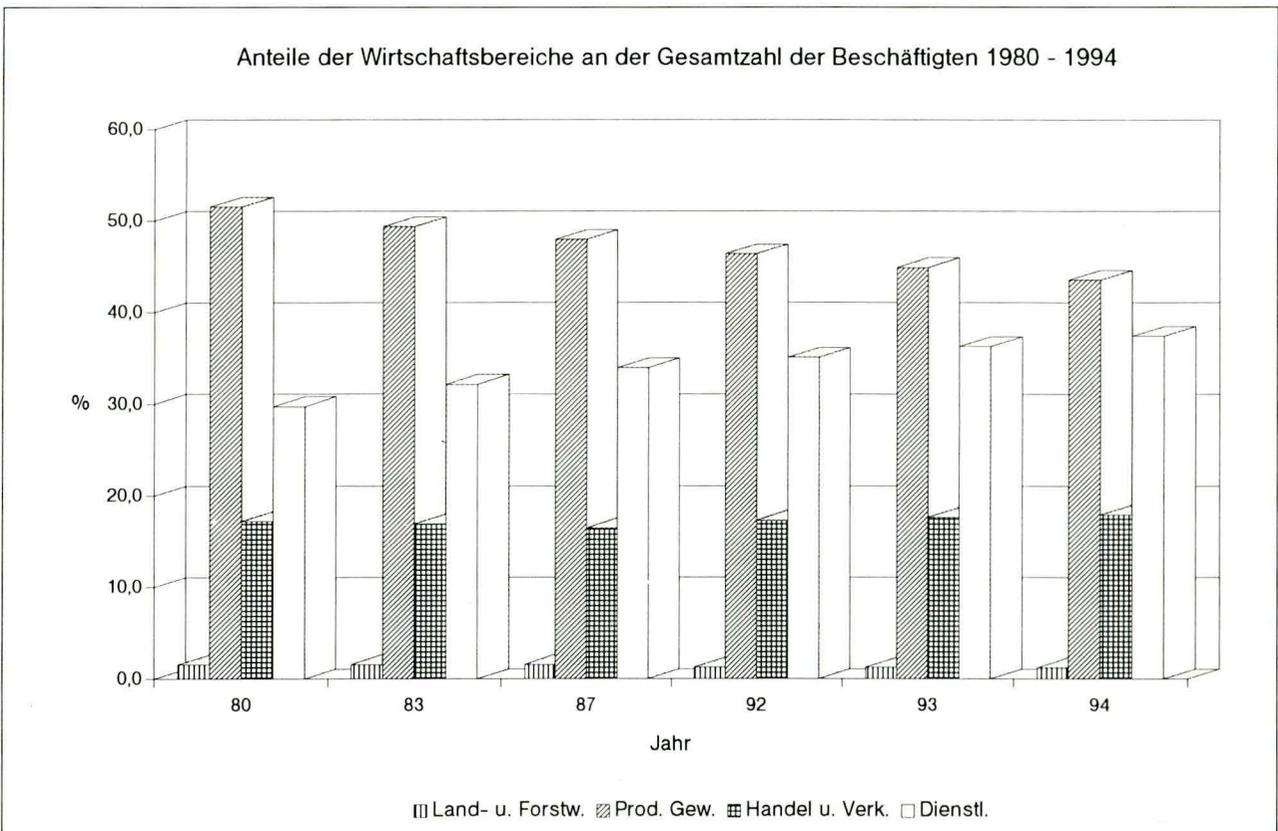
Arbeitsplatzabbau bei Zivilbeschäftigten der Bundeswehr und der Stationierungstreitkräfte

Zur Wirtschaftsabteilung Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung zählten im Juni 1994 rund 98 400 Beschäftigte, das waren 22,3 % der Arbeitnehmer des gesamten Dienstleistungsbereiches. Gegenüber 1993 ergab sich ein Rückgang der Arbeitnehmerzahl um 2,5 % oder fast 2 500 Personen. Im zeitlichen Ablauf ist erkennbar, daß in dieser Wirtschaftsabteilung ein stetiger Anstieg zu verzeichnen war, bis 1987 mit rund 111 100 Arbeitern und Angestellten der Höchststand erreicht wurde. Das bedeutet seit diesem Zeitpunkt einen Rückgang um 12 700 Beschäftigte oder um 11,4 %.

Unterschiedlich entwickelt haben sich die beiden Teilbereiche dieser Wirtschaftsabteilung. Während die Beschäftigtenzahl bei der Sozialversicherung in den zurückliegenden Jahren konstant auf nunmehr fast 10 200 Arbeitnehmer zugenommen hat, ist bei den Gebietskörperschaften seit dem Höchststand des Jahres 1987 mit gut 102 700 Beschäftigten bis 1994 ein Rückgang um über 14 500 Personen zu beobachten. Das entspricht einer Abnahme dieser Arbeitsplätze um 14,1 %.

Die am 30. Juni 1994 in der Wirtschaftsunterabteilung Gebietskörperschaften gezählten fast 88 200 Beschäftigten setzen sich aus zwei Hauptgruppen zusammen. Zum einen handelt es sich um die in den eigentlichen Verwaltungen der Kommunen, des Landes und des Bundes sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und um Arbeiter und Angestellte im Bereich Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, zu denen auch die Beschäftigten bei der Bundeswehr und den ausländischen Stationierungstreitkräften gehören. Eine Analyse der Daten unter Berücksichtigung dieser beiden Hauptgruppen zeigt, daß die Zahl der Beschäftigten in der eigentlichen Verwaltung zwischen 1993 und 1994 noch um 1,6 % auf nunmehr rund 58 800 gestiegen ist. Im Vergleich mit 1983 fällt die Steigerungsrate mit 13,8 % deutlich höher aus. Gegenüber 1987, als der Gesamtbereich der Gebietskörperschaften seinen Höchststand erreicht hatte, ist die Beschäftigtenzahl im engeren Verwaltungsbereich um nicht ganz 2 400 Personen oder 4,2 % gestiegen.

Ganz anders ist die Entwicklung in der zweiten Hauptgruppe innerhalb der Unterabteilung Gebietskörperschaften verlaufen, auf die der Abbau der letzten Jahre bei den Zivilbeschäftigten von Bundeswehr und Stationierungstreitkräften voll durchgeschlagen hat. Hier waren Mitte 1994 nur noch knapp 29 400 Arbeitnehmer beschäftigt, gut 3 700 bzw. 11,3 % weniger als ein Jahr zuvor. Stellt man dem aktuellen Ergebnis den Wert des Jahres 1987, in dem in diesem Bereich mit annähernd 46 300 Beschäftigten der Höchststand erreicht war, gegenüber, wird der konversionsbedingte Arbeitsplatzabbau dieses Bereichs deutlich. Heute sind es rund 16 900 Arbeitnehmer weniger, ein Rückgang um 36,5 %. Bei der Beurteilung dieser Zahlen muß natürlich



Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1983 – 1994 im Wirtschaftsbereich
Dienstleistungen

Wirtschaftsgliederung	1983	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Anzahl							
Dienstleistungen insgesamt	344 598	384 686	398 065	410 117	425 463	431 857	440 708
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	34 771	37 837	38 554	39 135	40 287	40 795	40 710
Dienstleistungen a. n. g.	187 530	217 666	229 608	240 747	254 664	263 433	273 422
Organisationen ohne Erwerbscharakter	17 097	21 227	22 366	23 934	25 758	26 767	28 195
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	105 200	107 956	107 537	106 301	104 754	100 862	98 381
Gebietskörperschaften	97 278	99 232	98 756	97 177	95 231	90 986	88 187
Öffentliche Sicherheit	45 615	43 901	42 628	40 180	37 309	33 123	29 390
übrige	51 663	55 331	56 128	56 997	57 922	57 863	58 797
Sozialversicherung	7 922	8 724	8 781	9 124	9 523	9 876	10 194
Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Jahr in %							
Dienstleistungen insgesamt		11,6	3,5	3,0	3,7	1,5	2,0
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe		8,8	1,9	1,5	2,9	1,3	-0,2
Dienstleistungen a. n. g.		16,1	5,5	4,9	5,8	3,4	3,8
Organisationen ohne Erwerbscharakter		24,2	5,4	7,0	7,6	3,9	5,3
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung		2,6	-0,4	-1,1	-1,5	-3,7	-2,5
Gebietskörperschaften		2,0	-0,5	-1,6	-2,0	-4,5	-3,1
Öffentliche Sicherheit		-3,8	-2,9	-5,7	-7,1	-11,2	-11,3
übrige		7,1	1,4	1,5	1,6	-0,1	1,6
Sozialversicherung		10,1	0,7	3,9	4,4	3,7	3,2

deutlich hervorgehoben werden, daß es sich hier nur um einen relativ kleinen Bereich der Beschäftigtenstatistik handelt, bei dem der Arbeitsplatzverlust durch den Wegfall von Standorten der Bundeswehr und der Stationierungstreitkräfte allerdings eindeutig zugeordnet werden kann. In vielen anderen Wirtschaftszweigen sind mit Sicherheit noch stärkere Auswirkungen des konversionsbedingten Arbeitsplatzabbaues zu verzeichnen, lassen sich aber mit den dem Statistischen Landesamt zur Verfügung stehenden Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik nicht ohne weiteres belegen.

In fast allen kreisfreien Städten und Landkreisen ist die Beschäftigtenzahl im Dienstleistungsbereich gestiegen

Der Rückgang der Gesamtbeschäftigtenzahl des Landes zwischen 1993 und 1994 in Höhe von gut 13 100 Personen oder - 1,1 % hat die kreisfreien Städte und Landkreise in unterschiedlichem Maße betroffen. Die höchste prozentuale Abnahme war in der Stadt Pirmasens zu beobachten. Hier gab es Mitte 1994 noch rund 22 500 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, fast 1 600 oder 6,5 % weniger als ein Jahr zuvor. Bereits in den davorliegenden Jahren wurden hier nicht unbeträchtliche Abnahmen der Beschäftigtenzahl registriert. Gegenüber 1992, als im Lande die höchste Arbeitnehmerzahl seit Vorliegen dieser Statistik verzeichnet wurde, betrug der Beschäftigtenrückgang

in Pirmasens rund 3 000 bzw. 11,7 %. Ebenfalls relativ hohe Abnahmeraten bei der Beschäftigung hatten zwischen 1992 und 1994 die Landkreise Germersheim (- 9,3 %) und Kaiserslautern (- 7,1 %) sowie die Stadt Kaiserslautern (- 6,8 %) und die Städte Frankenthal und Ludwigshafen (jeweils - 6,6 %). In der Stadt Ludwigshafen waren 1994 noch rund 100 100 Arbeiter und Angestellte tätig, knapp 8 000 weniger als 1991, dem Jahr mit der höchsten Beschäftigtenzahl für die Stadt. Den jüngsten Konjunkturerinbruch am besten verkräftet haben die Landkreise Neuwied, Cochem-Zell, Trier-Saarburg und Ludwigshafen. In diesen Gebieten gab es 1994 eine um über 2 % höhere Beschäftigtenzahl als 1992, während die Gesamtbeschäftigtenzahl des Landes in diesem Zeitraum um 2,9 % zurückging.

Die Gesamtabnahme des produzierenden Gewerbes seit dem Höchstjahr 1991 um 9,6 % wurde von einigen kreisfreien Städten und Landkreisen deutlich überschritten. An der Spitze lag die Stadt Mainz mit einem Beschäftigtenrückgang im produzierenden Gewerbe um 29 %. Gleichzeitig sank der Anteil dieses Wirtschaftsbereiches von 32,2 % im Jahre 1991 auf 23,8 % im Berichtsjahr. Den zweithöchsten prozentualen Rückgang verzeichnete der Landkreis Pirmasens (- 18,4 %), in dem dadurch der Anteil des produzierenden Gewerbes von 63 % 1991 auf jetzt 55,9 % zurückging. Auch Stadt und Landkreis Kaiserslautern registrierten in diesem Bereich in den letzten drei Jahren Rückgänge der Beschäftigtenzahlen um 18 bzw.

17,6 %. Gestiegene Arbeitnehmerzahlen im produzierenden Gewerbe zeigten seit 1991 nur die Landkreise Bernkastel - Wittlich, Bitburg - Prüm, Alzey - Worms und Ludwigshafen, wo die Beschäftigtenzahlen 1994 zwischen 1,1 und 3,2 % höher lagen als im Vergleichsjahr.

Der Bereich Handel und Verkehr, im Land zwischen 1992 und 1994 um 0,3 % gestiegen, hatte die höchsten Zuwachsraten dieses Zeitraums in der Landeshauptstadt Mainz mit 15,4 % sowie in den Landkreisen Pirmasens mit 11 % und Neuwied mit 8,3 %. Weit überdurchschnittliche Zunahmen wurden auch in den Städten Landau (7,1 %) und Zweibrücken (6,7 %) verzeichnet. Die größten Einbußen an Arbeitnehmern im Bereich Handel und Verkehr erlitten in diesem Zeitraum der Landkreis Alzey - Worms mit - 8,7 %, die Stadt Trier mit - 8,3 % und der Landkreis Bernkastel - Wittlich mit 7,6 %. Auch im Landkreis Kaiserslautern wurden im Berichtsjahr 6 % weniger Beschäftigte in diesem Wirtschaftsbereich gezählt als im Jahre 1992.

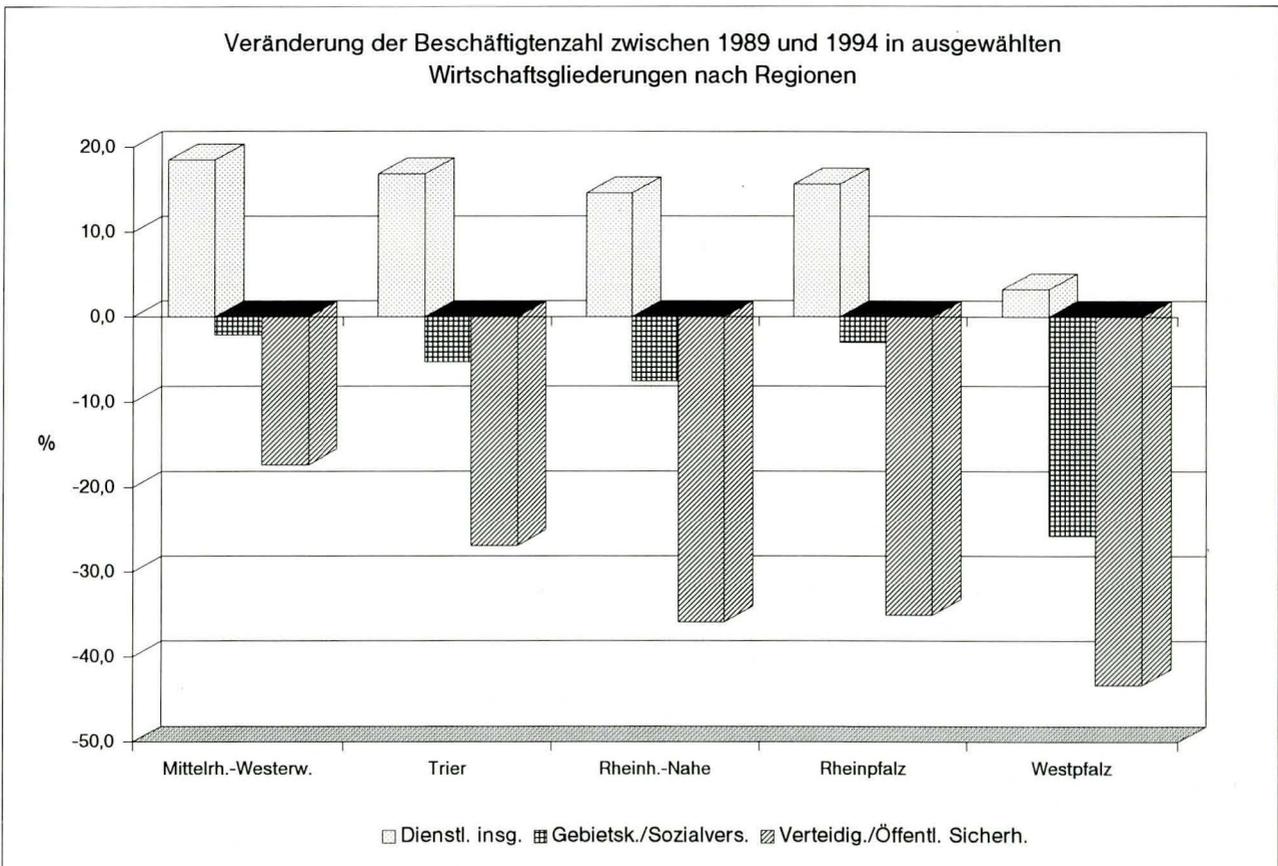
Der gesamte Dienstleistungsbereich, der im Lande zwischen 1992 und 1994 um 3,6 % zugenommen hat, verzeichnete seine höchsten Zuwachsraten in den Landkreisen Mayen - Koblenz mit 13,7 % und Alzey - Worms mit 11,1 %. Auch im Westerwaldkreis und im Landkreis Mainz - Bingen wurden 1994 über 10 % mehr Beschäftigte im Dienstleistungsbereich gezählt als 1992. Auch fast alle übrigen kreisfreien Städte und Landkreise haben in diesem Zeitraum eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Eine Ausnahme bilden lediglich die Stadt Pirmasens (- 16,9 %) und die Landkreise Ahrweiler und Birkenfeld, in denen im Berichtsjahr

2,5 bzw. 1,7 % weniger Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich tätig waren als zwei Jahre zuvor.

Konversionsbedingter Beschäftigtenrückgang am stärksten in der Westpfalz

Der bereits angesprochene konversionsbedingte Abbau von Arbeitsplätzen der Zivilbeschäftigten bei Bundeswehr und Stationierungstreitkräften hat sich regional sehr unterschiedlich ausgewirkt, da die zahlenmäßige Bedeutung solcher Arbeitsplätze in bezug auf die Gesamtbeschäftigtenzahl deutlich variiert und die Auflösung von Standorten teilweise schwerpunktmäßig erfolgte.

Am stärksten betroffen war die Region Westpfalz, in der im Bereich Verteidigung, Stationierungstreitkräfte seit 1989, dem Jahr des deutlich beginnenden Truppenabbaus, bis 1994 rund 6 600 Stellen abgebaut wurden. Das bedeutet einen Rückgang der Beschäftigtenzahl um 43,3 %. Innerhalb der Wirtschaftsabteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherung hat dieser Bereich in der Region Westpfalz eine enorme Bedeutung. So waren 1989 65,5 % der Arbeitnehmer dieser Abteilung im Bereich Verteidigung, Stationierungstreitkräfte tätig, 1994 betrug dieser Anteil nur noch 50 %. Erschwerend kommt hinzu, daß Gebietskörperschaften und Sozialversicherung 1989 über 42 % der Beschäftigungsverhältnisse des gesamten Dienstleistungssektor stellten (Land : 28,1 %). Dieser Anteil ist im Berichtsjahr auf 30,3 % gesunken, bei einem Landeswert von 22,3 %. Gleichzeitig hatte die Region West-



Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1989 bis 1994 in wirtschaftlicher Gliederung nach Regionen

Region	1989	1990	1991	1992	1993	1994	Veränderung 1989 zu 1994
Beschäftigte insgesamt							
Mittelrhein-Westerwald	324 943	337 709	350 007	358 067	356 304	356 534	9,7
Trier	130 793	135 497	139 978	143 225	142 025	141 278	8,0
Rheinhausen-Nahe	244 193	251 109	258 084	260 180	254 568	251 460	3,0
Rheinpfalz	269 240	278 797	285 983	288 676	281 046	275 697	2,4
Westpfalz	159 107	161 947	163 736	163 212	157 535	153 364	- 3,6
Land insgesamt	1 128 276	1 165 059	1 197 788	1 213 360	1 191 478	1 178 333	4,4
darunter im Wirtschaftsbereich produzierendes Gewerbe							
Mittelrhein-Westerwald	154 877	160 614	166 125	166 855	160 758	157 290	1,6
Trier	56 144	57 927	59 796	60 401	58 798	57 929	3,2
Rheinhausen-Nahe	100 291	101 889	103 452	102 292	95 121	88 456	- 11,8
Rheinpfalz	149 612	154 743	157 866	155 558	146 973	140 202	- 6,3
Westpfalz	77 367	79 002	79 631	77 268	72 776	68 505	- 11,5
Land insgesamt	538 291	554 175	566 870	562 374	534 426	512 382	- 4,8
darunter im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen							
Mittelrhein-Westerwald	110 934	115 363	119 362	124 308	127 929	131 476	18,5
Trier	46 555	48 229	50 145	52 422	53 250	54 399	16,8
Rheinhausen-Nahe	95 098	98 788	101 906	105 089	106 810	108 962	14,6
Rheinpfalz	76 517	79 565	81 957	85 759	86 970	88 494	15,7
Westpfalz	55 582	56 120	56 747	57 885	56 898	57 377	3,2
Land insgesamt	384 686	398 065	410 117	425 463	431 857	440 708	14,6
darunter in der Wirtschaftsabteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherung							
Mittelrhein-Westerwald	30 884	31 106	31 189	30 845	30 565	30 238	- 2,1
Trier	12 436	12 524	12 601	12 426	12 097	11 788	- 5,2
Rheinhausen-Nahe	22 433	22 378	22 195	22 027	21 174	20 750	- 7,5
Rheinpfalz	18 806	18 821	18 634	18 835	18 498	18 237	- 3,0
Westpfalz	23 397	22 708	21 682	20 621	18 528	17 368	- 25,8
Land insgesamt	107 956	107 537	106 301	104 754	100 862	98 381	- 8,9
darunter in der Wirtschaftsgruppe öffentliche Sicherheit							
Mittelrhein-Westerwald	10 798	10 862	10 754	10 059	9 657	8 924	- 17,4
Trier	3 950	3 837	3 694	3 497	3 204	2 886	- 26,9
Rheinhausen-Nahe	9 148	8 798	8 098	7 526	6 521	5 861	- 35,9
Rheinpfalz	4 671	4 581	4 270	4 128	3 586	3 031	- 35,1
Westpfalz	15 334	14 550	13 364	12 099	10 155	8 688	- 43,3
Land insgesamt	43 901	42 628	40 180	37 309	33 123	29 390	- 33,1

pfalz zwischen 1989 und 1994 zusätzliche Verluste an Beschäftigten des produzierenden Bereichs in Höhe von 11,5 % hinzunehmen, was zu einem Rückgang der Gesamtzahl der Arbeitnehmer um 3,6 % seit 1989 führte, während das Land insgesamt mit + 4,4 % eine positive Entwicklung zeigte.

Ebenfalls stark betroffen von dem konversionsbedingten Stellenabbau waren die Regionen Rheinhausen-Nahe (- 35,9 %) und Rheinpfalz mit - 35,1 %. Dabei waren in der Region Rheinhausen - Nahe die Auswirkungen auf die Wirtschaftsabteilung Gebietskörper-

schaften und Sozialversicherung stärker, weil der Anteil der betroffenen Arbeitsplätze an der Gesamtabteilung 1989 bei fast 41 % lag. In der Region Rheinpfalz betrug der Anteil zum gleichen Zeitpunkt dagegen nur knapp 25 %. Die übrigen Abteilungen des Dienstleistungsbereiches beider Regionen entwickelten sich zwar mit einem Plus von über 21 % positiv, die Zuwachsrate lag aber unter dem Landeswert von 23,7 %. Da in beiden Gebieten die negative Entwicklung im produzierenden Bereich höher ausfiel als im Landesdurchschnitt, lag der Anstieg der Gesamtbeschäftigtenzahl mit 3 % (Rheinhausen - Nahe) und 2,4 % in der Region Rheinpfalz unter dem Landeswert von 4,4 %.

Am wenigsten vom Truppenabbau betroffen war bisher die Region Mittelrhein - Westerwald. Hier ging die Beschäftigtenzahl des betreffenden Bereiches seit 1989 von 10 800 auf nunmehr gut 8 900 zurück, eine Abnahme um 17,4 %. Der Anteil dieses Bereiches an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer in der Wirtschaftsabteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sank im gleichen Zeitraum von 35 auf 29,5 %. Gleichzeitig verlief in dieser Region die Entwicklung im übrigen Dienstleistungsbereich überdurchschnittlich positiv (+ 26,5 %). Da der Wirtschaftsbereich Handel und Ver-

kehr eine Zuwachsrate von 16,6 % (Land : 11,5 %) und das produzierende Gewerbe von 1,6 % (Land : - 4,8 %) aufwies, ergab sich in der Region Mittelrhein - Westerwald hinsichtlich der Gesamtbeschäftigtenzahl die positivste Entwicklung aller Regionen des Landes seit 1989. Ende Juni 1994 wurden über 356 500 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer gezählt, fast 31 600 oder 9,7 % mehr als 1989. Im Land betrug die Zunahme nur 4,4 %.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1993

Durch die Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730) wurde u.a. eine neue Abgrenzung der Einrichtungen der stationären Patientenversorgung vorgenommen. Danach wird ab dem Berichtsjahr 1990 zwischen den Krankenhäusern im engeren Sinne gemäß Paragraph 107 Abs. 1 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) sowie den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen nach Paragraph 107 Abs. 2 SGB V unterschieden. In einem ersten Beitrag¹⁾ wurde bereits über die in Rheinland-Pfalz gelegenen Krankenhäuser berichtet. Dabei wurden auch die rechtlichen und methodischen Grundlagen der Krankenhausstatistik näher erläutert. Im vorliegenden Aufsatz sollen nun die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit ihrer Betten- und Personal Ausstattung und ihren Patientenbewegungen dargestellt werden. Bei dieser Art stationärer Einrichtungen handelt es sich zu einem größeren Teil um solche Häuser, die unter den Bezeichnungen Kurklinik, Sanatorium oder Kurheim geführt werden. Sie sind nicht nur für eine ausreichende stationäre Patientenversorgung von Bedeutung, sondern stellen auch im Fremdenverkehrsbereich einen nicht unwichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Dies belegen die Zahlen der Beherbergungsstatistik, in der alle Betriebe, die über mindestens neun Gästebetten verfügen, erfaßt werden. Danach entfiel in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt des Zehnjahreszeitraums 1984 bis 1993 mit einem Anteil von 12,7 % mehr als jede achte Übernachtung auf die Betriebsart „Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten“. Im Jahre 1993 belief sich der Anteil dieser Betriebe an den gesamten Übernachtungen der Fremdenverkehrsbranche auf 13,3 %.

75 Einrichtungen mit annähernd 9 100 Betten

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind nach der Definition des Paragraph 107 Abs. 2 SGB V Einrichtungen, die

- der stationären Behandlung dienen, um eine Schwächung der Gesundheit, die voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde, zu beseitigen (Vorsorge) oder eine Krankheit zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern

oder im Anschluß an eine Krankenhausbehandlung den Behandlungserfolg zu sichern (Rehabilitation),

- fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Verantwortung und unter Mitwirkung von besonders geschultem Personal darauf eingerichtet sind, den Gesundheitszustand der Patienten vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungs-, Sprach- oder Beschäftigungstherapie zu verbessern, und in denen
- die Patienten untergebracht und verpflegt werden können.

Während in den eigentlichen Krankenhäusern (Paragraph 107 Abs. 1 SGB V) die intensive und aktive ärztliche Betreuung der Kranken im Vordergrund steht und die pflegerischen Leistungen der ärztlichen Behandlung untergeordnet sind, sind die Gewichte in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen etwas anders verteilt. Bei ihnen erfolgen die kurativen Maßnahmen zwar ebenfalls in ärztlicher Verantwortung, jedoch sind die nichtärztlichen den ärztlichen Leistungen nicht nach-, sondern mehr oder weniger gleichwertig nebengeordnet.

Ende 1993 gab es in Rheinland - Pfalz 75 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit zusammen 9 077 Betten (alle Bettenangaben beziehen sich jeweils auf die im Jahresdurchschnitt aufgestellten Betten). Drei Jahre zuvor waren 73 Einrichtungen mit 8 255 Betten gezählt worden, wobei die Bettenkapazität in den Folgejahren jeweils ausgeweitet wurde. Seit 1990 hat sich das Bettenangebot also um 10 % erhöht. Verglichen mit den reinen Krankenhäusern handelt es sich bei den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen überwiegend um kleinere Einheiten. So kommen bei ihnen im rechnerischen Durchschnitt nicht mehr als 121 Betten auf eine Einrichtung. Annähernd die Hälfte (48 %) aller Häuser verfügte über weniger als 100 Betten, darunter waren 15 mit unter 50 Betten. Lediglich drei der Kliniken meldeten jeweils 250 und mehr Betten. Sie vereinigten gut 12 % des Bettenkontingents auf sich.

Mehr Einrichtungen mit Versorgungsvertrag

Das Erhebungsprogramm unterscheidet die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen danach, ob

1) Vgl. Hesse, Klaus-Jochen „Krankenhäuser 1992“ in : Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Januar 1994, S. 13 ff.

Ausgewählte Eckdaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1990 bis 1993

Merkmal	1990	1991	1992	1993
Einrichtungen	73	74	75	75
mit Versorgungsvertrag	47	49	51	52
ohne Versorgungsvertrag	26	25	24	23
in öffentlicher Trägerschaft	11	11	11	11
in freigemeinnütziger Trägerschaft	11	12	12	12
in privater Trägerschaft	51	51	52	52
Aufgestellte Betten in Einrichtungen	8 255	8 491	8 914	9 077
mit Versorgungsvertrag	5 985	6 416	6 746	6 985
ohne Versorgungsvertrag	2 270	2 075	2 168	2 092
in öffentlicher Trägerschaft	1 478	1 570	1 624	1 637
in freigemeinnütziger Trägerschaft	701	694	882	898
in privater Trägerschaft	6 076	6 227	6 408	6 542
Stationär behandelte Patienten	73 050	79 148	84 140	85 987
Pflegetage (in Tausend)	2 571	2 779	2 939	2 973
Durchschnittliche Verweildauer in Tagen	35,2	35,1	34,9	34,6
Durchschnittliche Bettenauslastung in %	85,3	89,7	90,1	89,7
Nichtärztliches Personal				
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	·	4 000	4 335	4 534
Pflegedienst				
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	·	813	866	919
Betten je Pflege-Vollkraft	·	10,4	10,3	9,9
Ärztliches Personal ¹⁾				
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	·	357	382	407
Betten je ärztliche Vollkraft	·	23,8	23,3	22,3

1) Ohne Ärzte im Praktikum (AiP).

sie einen Versorgungsvertrag nach Paragraph 111 SGB V mit den Landesverbänden der Krankenkassen und den Verbänden der Ersatzkassen abgeschlossen haben oder nicht. Bei Vorliegen eines solchen Vertrages sind die Einrichtungen zur Versorgung der Versicherten mit stationären medizinischen Leistungen der Vorsorge oder Rehabilitation einschließlich der Anschlußheilbehandlung zugelassen. Die Zahl der Häuser mit Versorgungsvertrag erhöhte sich seit 1990 um 5 auf 52 im Jahre 1993, das sind 70 % aller Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Sie vereinigten mit 6 985 Betten 77 % des Bettenangebots auf sich. Im Jahre 1990 hatte die Bettenzahl erst 5 985 betragen.

Demgegenüber verringerte sich die Zahl der Kliniken ohne Versorgungsvertrag im gleichen Zeitraum von 26 auf 23, wobei 1993 die Zahl der aufgestellten Betten (2 092) um 7,8 % unter derjenigen des Jahres 1990 (2 270) lag. Gemessen an der durchschnittlichen Bettenzahl je Haus sind die Einrichtungen mit Versorgungsvertrag (134 Betten) größer als diejenigen ohne Vertrag (91 Betten).

Mehrzahl der Häuser in privater Trägerschaft

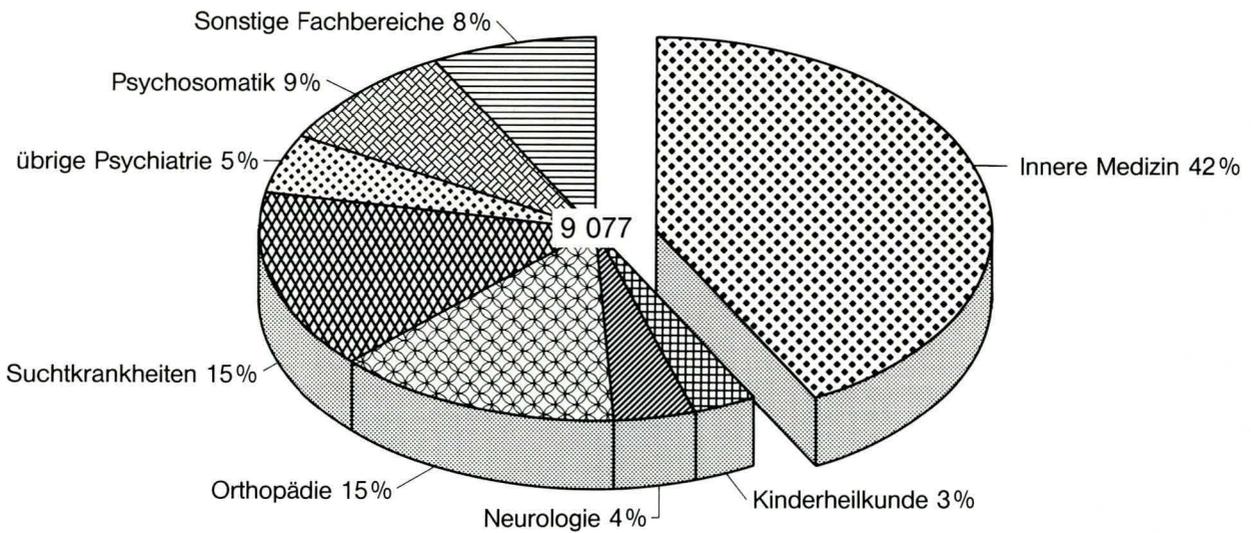
Bei den allgemeinen Krankenhäusern kommt den privat geführten Häusern sowohl nach ihrer Anzahl (Anteil 14,8 %) als auch vom Bettenangebot her (3,9 %) nur eine nachgeordnete Bedeutung zu. Dagegen fällt das zahlenmäßige Übergewicht der von privaten Trägern betriebenen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtun-

gen auf, deren Anteil nahezu 70 % erreichte. Sie hielten mit zusammen 6 542 Betten auch einen in etwa gleich hohen Anteil des Bettenangebots (72 %) vor. Die restlichen Häuser befanden sich zu fast gleichen Teilen in freigemeinnütziger (16 %) und öffentlicher (14,7 %) Trägerschaft. Letztere verfügten allerdings mit 1 637 aufgestellten Betten über eine deutlich höhere Bettenkapazität als die überwiegend dem kirchlichen Bereich zuzuordnenden freigemeinnützigen Häuser (898 Betten). Die Entwicklung der Bettenzahl von 1990 bis 1993 zeigt folgendes Bild: den relativ stärksten Zuwachs verzeichneten die von der Gesamtbettenzahl her allerdings nur an dritter Stelle rangierenden freigemeinnützigen Häuser mit + 28 %. Die öffentlichen und die privaten Kliniken weiteten ihre Bettenkapazität um + 10,8 % bzw. + 7,7 % aus.

Durchschnittliche Verweildauer der Patienten betrug knapp 35 Tage

Die Zahl der in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen behandelten Patienten stieg seit 1990 kräftig an, und zwar von 73 050 über 79 148 (1991), 84 140 (1992) auf 85 987 im Jahre 1993. Dies entspricht einer Zunahme um 17,7 %. Die Gesamtzahl der Pflegetage – das ist die Summe der an den einzelnen Tagen des Berichtsjahres um 24.00 Uhr stationär untergebrachten Patienten – erhöhte sich von 1990 (2 570 668) bis 1993 (2 973 035) um 15,7 %. Dieser im Vergleich zu der Patientenzahl etwas geringere

In Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen aufgestellte Betten 1993 nach Fachrichtungen – Anteile in % –



25/95

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Anstieg erklärt sich daraus, daß im gleichen Zeitraum die durchschnittliche Verweildauer der Patienten in den Kliniken kontinuierlich von 35,2 Tagen auf 34,6 Tage leicht zurückging. Der vorgenannte Durchschnittswert des Jahres 1993 wurde von den in öffentlicher (34,4 Tage) sowie den in privater Trägerschaft (33,4 Tage) betriebenen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen geringfügig unterschritten, wogegen die Aufenthaltsdauer in den freigemeinnützigen Häusern mit im Schnitt knapp 49 Tagen deutlich darüber lag.

Die Differenzierung nach Bettengrößenklassen zeigt, daß 1993 die durchschnittliche Verweildauer mit 27 Tagen in den Einrichtungen mit 50 bis unter 100 Betten am niedrigsten war. Die längste Verweildauer (49 Tage) errechnet sich für die Kliniken mit 250 und mehr Betten, gefolgt von denjenigen mit 100 bis unter 150 Betten, in denen sich die Patienten durchschnittlich 40 Tage aufhielten.

Bettenauslastung stieg mit Größe der Einrichtungen

Der Grad der Bettenauslastung ist für die stationären Einrichtungen von wirtschaftlicher Bedeutung. Er errechnet sich, indem die Zahl der aufgestellten Betten in Relation zur Summe der Pflegetage gesetzt wird. Die durchschnittliche Bettenauslastung der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen verbesserte sich 1993 im Vergleich zu 1990 (85,3 %) auf 89,7 %, nachdem sie 1992 bereits 90,1 % betragen hatte. Trotz der überdurchschnittlichen Verweildauer ihrer Patienten wiesen die freigemeinnützigen Häuser im Schnitt mit 85,4 % den niedrigsten Nutzungsgrad der Betten auf. Dagegen war die durchschnittliche Auslastung der in öffentlicher Trägerschaft betriebenen Einheiten mit 93,1 % vergleichsweise hoch. Der entsprechende Wert der in privatem Eigentum befindlichen Kliniken (89,5 %) lag nur unwesentlich unter dem Gesamtdurchschnitt.

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1993 nach Bettengrößenklassen, Trägern, Verweildauer und Bettenauslastung

Bettengrößenklasse Träger	Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen		Aufgestellte Betten		Durchschnittliche Verweildauer	Bettenauslastung
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Tage	in %
unter 50	15	20,0	440	4,8	33,0	62,6
50 – 100	21	28,0	1 419	15,6	27,0	73,7
100 – 150	10	13,3	1 200	13,2	40,0	89,3
150 – 200	16	21,3	2 769	30,5	31,3	95,2
200 – 250	10	13,3	2 147	23,7	36,9	96,5
250 und mehr	3	4,0	1 102	12,1	49,0	94,8
Insgesamt	75	100	9 077	100	34,6	89,7
in öffentlicher Trägerschaft	11	14,7	1 637	18,0	34,4	93,1
in freigemeinnütziger Trägerschaft	12	16,0	898	9,9	48,8	85,4
in privater Trägerschaft	52	69,3	6 542	72,1	33,4	89,5

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1993
nach Fachabteilungen, Betten- und Patientenzahl sowie Auslastung

Fachabteilung	Vorsorge- oder Rehabilitations- einrichtungen ¹⁾	Aufgestellte Betten		Stationär behandelte Patienten	Pflegetage	Betten- auslastung	Durch- schnittliche Verweildauer
		Anzahl	Anteil in %	Anzahl		%	Tage
Haut- und Geschlechts- krankheiten	1	35	0,4
Innere Medizin	35	3 796	41,8	42 449	1 224 323	88,4	28,8
Gastroenterologie	2	245	2,7
Kardiologie	3	466	5,1	5 601	166 172	97,7	29,7
Lungen- und Bronchial- heilkunde	1	160	1,8
Rheumatologie	6	667	7,3	7 219	214 118	87,9	29,7
Kinderheilkunde	2	290	3,2
Neurologie	2	345	3,8
Orthopädie	13	1 328	14,6	16 481	445 475	91,9	27,0
Psychiatrie	16	1 747	19,2	6 184	609 307	95,6	98,5
Suchtkrankheiten	14	1 328	14,6	4 515	468 109	96,6	103,7
Psychosomatik	9	841	9,3	6 477	289 074	94,2	44,6
Sonstige Fachbereiche	11	695	7,7	9 149	185 130	73,0	20,2
Fachabteilungen insgesamt	89	9 077	100	85 987	2 973 035	89,7	34,6

1) Mit entsprechender Fachabteilung.

Die Zahlen für das Berichtsjahr 1993 lassen einen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen Bettenauslastung und Größe der Einrichtungen vermuten: mit steigender Bettengrößenklasse nahm der Nutzungsgrad der Betten zu, wobei lediglich die oberste Größenklasse ein wenig aus dem Rahmen fällt. So waren Häuser mit weniger als 50 Betten im Schnitt nur zu 62,6 % ausgelastet, solche mit 100 bis unter 150 Betten zu 89,3 %, und diejenigen mit 200 bis unter 250 Betten erreichten mit 96,5 % den besten Auslastungsgrad. Die großen Kliniken mit 250 und mehr Betten konnten mit einer Bettenauslastung von 94,8 % ebenfalls ein sehr gutes Ergebnis erzielen.

Innere Medizin dominierte

In den 75 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen gab es 1993 insgesamt 89 Hauptfachabteilungen, d.h. der ganz überwiegende Teil der Einrichtungen war auf ein einziges Fachgebiet spezialisiert. So verfügten 63 der Häuser über lediglich eine Fachabteilung, 10 über zwei und die restlichen zwei über drei Abteilungen. Die bei weitem häufigste Fachrichtung war die Innere Medizin: 35 oder annähernd 47 % aller Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen boten internistische Leistungen an, in einer geringeren Zahl von Fällen zusammen mit anderen Fachbereichen, z.B. Orthopädie oder Psychosomatik. Auf die Innere Medizin als Hauptdisziplin entfielen 3 796 oder fast 42 % aller 9 077 aufgestellten Betten, wobei 667 die Unterabteilung Rheumatologie und 466 die Kardiologie betrafen.

Zweithäufigster Fachbereich war die Psychiatrie, für die von 16 Einrichtungen insgesamt 1 747 Betten vorgehalten wurden, das entspricht einem knappen Fünftel der gesamten Bettenkapazität. Innerhalb der Hauptdis-

ziplin Psychiatrie spielte die Therapie von Suchtkrankheiten eine wichtige Rolle, denn in 14 der 16 vorgenannten Häuser standen entsprechende Betten zur Verfügung. Deren Zahl belief sich auf 1 328, das sind über drei Viertel der in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen vorhandenen psychiatrischen Betten.

Angesichts der seit Jahren steigenden Zahl von Menschen mit Schäden am Stütz- und Bewegungsapparat – genannt seien u. a. Wirbelsäulenerkrankungen und Gelenkschäden – nimmt es nicht wunder, daß auch der Orthopädie in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen größere Bedeutung zukommt. So konnten sich Patienten in 13 Einrichtungen einer orthopädischen Vorsorge oder Rehabilitation unterziehen, wozu insgesamt 1 328 oder knapp 15 % aller Betten bereitstanden.

Erwähnt sei schließlich noch der Fachbereich Psychosomatik, der von neun Kliniken abgedeckt wurde, in denen zusammen 841 (9,3 %) Betten zur Behandlung von psychosomatischen Leiden vorhanden waren.

86 000 stationär behandelte Patienten

Insgesamt knapp 86 000 Patienten unterzogen sich 1993 in Rheinland-Pfalz einer stationären Rehabilitation oder Vorsorgebehandlung. Mit 42 449 Personen entfiel rund die Hälfte auf den Fachbereich Innere Medizin, 19,2 % auf die Orthopädie und jeweils gut 7 % auf die Psychiatrie bzw. Psychosomatik.

In Anbetracht der bekannt langwierigen Therapie bei psychiatrischen Krankheitsbildern überrascht es nicht, daß die Patienten der Fachabteilungen Psychiatrie mit 98,5 Tagen, darunter die wegen Suchtkrankheiten ein-

gewiesenen Personen mit 103,7 Tagen, im Schnitt die längste Verweildauer aller Fachrichtungen aufweisen. An zweiter Stelle folgt der Fachbereich Psychosomatik, für den sich mit 44,6 Tagen ein deutlich niedrigerer Wert errechnet; er lag allerdings genau 10 Tage über dem Gesamtdurchschnitt aller Fachabteilungen (34,6). Die kürzeste durchschnittliche Aufenthaltsdauer wurde für die Orthopädie (27) und die Innere Medizin (28,8) ermittelt.

Die durchschnittliche Bettenauslastung aller Einrichtungen bzw. der Gesamtheit der Fachabteilungen in Höhe von 89,7 % wurde unter anderem in den Fachbereichen Psychiatrie (95,6 %), Psychosomatik (94,2 %) und Orthopädie (91,9 %) übertroffen, wogegen der entsprechende Wert im Fachgebiet Innere Medizin (88,4 %) geringfügig darunter lag.

Leichte Verbesserung der Personalsituation

Zum Stichtag 31. Dezember der jeweiligen Berichtsjahre wird die Kopfzahl des in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen tätigen Personals ermittelt. Da in den meisten Einrichtungen eine größere Zahl insbesondere der nichtärztlichen Mitarbeiterinnen als Teilzeitkräfte beschäftigt ist, erfolgt darüber hinaus für die wichtigsten Eckdaten eine Umrechnung der Kopfzahlen auf Vollkräfte im Jahresdurchschnitt. Neben der Teilzeitfähigkeit wird dabei auch berücksichtigt, daß manche der Beschäftigten nicht während des gesamten Kalenderjahres tätig waren. Die Rechengröße „Vollkräfte“ gibt ein genaueres Bild über die den Häusern effektiv zur Verfügung stehende Personalkapazität als die Kopfzahl und ist darüber hinaus besser für Vergleiche über den Personalschlüssel der Häuser sowie für Zeitvergleiche geeignet.

Im Durchschnitt des Jahres 1993 waren in den 75 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen rechnerisch insgesamt 4 941 Vollkräfte tätig. Gut 8 % von ihnen waren Ärzte, wobei die Ärzte im Praktikum (AiP) hier unberücksichtigt blieben. Die Zahl der auf Vollkräfte umgerechneten ärztlichen Mitarbeiter wurde gegenüber 1991 (357) – für das Erhebungsjahr 1990 wurde keine Personalstandserhebung durchgeführt – um 14 % auf 407 im Jahre 1993 ausgeweitet.

Von den 4 534 nichtärztlichen Vollkräften des Jahres 1993 arbeiteten 919 im Pflegedienst. Zu dieser Personalgruppe zählen neben den (Kinder-)Krankenschwestern/-pflegern auch die Krankenpflegehelfer/innen sowie sonstiges Pflegepersonal ohne staatlichen Abschluß. Die Zahl der Pflegepersonen erhöhte sich im Vergleich zu 1991 um 13 %. Diese Zunahme ist – wie auch die analoge Entwicklung bei den Ärzten – vor dem Hintergrund einer im gleichen Zeitraum erfolgten Erhöhung der Bettenkapazität zu sehen. Da die Steigerungsrate bei den Betten jedoch prozentual geringer war als beim Personal, errechnet sich eine leichte Verbesserung der Personal / Betten-Relation. War 1991 eine ärztliche Vollkraft im statistischen Durchschnitt für 23,8 belegte Betten verantwortlich, so verringerte sich dieser Wert 1992 auf 23,3 und 1993 auf 22,3 Betten. Im Pflegedienst war 1991 eine Vollkraft für durchschnittlich 10,4, 1992 für 10,3 und 1993 für 9,9 belegte Betten zuständig.

58 % der Ärzte mit Fachgebietsbezeichnung

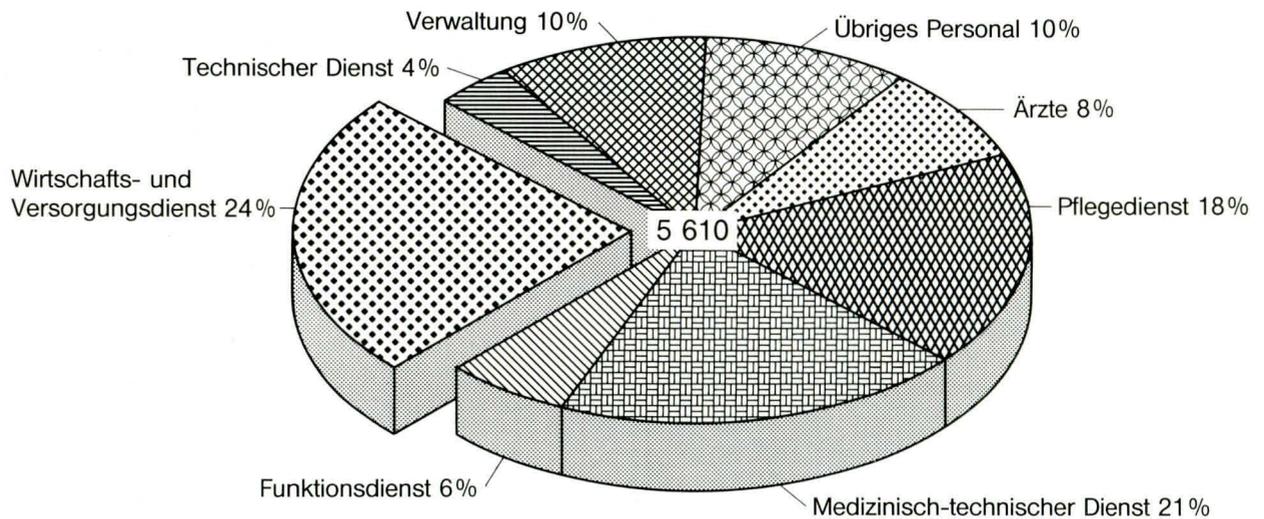
Die folgenden Ausführungen über das Personal der Einrichtungen beziehen sich jeweils auf die Kopfzahl der Beschäftigten am 31. Dezember 1993. Zu diesem Stichtag belief sich ihre Gesamtzahl auf 5 610, davon

Ärztliches Personal in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1993 nach Gebietsbezeichnungen, Stand der Weiterbildung und Geschlecht

Gebietsbezeichnung	Hauptamtliche Ärztinnen und Ärzte am 31. 12.				
	zusammen	männlich	weiblich	davon	
				mit abgeschlossener Weiterbildung	in einer Weiterbildung
Allgemeinmedizin	56	34	22	45	11
Anästhesiologie	1	–	1	1	–
Chirurgie	4	3	1	4	–
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	9	4	5	8	1
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	1	1	–	1	–
Haut- und Geschlechtskrankheiten	2	1	1	2	–
Innere Medizin	176	107	69	99	77
Kinderheilkunde	9	7	2	9	–
Kinder- und Jugendpsychiatrie	2	1	1	1	1
Neurologie	33	22	11	19	14
Orthopädie	29	18	11	29	–
Psychiatrie	47	31	16	30	17
Ärzte mit abgeschlossener bzw. begonnener Weiterbildung zusammen	369	229	140	248	121
Ärzte ohne Weiterbildung	60	30	30	–	–
Ärzte insgesamt ¹⁾ darunter: teilzeitbeschäftigt	429 31	259 8	170 23	248	121

1) Ohne Ärzte im Praktikum.

Personal der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen am 31.12.1993
nach Berufsgruppen – Anteile in % –



26/95

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

waren drei Viertel Frauen. Beim ärztlichen Personal zeigt sich allerdings eine völlig andere Geschlechterrelation. Von den insgesamt 429 hauptamtlich tätigen Ärzten – ohne 27 AiP-Mitarbeiter – waren 170, das sind nur knapp zwei Fünftel, Frauen. Die Teilzeitbeschäftigung ist bei den ärztlichen Mitarbeitern der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen nicht sehr verbreitet, denn nur 7,2 % von ihnen waren nicht als Vollzeitkräfte angestellt.

Eine abgeschlossene Weiterbildung berechtigt einen Arzt, die entsprechende Fachgebietsbezeichnung bzw. Teilgebietsbezeichnung zu führen. Dies war Ende 1993 bei 248 oder 57,8 % der in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen beschäftigten Medizinern der Fall. In der Phase einer begonnenen, aber noch nicht abgeschlossenen Weiterbildung befanden sich 121 Assistenzärzte, das entspricht einem Anteil von 28,2 %. Schließlich arbeiteten in den Einrichtungen noch weitere 60 Ärzte (14 %) ohne Gebietsbezeichnung, die noch keine Weiterbildung begonnen hatten bzw. dies auch nicht beabsichtigten. Bei der nachfolgenden Differenzierung der Ärzte nach Gebietsbezeichnungen wurden die in einer Weiterbildung befindlichen Assistenzärzte demjenigen Fachbereich zugeordnet, in dem sie zum Zeitpunkt der Erhebung tätig waren. Von den 369 Medizinern mit abgeschlossener oder begonnener Weiterbildung waren die relativ meisten, nämlich 176 oder 47,7 % der Inneren Medizin zuzuordnen. Es folgten die Gebiete Allgemeinmedizin mit 56 (15,2 %), Psychiatrie mit 47 (12,7 %) und Neurologie mit 33 (8,9 %) Ärzten. Diese Reihenfolge ist – bei graduellen Unterschieden in den Anteilswerten – bei Männern und Frauen identisch.

Knapp 5 200 nichtärztliche Mitarbeiter

Bei den allgemeinen Krankenhäusern bildet das Pflegepersonal (Anteil 1993: rund 45 %) die mit Abstand

größte Berufsgruppe des nichtärztlichen Sektors. Dies ist eine Folge des hohen Pflegeaufwands, den viele der Akutkranken benötigen. In den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit ihrer anders gearteten Zweckbestimmung sind dagegen die meisten Patienten nicht bettlägerig und erfordern demgemäß eine entsprechend geringere Betreuung durch Krankenschwestern und -pfleger. Dies bestätigen die vorliegenden Zahlen: Bei ihnen entfiel von den insgesamt 5 181 nichtärztlichen Mitarbeitern – 46 Auszubildende nicht mitgerechnet – Ende 1993 mit 1 028 nur ein knappes Fünftel auf den Pflegedienst. Im Wirtschafts- und Versorgungsdienst waren 1 319 Personen oder ein Viertel der nicht-ärztlichen Bediensteten beschäftigt. Der medizinisch-technische Dienst umfaßte 1 182 Personen (22,8 %). Zu dieser Gruppe rechnen vor allem die Masseur/innen und medizinischen Bademeister/innen (246), die Krankengymnasten/innen (209) sowie die Psychologen/innen (191). Rund ein Zehntel der Personalkapazität schließlich war in der Klinikverwaltung eingesetzt.

Jede vierte Pflegekraft arbeitete in Teilzeitform

Die Teilzeitarbeit ist beim nichtärztlichen Klinikpersonal relativ verbreitet. Der Grund dürfte darin zu sehen sein, daß hier überwiegend Frauen eingesetzt sind, von denen viele wegen der häufig gegebenen Doppelbelastung durch Familie und Beruf einer Vollzeitbeschäftigung nicht nachgehen können. Insgesamt hatten Ende 1993 bei den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1 399 Beschäftigte, das sind 27 %, einen Teilzeitarbeitsvertrag. Unter den größeren Berufsgruppen war die Teilzeitarbeit mit einem Anteil von 31,2 % vor allem beim Wirtschafts- und Versorgungsdienst verbreitet. Ähnlich hoch war der betreffende Prozentsatz beim Verwaltungsdienst (30,6 %). Im Pflegedienst arbeitete jede vierte Kraft in Teilzeitform und im medizinisch-technischen Dienst waren es 20,7 %.

Mit einer Quote von 77,2 % ist der Frauenanteil beim nichtärztlichen Personal der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen außerordentlich hoch. Er ist damit fast doppelt so groß wie beim ärztlichen Klinikpersonal. Die meisten der in den stationären Einrichtungen ausgeübten nichtärztlichen Tätigkeiten gelten traditionell als typische Frauenberufe. Dies gilt in besonderem Maße für den Bereich der Pflegedienste. Dort waren Ende 1993 über 92 % der Beschäftigten weiblichen Geschlechts. Ausgeprägte Frauendomänen waren auch der Wirtschafts- und Versorgungsdienst (87,2 % Anteil), die Verwaltung (73,9 %) sowie der medizinisch-technische Dienst (73,5 %). Bei den Psychologen und Soziologen kamen die Männer dagegen immerhin auf Anteile von 44 bzw. 52 %, und der technische Dienst war erwartungsgemäß fast gänzlich (99,6 %) in männlicher Hand.

Landkreise Ahrweiler und Bad Kreuznach mit den meisten Einrichtungen

Eine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Vorsorge- oder Rehabilitationsleistungen ist – anders als bei der Akutversorgung durch die allgemeinen Krankenhäuser – nicht erforderlich. Die Einweisung von Patienten in eine Kur erfolgt in der Regel wohnortfern. Zu den Auswahlkriterien bei der Standortwahl für Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen zählen statt dessen vor allem eine naturbelassene Um-

gebung mit gesunder Luft in landschaftlich möglichst reizvoller Lage. Neben heilklimatisch günstigen Bedingungen sind Heilquellen und Thermalbäder weitere bevorzugte Standortfaktoren für das Betreiben solcher Einrichtungen. Über derartige Voraussetzungen verfügt Rheinland-Pfalz in einer ganzen Reihe von Landesteilen. Es liegt auf der Hand, daß die vorgenannten Rahmenbedingungen des Kur- und Bäderwesens vor allem in den eher ländlich strukturierten Gebieten gegeben sind. Dies zeigt sich auch bei der Darstellung der Kliniken nach Verwaltungsbezirken. Mit Ausnahme eines in der Stadt Koblenz gelegenen Hauses wird in keiner der kreisfreien Städte eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung betrieben. Ansonsten verteilen sich die rheinland-pfälzischen Einrichtungen auf 17 der insgesamt 24 Landkreise. Dabei entfallen allein 56 der 75 Häuser auf den Regierungsbezirk Koblenz. Darunter ragen die Landkreise Ahrweiler – mit allein 12 Einrichtungen im Kurort Bad Neuenahr-Ahrweiler – und Bad Kreuznach mit jeweils 15 Kliniken heraus. Im Rhein-Lahn-Kreis gab es 7 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, von denen fünf in der Kurstadt Bad Ems gelegen waren. Die 6 Häuser, die für den Kreis Cochem-Zell ausgewiesen werden, befanden sich sämtlich im Staatsbad Bad Bertrich.

Die höchste Belegkapazität weist der Kreis Bad Kreuznach mit insgesamt 1 853 Betten auf, das ist gut ein Fünftel aller aufgestellten Betten. Gemessen am Bettenangebot folgen die Kreise Ahrweiler (1 426), Bad Dürkheim (1 023) und Bernkastel-Wittlich (1 020).

Nichtärztliches Personal in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1993 nach Berufsbezeichnungen, Geschlecht und Beschäftigtenstatus

Personalgruppe / Berufsbezeichnung	Beschäftigte am 31. 12.				Vollkräfte im Jahres- durchschnitt
	zusammen	darunter teilzeit- beschäftigt	männlich	weiblich	
Pflegedienst	1 028	259	80	948	919
Krankenschwestern/-pfleger	743	183	60	683	.
Krankenpflegehelfer/-innen	173	48	6	167	.
Kinderkrankenschwestern/-pfleger	46	13	5	41	.
sonstige Pflegepersonen	66	15	9	57	.
Medizinisch-technischer Dienst	1 182	245	313	869	1 073
med.-techn. Assistenten/-innen	61	20	2	59	.
med.-techn. Radiologieassistenten/-innen	17	3	-	17	.
med.-techn. Laboratoriumsassistenten/-innen	44	19	1	43	.
Krankengymnasten/-innen	209	26	58	151	.
Masseure/-innen und med. Bademeister/-innen	246	27	121	125	.
Masseure/-innen	33	7	13	20	.
Psychologen/-innen	191	30	84	107	.
Diätassistenten/-innen	66	7	3	63	.
Funktionsdienst	316	73	94	222	280
Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten/-innen	228	59	67	161	.
Klinisches Hauspersonal	259	179	2	257	197
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	1 319	412	169	1 150	1 117
Technischer Dienst	227	14	226	1	212
Verwaltungsdienst	545	167	142	403	466
Sonderdienste	137	20	63	74	126
Sozialarbeiter/-innen	102	14	53	49	.
Sonstiges Personal	168	30	93	75	142
Nichtärztliches Personal insgesamt	5 181	1 399	1 182	3 999	4 534
Schüler/-innen und Auszubildende	46	-	8	38	-

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, deren Betten und Personal 1993 nach Verwaltungsbezirken ¹⁾

Verwaltungsbezirk	Vorsorge- oder Rehabilitations- einrichtungen	Aufgestellte Betten	Personal am 31. 12.		
			hauptamtliche Ärzte ²⁾	nichtärztliches Personal	
				insgesamt	Pflegepersonal
Kreisfreie Stadt Koblenz	1	83	1	22	1
Landkreise					
Ahrweiler	15	1 426	73	697	132
Altenkirchen (Ww.)	3	150	5	129	29
Bad Kreuznach	15	1 853	87	1 100	188
Birkenfeld	1	120	3	94	26
Cochem-Zell	6	677	25	361	43
Mayen-Koblenz	1	128	6	60	8
Neuwied	1	174	11	187	66
Rhein-Hunsrück-Kreis	3	324	17	275	36
Rhein-Lahn-Kreis	7	929	41	519	93
Westerwaldkreis	3	312	10	175	27
RB Koblenz	56	6 176	279	3 619	649
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	5	1 020	61	628	176
Bitburg-Prüm	1	6	1	5	2
Daun	2	336	12	185	24
RB Trier	8	1 362	74	818	202
Landkreise					
Bad Dürkheim	3	1 023	53	420	126
Donnersbergkreis	1	74	2	47	1
Südliche Weinstraße	5	353	16	232	43
Pirmasens	2	89	5	45	7
RB Rheinhessen-Pfalz	11	1 539	76	744	177
Rheinland-Pfalz	75	9 077	429	5 181	1 028
Kreisfreie Städte	1	83	1	22	1
Landkreise	74	8 994	428	5 159	1 027

1) Es werden nur die Verwaltungsbezirke dargestellt, in denen sich eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung befindet. – 2) Ohne Ärzte im Praktikum.

Da in Fremdenverkehrsgebieten bzw. in Kurorten in aller Regel kaum industrielle Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden sind, kommt den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen auch Bedeutung als Anbieter von Arbeitsplätzen zu. Ende 1993 waren im Landkreis Bad Kreuznach in den dortigen Einrichtungen insgesamt 1 187 Arbeitnehmer beschäftigt, davon

1 100 als nichtärztliches und 87 als ärztliches Personal. Im Kreis Ahrweiler waren zusammen 770, im Kreis Bernkastel-Wittlich 689 und im Rhein-Lahn-Kreis 560 Personen in den jeweiligen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen tätig.

Diplom-Kaufmann Klaus-Jochen Hesse

Entwicklung der Verbraucherpreise und des Verbraucherverhaltens

Der Preisindex für die Lebenshaltung ist ein wichtiger volkswirtschaftlicher Indikator. Er mißt die Preisentwicklung auf der Stufe des privaten Verbrauchs. Um die Verteuerung der Lebenshaltung exakt wiederzugeben, reicht es allerdings nicht aus, die Preisentwicklung von augenscheinlich wichtigen Waren und Leistungen zu

ermitteln. Durch spezielle Erhebungen müssen zum einen die Waren und Leistungen, die für die Ausgaben der Haushalte bedeutungsvoll sind, genau bestimmt werden und zum anderen muß ermittelt werden, mit welchem Anteil sie jeweils das Haushaltsbudget belasten. Nur durch entsprechende Berücksichtigung dieser

Quoten (Wägungsschema) kann die Auswirkung einer Preiserhöhung oder -minderung eines Produktes auf die Gesamtlebenshaltung angegeben werden.

Statistiken der Wirtschaftsrechnungen bestimmen den Warenkorb

Die zuletzt genannten Zusammenhänge werden insbesondere durch zwei statistische Erhebungen dargestellt. Es handelt sich dabei um die alle fünf Jahre stattfindende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und um die monatliche Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen, die beide auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Während bei der EVS Haushalte aller sozialen Schichten ein Jahr lang ihre Einnahmen und Ausgaben aufschreiben, wirken bei den laufenden Wirtschaftsrechnungen nur ausgewählte Haushalte mit. Es handelt sich dabei um Vier-Personen-Haushalte

von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen (monatliches Bruttoeinkommen 1995 zwischen 3 750 und 5 700 DM), Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (6 500 bis 8 800 DM) sowie um Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (1 700 bis 2 500 DM), die monatlich alle Einnahmen und Ausgaben detailliert aufschreiben. Beide Statistiken sind auch für die Gewinnung anderer sozialpolitisch wichtiger Aussagen von großer Bedeutung. Darüber hinaus ermöglicht vor allem die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen einen stetigen Überblick über quantitative Veränderungen im Verbrauch einzelner Produkte und einen Vergleich der Ausgabenstrukturen der verschiedenen Haushaltstypen untereinander, was auch Gegenstand dieser Betrachtung sein soll. Bei den folgenden Daten handelt es sich um Bundesergebnisse, da die geringe Zahl der Haushalte der Wirtschaftsrechnungen auf Landesebene kein zuverlässiges Ergebnis bringen würde.

Verbraucherpreise ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel 1950 – 1994

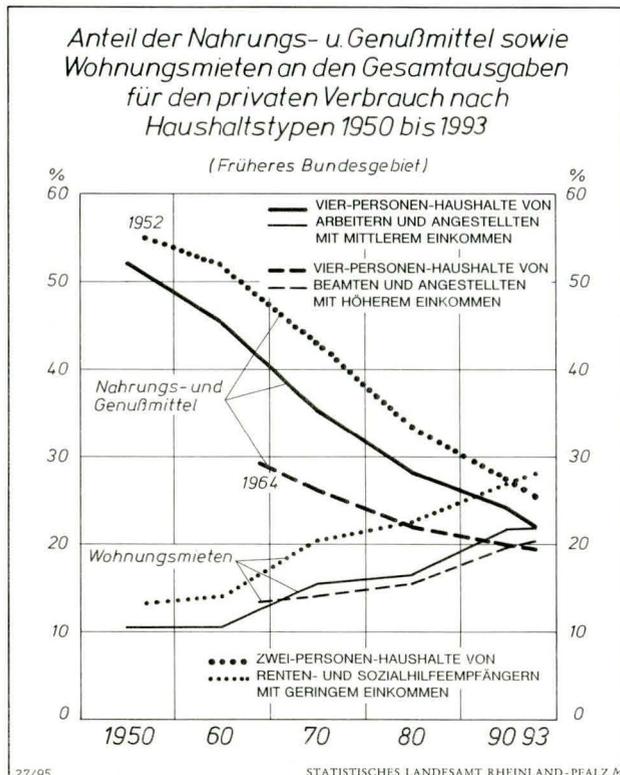
Erzeugnis	Mengen- einheit	1950	1960	1970	1980	1990	1994
		DM					
Tierische Nahrungsmittel							
Eier	10 Stück	2,20	2,19	1,99	2,60	2,68	2,84
Butter	250 g	1,38	1,66	1,90	2,38	2,07	1,94
Vollmilch	1 l	0,36	0,44	0,75	1,15	1,32	1,32
Käse (Edamer, Gouda)	1 kg	3,63	5,23	6,77	11,37	13,09	12,82
Fleisch und Fleischwaren							
Rindfleisch zum Kochen	1 kg	3,41	5,72	6,77	10,39	12,31	13,34
Schweinekoteletts	1 kg	4,51	6,74	8,43	11,42	12,48	13,01
Schweinebauchfleisch	1 kg	4,09	4,36	4,88	7,32	9,05	9,62
Jagdwurst	1 kg	4,65	6,14	8,43	14,00	17,68	19,35
Gekochter Schinken	1 kg	7,21	10,12	14,33	20,74	24,98	26,66
Brathähnchen	1 kg	5,18	5,70	3,75	4,84	4,69	4,50
Fisch							
Kabeljau	1 kg	1,18	2,65	4,95	9,85	18,57	21,04
Rotbarsch	1 kg	.	3,80	6,53	12,23	24,36	30,09
Pflanzliche Nahrungsmittel							
Brot und Backwaren							
Roggenbrot	1 kg	0,45	0,82	1,34	2,61	3,30	3,93
Dunkles Mischbrot	1 kg	0,49	0,80	1,35	2,65	3,28	3,91
Weißbrot	500 g	0,31	0,51	0,83	1,58	2,08	2,46
Brötchen	1 kg	0,82	1,61	2,31	4,45	6,46	8,55
Weizenmehl	1 kg	0,62	0,96	1,01	1,36	1,18	1,08
Pflanzenöl	1 l	2,66	1,85	1,70	3,58	3,48	3,34
Margarine	250 g	0,61	0,55	0,82	1,17	0,84	0,87
Zucker	1 kg	1,21	1,24	1,14	1,80	1,88	1,86
Schokolade	100 g	1,30	1,30	0,96	1,26	1,14	1,05
Obst und Gemüse							
Tafeläpfel	1 kg	0,92	1,31	1,07	2,58	3,52	3,39
Zitronen	1 kg	1,76	1,55	1,77	2,91	2,98	3,98
Apfelsinen	1 kg	1,72	1,45	1,40	2,34	3,01	2,85
Kartoffeln	2,5 kg	0,38	0,70	1,18	1,85	2,75	3,07
Weißkohl	1 kg	0,36	0,58	0,79	1,12	1,44	1,69
Wirsingkohl	1 kg	0,38	0,74	0,90	1,43	1,85	2,15
Blumenkohl	1 kg	0,76	1,18	1,31	2,35	2,63	2,50
Möhren	1 kg	0,41	0,91	0,92	1,56	2,02	2,05
Kopfsalat	1 kg	1,08	1,50	2,03	3,16	4,38	4,01
Zwiebeln	1 kg	0,55	0,67	1,23	1,71	1,80	2,10
Tomaten	1 kg	1,18	1,93	2,29	4,07	4,63	3,99
Genußmittel							
Weißwein	0,7 l	.	1,58	2,29	3,64	3,93	4,26
Flaschenbier	0,5 l	.	0,62	0,64	0,84	0,93	1,07
Bohnenkaffee	500 g	14,60	8,95	7,38	11,66	7,60	7,88

Anteil für die Wohnung steigt, der für Lebensmittel sinkt

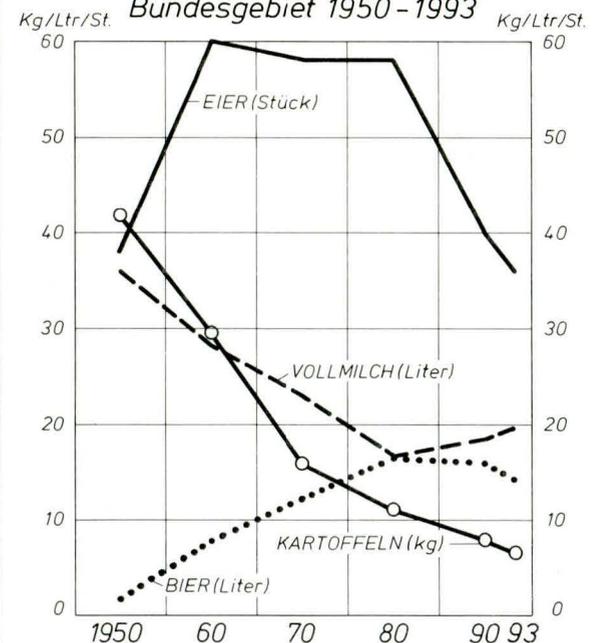
Wie wichtig die in mehrjährigen Abständen erforderliche Anpassung des Wägungsschemas an die aktuelle Verbrauchsstruktur ist, mögen die folgenden Beispiele verdeutlichen. Im Jahre 1950 gab ein Vier-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen mehr als die Hälfte des verfügbaren Einkommens für Nahrungs- und Genußmittel aus. 1993 waren es nur noch 22 %. Auch in jüngster Zeit, von 1990 bis 1993, sank der Anteil nochmals von über 24 % auf 22 %. Die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe nahmen ebenfalls, wenn auch nicht so markant, kontinuierlich einen immer kleiner werdenden Anteil des Haushaltseinkommens in Anspruch. So sank der Anteil von nicht ganz 14 % im Jahre 1950 auf noch nicht einmal 8 % für das Jahr 1993. Dagegen stieg der Anteil der Ausgaben für die Wohnung von gut einem Zehntel im Jahre 1950 auf fast 22 % im Jahre 1993 und hat somit nahezu den Anteil für Nahrungs- und Genußmittel erreicht. Deutlich war auch der Anstieg für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Hier veränderte sich die Quote von 2 auf knapp 17 %. Der Anteil für Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä. blieb dagegen fast unverändert. Von 5,4 % stieg zunächst die Quote auf 7,3 % im Jahre 1985 und fiel danach bis 1993 auf 5 %.

Ausgaben für die Wohnung überwiegen

28 % der Ausgaben von Zwei - Personen - Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen entfielen im Jahre 1993 auf die Wohnung. Für Nahrungs- und Genußmittel wurden nicht ganz 26 % des Einkommens verwendet. 1952 – ein früherer Wert



Durchschnittlicher monatlicher Verbrauch eines Vier-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen an ausgewählten Nahrungs- und Genußmitteln im früheren Bundesgebiet 1950-1993



28/95

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

liegt hierzu nicht vor – wurden von diesen Haushalten lediglich 13 % für die Wohnung und 55 % für Nahrungs- und Genußmittel ausgegeben. Auch bei den Vier - Personen - Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen übersteigen inzwischen die Ausgaben für die Wohnung (20%) die für Nahrungs- und Genußmittel (19%). 1964 verbrauchte diese Gruppe fast drei Zehntel ihres Einkommens für die Ernährung und nicht mal ein Siebtel für das Zuhause.

Der Vergleich der drei Haushaltstypen untereinander macht folgendes deutlich: Je höher das Einkommen, desto geringer ist der Anteil, der für den Grundbedarf wie Nahrungsmittel und Wohnen verwendet wird. Die Besserverdienenden geben dafür merklich mehr Geld für Körper- und Gesundheitspflege, Bildung und Unterhaltung sowie für Güter der persönlichen Ausstattung aus.

Eierkonsum geht weiter zurück

Einen weiteren interessanten Aspekt liefert die Betrachtung des mengenmäßigen Verbrauchs einzelner Waren. So wurde 1993 in den Vier-Personen-Haushalten weniger Rindfleisch gegessen als 1950. Bei der mittleren Verbrauchergruppe war der Konsum von Schweinefleisch mit 3,6 kg pro Monat und Haushalt im Jahre 1980 am höchsten und verminderte sich über 2,8 kg für 1990 auf 2,5 kg für das Jahr 1993. Gravierend ist die Veränderung beim Vollmilchverbrauch. Wurden 1950 noch 36 Liter Milch monatlich getrunken, so ging der Verbrauch bis 1980 auf unter 17 Liter zurück und stieg dann wieder bis 1993 auf nicht ganz 20 Liter an.

Noch stärker war der Rückgang des Kartoffelverbrauchs. Von 42 kg nach dem Krieg sank er auf nunmehr gerade noch 6,5 kg. Der Eierverbrauch liegt heute etwas unter dem von 1950 (38 Stück) gegenüber 60 Stück in den Jahren 1960 bis 1980. Die Haushalte der mittleren Verbrauchergruppe trinken heute zwölfmal mehr Bohnenkaffee als im Jahre 1950. Während der Bierkonsum im Jahre 1980 seinen Höchststand mit 16,4 Litern erreicht hatte, ging er bis 1993 auf 14,2 Liter zurück. Zigaretten wurden 1993 mit 117 Stück wenig mehr geraucht als im Jahre 1960, jedoch beträchtlich weniger als im Jahre 1970 (157 Stück).

Die Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen trinken mehr Milch und deutlich mehr Wein als die mittlere Verbrauchergruppe, rauchen aber nur halb soviel Zigaretten. Die Zwei-Personen-Haushalte essen heute mehr Kartoffeln (monatlich 8 kg) und mehr Zucker (1,8 kg) als die Haushalte mit vier Personen. Ihren Schweinefleischverbrauch hielten sie seit 1980 mit 1,8 kg im Monat konstant und tranken nur halb so viel Bier wie die Vier-Personen-Haushalte.

Monatliche Preiserhebung repräsentativer Waren und Leistungen

Die Statistik der Verbraucherpreise gibt Auskunft über die Entwicklung der zur Zeit rund 750 Preisrepräsentanten, die stellvertretend für jede Güterart monatlich beobachtet werden. Sie ermöglicht neben ihrer primären Aufgabe, der Beobachtung der Preisentwicklung, auch einen Überblick über die langfristige Entwicklung der absoluten Preise einzelner Produkte und Dienstleistungen auf Landesebene. Allerdings sind diese Landesdurchschnittspreise nur ein grober Anhaltspunkt für das absolute Preisniveau der betreffenden Waren oder Leistungen, da die Statistik der Verbraucherpreise vor allem auf den Nachweis von Preis-

veränderungen ausgerichtet ist. Genaue repräsentative Angaben über das absolute Preisniveau würden einen deutlich größeren Stichprobenumfang erfordern. Gleichwohl ermöglicht die Verbraucherpreisstatistik unter Beachtung der genannten Einschränkung langfristige Tendenzen aufzuzeigen.

Bohnenkaffee, Hähnchen und Schokolade billiger als 1950

Bedingt durch den Wandel im Verbraucherverhalten und der damit erforderlichen Anpassung des Warenkorbes, sind es immer weniger Produkte, die zu einem langfristigen Vergleich herangezogen werden können, wobei die Nahrungsmittel noch die größte Fundgrube hierfür bieten. Der Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Haushalten mit mittlerem Einkommen stieg im früheren Bundesgebiet von 1950 bis 1994 um 272 %, also auf das 3,7fache an. Die für den Preisvergleich ausgewählten einzelnen Produkte können in drei Gruppen eingeteilt werden. Als erstes sind Bohnenkaffee, Schokolade und Brathähnchen zu nennen, die in Rheinland-Pfalz heute absolut billiger sind als vor 44 Jahren. Es folgt eine Gruppe von Gütern, die sich relativ gering verteuert haben, also deren Preisanstieg unter oder gleich dem des Anstiegs des Preisindex für die Lebenshaltung liegt. Hierzu zählen so wichtige Grundnahrungsmittel wie Eier, Butter, Vollmilch, Käse, Schweinekoteletts, Weizenmehl, Pflanzenöl, Margarine, Zucker, Äpfel, Apfelsinen, Zitronen, Blumenkohl, Kopfsalat und Tomaten. Die Preise dieser Waren sind seit 1950 lediglich bis auf das 3,7fache gestiegen. Die dritte Gütergruppe umfaßt Lebensmittel, deren Preise stärker als der Preisindex für die Lebenshaltung angezogen haben. Dazu zählen Rindfleisch, gekochter Schinken, Brot, Brötchen, Kartoffeln, Weißkohl, Wirsingkohl, Möhren und Zwiebeln. Ein besonders starker Preisanstieg zeigt sich beim Kabeljau. Er erreichte 1994 fast das 18fache des Preises von 1950.

Monatlicher Verbrauch ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel 1950–1993 im früheren Bundesgebiet

Nahrungs- und Genußmittel	Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen						Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen					Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen				
	1950 ¹⁾	1960 ¹⁾	1970	1980	1990	1993	1965	1970	1980	1990	1993	1965	1970	1980	1990	1993
	kg ²⁾															
Rindfleisch	1,2	1,3	1,5	1,5	1,0	0,9	1,4	1,6	1,5	1,2	1,0	1,0	1,1	1,2	1,1	1,0
Schweinefleisch	1,1	1,5	2,3	3,6	2,8	2,5	1,6	2,0	3,1	2,3	2,1	1,2	1,4	1,8	1,8	1,8
Vollmilch (Liter)	36,0	28,2	22,9	16,7	18,4	19,6	26,8	23,2	18,6	20,7	21,5	9,0	9,1	7,3	9,2	9,9
Eier (Stück)	38	60	58	58	40	36	65	68	62	42	36	35	39	42	32	29
Butter	1,4	1,9	1,9	1,5	1,1	1,1	2,7	2,4	1,9	1,6	1,5	1,3	1,3	1,3	1,1	1,2
Margarine	2,4	3,8	2,6	2,2	1,8	1,7	2,3	2,1	1,9	1,3	1,4	1,4	1,1	1,3	1,3	1,2
Kartoffeln	41,7	29,4	15,8	11,0	7,9	6,5	18,0	14,7	9,9	7,3	6,7	13,8	11,9	10,1	9,0	8,0
Zucker	5,6	5,4	3,8	2,8	1,6	1,7	4,5	3,9	2,9	1,6	1,7	2,9	2,8	2,1	1,6	1,8
Weizenmehl	5,7	3,5	1,8	1,9	1,4	1,6	2,3	1,7	2,1	1,6	1,5	1,7	1,6	1,4	1,3	1,5
Reis	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,7	0,5	0,6	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Teigwaren	1,4	0,9	0,9	1,0	1,3	1,5	0,8	0,8	1,0	1,2	1,5	0,5	0,4	0,5	0,4	0,5
Bohnenkaffee	0,1	0,5	0,6	1,1	1,1	1,2	0,8	0,8	1,1	1,1	1,1	0,6	0,6	0,9	1,0	1,0
Bier (Liter)	1,7	7,9	12,2	16,4	15,9	14,2	9,4	11,3	12,8	15,7	14,4	4,5	5,5	7,1	8,0	7,3
Wein, Most, Sekt (Liter)	1,1	1,3	2,1	3,9	3,1	3,2	3,9	3,7	6,1	5,4	5,9	1,4	1,6	2,3	2,1	1,8
Zigaretten (Stück)	-	114	157	138	126	117	180	158	114	73	60	36	72	69	50	45

1) Eingeschränkte Aussagekraft für die Jahre 1950 und 1960 wegen anderer Erhebungsgrundlagen. – 2) Mengeneinheit ist kg, sofern in der Vorspalte nicht eine andere Mengeneinheit angegeben ist.

Löhne stiegen stärker als die Preise

Der Vergleich der Preisveränderungen einzelner Produkte gibt auch unter Berücksichtigung der Entwicklung des Preisindex für die Gesamtlebenshaltung noch keine Auskunft darüber, wie sich die Kaufkraft einzelner Haushalte verändert hat. Neben den Preisen für Waren und Leistungen sind im betrachteten Zeitraum auch die Einkommen erheblich nach oben geklettert. Der durchschnittliche Bruttostundenlohn von Arbeitern und Arbeiterinnen der Industrie in Rheinland-Pfalz stieg von 1,16 DM im Jahre 1950 auf 24,41 DM im Jahre 1994, also auf das 21fache. Gegenüber dem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung, der im gleichen Zeitraum lediglich auf das 3,7 fache angestiegen ist, bedeutet dies einen enormen Kaufkraftzuwachs. Dabei muß jedoch einschränkend darauf hingewiesen werden, daß die Schere zwischen Brutto- und Nettolohn zwischenzeitlich weit mehr auseinanderklafft als nach dem Krieg. Unter Beachtung dieser Beschränkung soll mittels des Bruttolohnes die Entwicklung der Kaufkraft dargestellt werden.

Für zehn Eier arbeitet heute ein Industriearbeiter nur noch sieben Minuten

Gemessen am Bruttostundenlohn mußte 1950 in Rheinland-Pfalz ein Industriearbeiter noch 114 Minuten arbeiten um den Gegenwert von zehn Eiern zu erwirtschaften. Bereits 1960 war dafür noch die Hälfte davon erforderlich, 1980 ein Zehntel und 1994 nur noch mit sieben Minuten ein Sechzehntel. Ähnlich stellt sich die Entwicklung bei der Butter dar. Die für ein 250-Gramm-Stück aufzuwendende Arbeitszeit sank von 71 Minuten im Jahre 1950 auf nunmehr 5 Minuten. Das ist rund ein Vierzehntel der damaligen Arbeitszeit. Für die Milchtrinker und Käseliebhaber war die Entwicklung nicht ganz so günstig. Trotzdem reicht heute rund ein Sechstel des Arbeitsaufwandes von 1950 um den Kaufpreis für einen Liter Milch bzw. ein Kilogramm Käse (Edamer/Gouda) zu verdienen, nämlich 3 bzw. 32 Minuten. Am deutlichsten war der Kaufkraftgewinn unter den Nahrungsmitteln tierischer Herkunft bei den Brathähnchen. Waren 1950 noch 268 Minuten Arbeitszeit für ein Kilogramm notwendig, so waren es 1994 gerade noch 11 Minuten. Für Rindfleisch zum Kochen muß heute weniger als ein Fünftel der damaligen Arbeitszeit aufgewandt werden, für Schweinekotelett nicht einmal ein Siebtel. Bei frischem Fisch war die Zeitersparnis recht gering. Es sind heute für ein Kilogramm frischen Kabeljau mit 52 Minuten immer noch 85% der damaligen Arbeitszeit erforderlich. Unter Berücksichtigung der Minderung der Net-

tolohnquote, kann beim Fisch sicher nicht von einem Kaufkraftgewinn gesprochen werden.

Für Bohnenkaffee nur noch ein Vierzigstel der Arbeitszeit

Im Jahre 1950 mußte ein Industriearbeiter zwölftehalb Stunden arbeiten, um sich ein Pfund Kaffee für den sonntäglichen Kaffeegenuß leisten zu können. 1994 reichte dagegen die Arbeitszeit von der Länge einer Kaffeepause (19 Minuten) um die gleiche Menge Kaffee zu erwerben. Bei den Nahrungsmitteln pflanzlicher Herkunft ist auffällig, daß insbesondere bei industriell verarbeiteten Produkten der Kaufkraftgewinn sehr groß ist. So wird für ein Liter Pflanzenöl mit acht Minuten heute nur noch ein Siebzehntel der damaligen Arbeitszeit benötigt, für 250 Gramm Margarine mit zwei Minuten nur noch ein Sechzehntel, für ein Kilogramm Zucker mit fünf Minuten nur noch ein Dreizehntel und für ein Kilogramm Weizenmehl mit drei Minuten weniger als ein Zehntel. Für Schokolade reicht jetzt dagegen der Bruttolohn von 3 Minuten für eine Tafel aus, während 1950 noch 67 Minuten vonnöten waren.

Bei den Verarbeitungsprodukten wie Brot und Backwaren ist der Gewinn an Arbeitszeit deutlich geringer. So mußte 1994 für ein Kilogramm Brötchen immerhin noch die Hälfte der Arbeitszeit von 1950 aufgewendet werden. Bei Roggenbrot waren es noch 44% und beim dunklen Mischbrot noch 40%. Für Obst und Gemüse ist dagegen ein stärkerer Kaufkraftgewinn zu beobachten. Gegenüber 1950 wird heute für Tafeläpfel, Tomaten und Blumenkohl nur noch ein Sechstel der Arbeitszeit benötigt, bei Kopfsalat und Zwiebeln sind es 18%. Für ein Kilogramm Südfrüchte wie Apfelsinen und Zitronen mußte 1994 nur sieben bzw. zehn Minuten gearbeitet werden. 1950 waren es noch 89 bzw. 91 Minuten.

1950 entsprach der Bruttolohn eines Industriearbeiters von mehr als drei Wochen (135 Stunden) dem Wert eines Herrenanzugs. 1994 war mit 18 Stunden nur noch eine halbe Woche Arbeit dafür erforderlich. Die Cineasten müssen heute gut ein Drittel der Arbeitszeit von vor 44 Jahren aufwenden, um sich den neuesten Film anzuschauen. Der monatliche Bezug der Tageszeitung erfordert jedoch exakt die Hälfte der früheren Arbeitszeit. Für Heizöl ist der Vergleich erst ab 1960 möglich. Um 100 Liter Heizöl zu kaufen, mußte der Industriearbeiter damals fast zehn Stunden an der Werkbank stehen, heute sind es noch nicht einmal zwei Stunden.

Diplom - Betriebswirt (FH) Ewald Braun

Neuere Entwicklungen im Erwerbsgartenbau

Der Gartenbau gehört zu den Bereichen, die nicht umfassend von der europäischen Agrarpolitik reglementiert werden. Obst und Gemüse sind nur begrenzt lagerfähig, so daß die Intervention nur die konjunkturellen, d.h. die witterungsbedingten Überschüsse aufneh-

men kann. Die Produktion muß ansonsten über den Markt verkauft werden. Der europäische Markt für Frischobst und Frischgemüse zeichnet sich durch eine hohe Kaufkraft, verhältnismäßig attraktive Preise und einen Selbstversorgungsgrad von unter 40% aus, was

ihn sowohl für die europäischen Produzenten als auch für Importeure interessant macht¹⁾. In Deutschland erzeugt etwa jeder zehnte landwirtschaftliche Betrieb Gartenbauprodukte wie Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulkulturen. Auf sie entfällt knapp ein Drittel des Produktionswertes der pflanzlichen Erzeugung.

Kennzeichen der Gartenbaubetriebe sind der hohe Arbeits- und Kapitaleinsatz je Hektar gärtnerische Nutzfläche. Die höheren Ansprüche an Boden und Klima führen dazu, daß der Gartenbau nur regional verbreitet ist. Viele Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen erzeugen auch landwirtschaftliche Produkte wie Getreide oder Kartoffeln. Ein Teil betreibt als zusätzliche Einkommensquelle einen gewerblichen Garten- oder Landschaftsbau, eine Friedhofsgärtnerei oder einen Blumenhandel.

Die besonderen betrieblichen Strukturen im Gartenbau werden von der alle zwei Jahre stattfindenden Agrarberichterstattung nur unzureichend erfaßt, so daß ähnlich wie im Weinbau eigene Strukturhebungen notwendig sind. Sie erfolgen etwa alle zehn Jahre im Rahmen einer Landwirtschaftszählung mit einem speziell auf die Verhältnisse im Gartenbau abgestimmten Erhebungsprogramm. In die Gartenbauerhebung 1994 wurden wie auch 1982 alle Betriebe einbezogen, die auf einer gärtnerischen Nutzfläche von mindestens 15 Ar Gartenbauprodukte zum Verkauf erzeugten. Betriebe mit Unterglasflächen waren unabhängig von einer Flächengrenze zu befragen. Die Angaben über Flächen, Betriebseinnahmen, Erwerbscharakter und Arbeits-

kräfte bezogen sich auf die Verhältnisse des Kalenderjahres 1993.

374 Betriebe bewirtschaften 56 % der gärtnerischen Nutzfläche (GN)

Auch im Gartenbau konnten sich die Betriebe nicht dem für die Landwirtschaft insgesamt zu beobachtenden Strukturwandel entziehen. Ihre Zahl ging zwischen 1981 und 1993 um 30 % auf knapp 5 000 zurück. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt nahm im gleichen Zeitraum um etwa 32 % ab. Den größten Rückgang gab es mit 39 % bei den Betrieben, die weniger als 1 ha GN bewirtschafteten. In den Größenklassen zwischen 1 und 5 ha GN betrug die Abnahmeraten zwischen 24 und 33 %. In der Größenklasse 5 bis 10 ha GN blieb die Zahl der Betriebe in etwa gleich. Eine deutliche Zunahme (+ 141 %) erfolgte in der Größenklasse von 10 und mehr ha GN.

Die verbliebenen Betriebe vergrößerten seit 1981 ihr Produktionspotential auf 14 800 ha GN und 52 500 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) insgesamt. Damals wurden erst 10 900 ha GN und 44 800 ha LF bewirtschaftet. Die durchschnittliche GN je Betrieb beträgt jetzt 3,0 ha und hat sich gegenüber 1981 verdoppelt. Die geringe Durchschnittsgröße ist ein Hinweis auf die nach wie vor kleinbetriebliche Struktur im Gartenbau. Mehr als die Hälfte der Betriebe (57 %) bewirtschaftete weniger als 1 ha GN. Ihr Anteil an der gesamten gärtnerischen Nutzfläche betrug 7,6 %, rund 10 Prozentpunkte weniger als 1981. Den Größenklassen zwischen 1 und 5 ha GN gehörten 29 % der

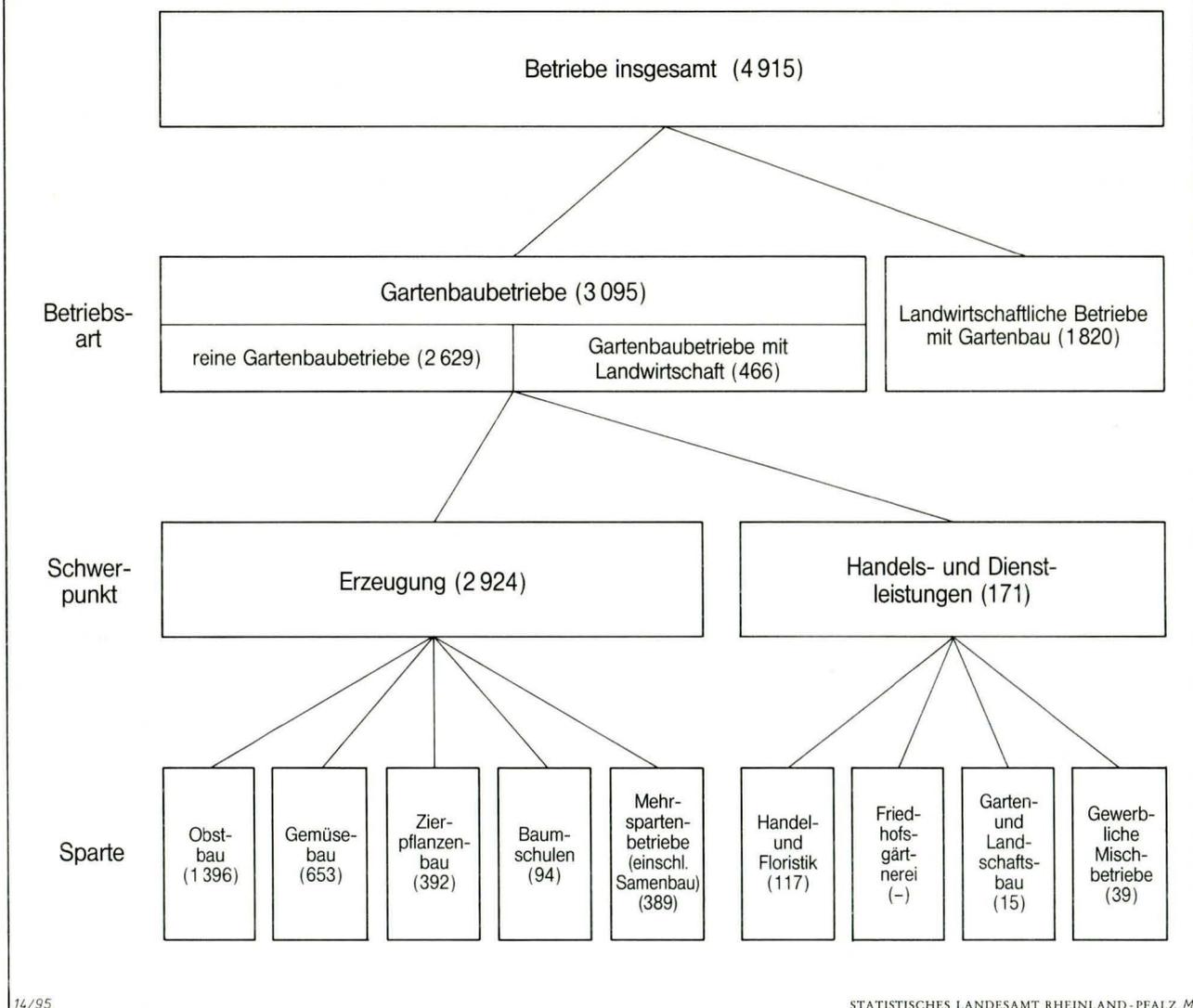
1) Europäische Kommission: Zukunft der Obst- und Gemüsepolitik, in: AGRA-EUROPE 39/94 vom 26. September 1994.

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen 1981 und 1993 nach Betriebsgrößenklassen der gärtnerischen Nutzfläche

Gärtnerische Nutzfläche von ... ha	Jahr	Insgesamt			davon				
		Betriebe	LF	GN	Gartenbaubetriebe		landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau		
					Betriebe	GN	Betriebe	LF	GN
		Anzahl	ha		Anzahl	ha	Anzahl	ha	
unter 0,25	1981	1 336	2 697	229	988	162	348	2 348	67
	1993	813	2 155	133	603	93	210	1 949	40
0,25 – 0,50	1981	1 685	6 154	585	1 078	377	606	5 468	207
	1993	1 057	4 366	367	676	235	381	3 944	133
0,50 – 1	1981	1 526	8 029	1 035	894	610	631	6 917	425
	1993	918	6 713	627	507	350	411	5 925	277
1 – 2	1981	1 115	9 260	1 518	567	785	547	7 756	731
	1993	746	8 562	1 013	363	491	383	7 318	522
2 – 3	1981	452	4 392	1 080	256	613	196	3 221	468
	1993	344	4 391	821	185	449	159	3 410	372
3 – 5	1981	438	4 715	1 639	276	1 050	162	2 794	590
	1993	315	4 990	1 199	195	737	120	3 456	461
5 – 10	1981	341	5 592	2 285	266	1 813	75	2 278	471
	1993	348	7 655	2 411	242	1 707	106	3 831	704
10 und mehr	1981	155	3 987	2 518	143	2 345	12	689	172
	1993	374	13 654	8 242	324	7 386	50	3 175	857
Insgesamt	1981	7 048	44 827	10 888	4 468	7 755	2 577	31 471	3 131
	1993	4 915	52 486	14 812	3 095	11 448	1 820	33 007	3 364

Gliederung der Betriebe bei der Gartenbauerhebung 1994

(in Klammern Zahl der Betriebe 1993)



14/95

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Betriebe an. Sie verfügten über 20 % der gärtnerischen Nutzflächen. Die 348 Betriebe (7,1 %) der Größenklasse 5 bis 10 ha waren mit 16 % an der gärtnerischen Nutzfläche beteiligt. Die 374 mehr als 10 ha GN bewirtschaftenden Betriebe (7,6 %) dehnten ihr Produktionspotential um 5 700 ha auf 8 200 ha GN aus und nutzten damit über 56 % der gesamten gärtnerischen Nutzfläche.

Häufig kombinierter Anbau von gärtnerischen und übrigen landwirtschaftlichen Kulturen

Viele Betriebe bauen neben Gartengewächsen auch andere landwirtschaftliche Produkte wie Getreide oder Kartoffeln an. Mit Hilfe ihrer Angaben über die Struktur der Betriebseinnahmen erfolgte im Rahmen der Aufbereitung der Erhebung auch eine Klassifizierung nach der Produktionsstruktur. Betriebe, die mehr als 50 % ihrer Betriebseinnahmen mit der Produktion von Gartengewächsen erzielten, gehörten zu den Gartenbaube-

trieben (3 095). Die übrigen waren als landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau (1 820) zu bezeichnen. Unter den Gartenbaubetrieben befanden sich 2 629 reine Gartenbaubetriebe. Hier kamen 75 % und mehr der Betriebseinnahmen aus dem Gartenbau. Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft gab es nur 466.

Viele Gartenbaubetriebe haben sich auf einzelne Produkte oder Produktgruppen spezialisiert und verfügen nebenbei noch über einen Betriebsteil mit gartenbaulichen Handels- oder Dienstleistungen. Sie wurden einer der Sparten Obst-, Gemüse-, Zierpflanzenbau, Baumschulen, Samenbau, Handel und Floristik, Friedhofsgärtnerei oder Garten- und Landschaftsbau zugeordnet, wenn mehr als 50 % der Betriebseinnahmen aus diesen Bereichen stammten. Betriebe ohne Schwerpunkt gehörten zu den Mehrspartenbetrieben oder den gewerblichen Mischbetrieben.

Die Sparten Obstbau (1 396 Betriebe) und Gemüsebau (653) haben die größte Bedeutung. Der Strukturwandel in diesen beiden Sparten vollzog sich zwischen

1981 und 1993 allerdings mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Während 1981 in beiden Sparten der Anteil von Betrieben, die über weniger als 1 ha GN verfügten, mit 65 % (Obstbau) und 63 % (Gemüsebau) ähnlich hoch war, betrug er 1993 im Obstbau noch 58 % und im Gemüsebau 46 %. Wesentlich größere Veränderungen gab es bei den Betrieben mit mehr als 10 ha GN. Deren Anteil nahm in der Sparte Obstbau von 3,0 % auf 7,3 % zu, in der Sparte Gemüsebau stieg er sogar von 5,6 % auf 26 %. Die Zunahme dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß ehemals reine Ackerbaubetriebe wegen der sich verschlechternden Einkommenssituation im Getreidebau zunehmend in den Gemüsebau eingestiegen sind. Sie brauchen für den Gemüsebau nur geringe Investitionen vorzunehmen, da sie ihre vorhandenen Maschinen zum größten Teil auch hier nutzen können. Der Obstbau erfordert dagegen zunächst den Aufbau einer Obstanlage, die erst nach mehreren Jahren einen Ertrag bringt und wesentlich mehr Kapital bindet.

Obstbau überwiegend im Nebenerwerb

Knapp 2 900 Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen (59 %) haben neben den betrieblichen auch außerbetriebliche Einkünfte. In drei von vier Betrieben mit außerbetrieblichen Einkünften sind diese sogar höher als die betrieblichen Einkommen. Als außerbetriebliche Einkommensquellen kommen entweder eine Erwerbstätigkeit außerhalb des Betriebes, ein rechtlich selbst-

ständiger Gewerbebetrieb mit gartenbaulichen Handels- oder Dienstleistungen, beispielsweise in Form eines Blumenhandels oder eines Garten- und Landschaftsbaus, sowie sonstige Quellen, z. B. Renten, Zins-einnahmen und Einnahmen aus Vermietung oder Verpachtung in Betracht.

Bei den Gartenbaubetrieben ging der Anteil der Betriebe, in denen die außerbetrieblichen Einkünfte die betrieblichen überwogen, gegenüber 1981 um sechs Prozentpunkte auf 55 % zurück. Zwischen 62 % und 76 % lag er in den Betriebsgrößenklassen bis 1 ha GN. Er fiel mit zunehmender Betriebsgröße und erreichte bei den Betrieben mit einer GN von mehr als 10 ha nur noch 4,7 %. Die Verhältnisse waren in der Vergleichserhebung ähnlich. Bis 1 ha GN gab es zwischen 68 und 78 % Nebenerwerbsbetriebe, in der Größenklasse 10 ha GN und mehr 7,8 %. Außer der Betriebsgröße bestimmt auch der Produktionsschwerpunkt den Anteil der Nebenerwerbsbetriebe. Die Obstbaubetriebe wurden wegen der geringeren Betriebsgrößen zu 79 % im Nebenerwerb bewirtschaftet. Im Gemüsebau waren es nur 49 %. Wesentlich geringere Raten gab es bei den arbeits- und kapitalintensiven Zierpflanzen- (15 %) und Baumschulbetrieben (20 %).

Gemüsebau jetzt bedeutender als der Obstbau

Die Flächenausstattung, die in der Gartenbauerhebung ermittelt wird, umfaßt im Gegensatz zu den Anbau-

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen 1993 nach Betriebsgrößenklassen der gärtnerischen Nutzfläche

Gärtnerische Nutzfläche von ... ha	Insgesamt		Und zwar Betriebe mit Anbau von ...							
			Obst		Gemüse		Zierpflanzen		Baumschulkulturen	
	Betriebe	GN	Betriebe	Obstfläche	Betriebe	Gemüsefläche	Betriebe	Zierpflanzenfläche	Betriebe	Baumschulfläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Betriebe insgesamt										
unter 0,25	813	133	360	66	257	36	283	27	22	2
0,25 - 0,50	1 057	367	735	248	277	69	151	44	21	4
0,50 - 1	918	627	714	464	219	90	113	58	29	13
1 - 2	746	1 013	591	757	200	177	58	47	33	32
2 - 3	344	821	259	566	115	187	15	22	24	45
3 - 5	315	1 199	209	725	146	368	21	25	25	81
5 - 10	348	2 411	207	1 222	197	985	18	32	26	159
10 und mehr	374	8 242	144	2 062	281	5 583	8	45	21	533
Insgesamt	4 915	14 812	3 219	6 110	1 692	7 495	667	300	201	870
Gartenbaubetriebe										
unter 0,25	603	93	192	34	213	28	280	26	22	2
0,25 - 0,50	676	235	430	142	192	44	147	43	21	4
0,50 - 1	507	350	355	229	138	51	108	56	29	13
1 - 2	363	491	269	331	111	88
2 - 3	185	449	128	266	77	117
3 - 5	195	737	129	433	93	201
5 - 10	242	1 707	157	928	133	586
10 und mehr	324	7 386	132	1 876	240	4 912	8	45	21	533
Zusammen	3 095	11 448	1 792	4 239	1 197	6 027	647	283	194	867

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen 1993 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		darunter		Obst- fläche	Gemüse- fläche	Zierpflan- zenfläche	Baumschul- fläche
			Gartenbaubetriebe					
	Betriebe	GN	Betriebe	GN				
	Anzahl	ha	Anzahl	ha				
Kreisfreie Stadt Koblenz	78	182	37	83	131	37	6	7
Landkreise								
Ahrweiler	80	468	71	459	348	7	32	82
Altenkirchen (Ww.)	25	26	24	25	.	1	2	20
Bad Kreuznach	66	88	53	59	51	8	10	18
Birkenfeld	20	10	18	8	.	.	1	7
Cochem-Zell	15	14	14	14	1	.	2	11
Mayen-Koblenz	225	532	178	452	428	35	11	58
Neuwied	60	101	58	98	36	1	15	49
Rhein-Hunsrück-Kreis	45	43	44	41	28	1	3	10
Rhein-Lahn-Kreis	56	83	50	74	54	17	5	7
Westerwaldkreis	36	223	36	223	.	0	6	216
RB Koblenz	706	1 769	583	1 536	1 080	109	91	486
Kreisfreie Stadt Trier	33	64	30	62	9	41	4	11
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	73	87	55	75	49	10	3	24
Bitburg-Prüm	21	10	19	10	.	0	2	5
Daun	8	8	8	8	.	.	2	3
Trier-Saarburg	113	185	49	132	115	.	1	61
RB Trier	248	355	161	287	178	60	12	104
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	53	554	16	286	.	550	.	.
Kaiserslautern	5	11	5	11	-	.	.	9
Landau i. d. Pfalz	69	64	29	28	41	11	8	.
Ludwigshafen a. Rhein	69	973	60	923	23	926	13	.
Mainz	209	923	181	890	748	163	3	8
Neustadt a. d. Weinstr.	51	102	36	83	31	52	12	7
Pirmasens	9	6	9	6	1	-	1	4
Speyer	14	43	13	39	-	39	4	-
Worms	73	176	29	48	89	66	8	11
Zweibrücken	10	17	9	10	.	.	2	6
Landkreise								
Alzey-Worms	244	462	127	298	101	237	52	59
Bad Dürkheim	621	1 078	285	552	886	157	10	25
Donnersbergkreis	42	121	33	100	93	8	6	15
Germersheim	369	1 390	246	1 150	141	1 228	16	.
Kaiserslautern	13	33	10	29	.	.	4	23
Kusel	30	23	29	22	18	.	3	.
Südliche Weinstraße	412	564	88	271	299	244	6	15
Ludwigshafen	418	3 685	310	3 031	107	3 518	26	23
Mainz-Bingen	1 233	2 448	823	1 838	2 253	123	18	54
Pirmasens	17	16	13	9	.	4	2	.
RB Rheinhessen-Pfalz	3 961	12 689	2 351	9 625	4 851	7 326	196	280
Rheinland-Pfalz	4 915	14 812	3 095	11 448	6 110	7 495	300	870

erhebungen nur die Grundflächen, so daß der Mehrfachanbau unberücksichtigt bleibt. Auch wurden nur Nutzungsartengruppen erfragt und keine Gemüse- oder Obstarten. Vergleiche mit den Flächenangaben aus den laufenden Anbauerhebungen sind deshalb nur eingeschränkt möglich.

Die Baumobstfläche ging seit 1981 um etwa 250 ha auf 5 800 ha zurück. Bei einzelnen Obstarten gibt es immer wieder Vermarktungsprobleme. Eine Besserung der Absatzmöglichkeiten wird allerdings mit Ausnahme der Sauerkirschen erwartet. Der Sauerkirschenanbau steht besonders unter dem Druck von Importen aus Osteuropa. Der Strauchbeerenanbau wie Johannis- und Stachelbeeren wurde von 52 auf 82 ha ausgedehnt. Die Betriebe dürften damit Marktnischen besetzen. Das heute beim Verbraucher beliebte Selbstpflücken von Erdbeeren mag einer der Gründe für die Verdoppelung der Erdbeerenfläche auf 212 ha sein.

Der Gemüsebau wurde in den letzten 12 Jahren flächenmäßig auf 7 500 ha verdoppelt. Die Gemüseanbaufläche ist damit im Gegensatz zu früheren Gartenbauerhebungen größer als die Obstanbaufläche (6 100 ha). Der überwiegende Teil der Erzeugung wird als Frischgemüse im Direktabsatz oder über Erzeugerorganisationen abgesetzt. Die Produktion zur weiteren industriellen Verarbeitung als Tiefkühlkost ist in Rheinland-Pfalz von untergeordneter Bedeutung. 75 % der Gemüseanbaufläche im Freiland werden in einer Fruchtfolge mit Getreide und Kartoffeln genutzt. Die Betriebe können dadurch den Krankheitsdruck verringern und den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren. Dieser sogenannte integrierte Anbau wird auch als Verkaufsargument gegenüber dem Verbraucher genutzt, um sich von Importware zu unterscheiden. Gemüseanbau unter Glas spielt keine Rolle.

Ein Teil des Anbaues erfolgt unter abgedeckten Freilandflächen. Die Betriebe verlängern dadurch die Vegetationsperiode und können eher am Markt anbieten. Die besseren Preise zu Beginn der Saison rechtfertigen dieses teurere und arbeitsaufwendigere Produktionsverfahren. Die Betriebe verfügten 1981 über 819 ha abgedeckte Freilandflächen, 1993 bereits über 1 977 ha. Rund 81 % dieser Fläche werden von den Betrieben der Sparte Gemüsebau bewirtschaftet.

Die beregen- bzw. bewässerbaren Flächen wurden auf 7 000 ha ausgedehnt, da ein ausreichendes Wasserangebot im Hauptanbaugebiet für Gemüse zur Verfügung steht. 1981 konnten 3 000 ha beregnet werden. Die Betriebe der Sparte Gemüsebau verfügten über 4 400 ha beregenbare Fläche.

Baumschulkulturen wuchsen 1993 auf 870 ha, gut 180 ha mehr als 1981. Eine Zunahme auf 330 ha (+ 35 %) verzeichneten die Flächen für Forstpflanzen. Die Ziergehölze haben jedoch nach wie vor die größte Bedeutung. Sie wurden um 19 % auf 440 ha ausgedehnt. Auf knapp 100 ha (+ 31 %) kamen die Obstgehölze. Zierpflanzen wurden auf 300 ha kultiviert, gut 100 ha davon befanden sich in Gewächshäusern. Während der Freilandanbau um 28 ha erweitert wurde, nahm die Gewächshausfläche um 9 ha ab.

Deutlicher Rückgang des Arbeitsaufwandes je 100 ha GN

Der Nachweis des Arbeitsaufwandes für die Produktion der Gartenbauerzeugnisse ist in vielen Betrieben nicht exakt möglich, da die Arbeitskräfte sowohl im Gartenbau als auch in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Die Arbeitskräfte waren bei der Erhebung entsprechend ihrem Arbeitsumfang als Vollbeschäftigte (200 Tage und mehr im Betrieb beschäftigt), Teilbeschäftigte (100 bis 200 Tage) und fallweise Beschäftigte (50 bis 100 Tage sowie unter 50 Tage) anzugeben. Zur Abschätzung des gesamten Arbeitsaufwandes erfolgte dann eine Umrechnung auf Vollbeschäftigteneinheiten. Die weiteren Betrachtungen beschränken sich auf die Gartenbaubetriebe, da hier die Arbeitskräfte im wesentlichen nur mit der Produktion von Gartengewächsen befaßt sind.

19 700 Personen, 400 mehr als 1981, waren 1993 in den Gartenbaubetrieben beschäftigt. Ihre Arbeitsleistung entsprach rund 8 100 Vollbeschäftigteneinheiten. 1981 waren es noch 8 700 gewesen. Daß die Zahl der Arbeitskräfte entgegen der Entwicklung in der Landwirtschaft insgesamt etwa gleichgeblieben ist, läßt sich mit der Zunahme der gärtnerischen Nutzfläche und dem hohen Arbeitsbedarf für deren Bewirtschaftung erklären. 71 Vollbeschäftigteneinheiten, 41 weniger als 1981, wurden 1993 für die Bearbeitung von einhundert Hektar gärtnerischer Nutzfläche benötigt. Im Rahmen der Agrarberichterstattung 1993 wurden nur etwa sieben Arbeitskräfteeinheiten je 100 ha LF errechnet. Dieser Vergleich zeigt, wenn auch unter methodischen Einschränkungen, die hohe Arbeitsintensität im Gartenbau.

Die Zahl der Familienarbeitskräfte ging wie auch die Zahl der Betriebe um etwa 30 % auf 7 300 Personen zurück. Sie stellten damit 1993 nur noch 37 % aller Arbeitskräfte, das sind 17 Prozentpunkte weniger als 1981. Knapp 2 700 Familienarbeitskräfte (37 %) waren vollbeschäftigt, weitere 13 % teilbeschäftigt. Die übrigen wurden fallweise beschäftigt und vorwiegend im Obstbau eingesetzt. Sie dürften hier vor allem die Erntearbeiten übernommen haben.

Insbesondere die Ausdehnung der Gemüseanbauflächen und der dafür erforderliche Arbeitsaufwand ist die Ursache für die Zunahme der familienfremden Arbeitskräfte (41 %). Rund 2 000 der 12 400 familienfremden Arbeitskräfte waren vollbeschäftigt, 300 Personen mehr als 1981. Aufgrund der ganzjährigen Produktion in den Zierpflanzen- und Baumschulbetrieben waren 41 % bzw. 21 % der Vollbeschäftigten in diesen beiden Sparten tätig. 16 % entfielen auf die Gemüsebaubetriebe. Die Saisonarbeiten, insbesondere das Pflanzen und Ernten, erfordern nach wie vor einen hohen Aufwand an Handarbeit, so daß die Betriebe ohne Aushilfskräfte nicht auskommen. Gut 9 700 Personen wurden 1993 eingesetzt. Knapp 3 100 Personen waren zwischen 50 und 100 Tagen und gut 6 600 Personen weniger als 50 Tage beschäftigt. Knapp die Hälfte arbeitete in Gemüsebaubetrieben, ein weiteres Viertel in den Obstbaubetrieben. Die Betriebe greifen bei den Aushilfskräften vielfach auf Arbeitskräfte aus Osteuropa zurück. Diese kommen teilweise bereits seit Jahren für einige Wochen oder

Monate auf die gleichen Betriebe, so daß sie mit dem Betriebsablauf und den anfallenden Arbeiten gut vertraut sind.

Oberrheinisches Tiefland ist Zentrum des Gartenbaus

Leichte, humose Böden und ein Klima, das eine lange Vegetationszeit ermöglicht, tragen zu einem wirtschaftlich erfolgreichen Gartenbau bei. Das Oberrheinische Tiefland erfüllt dieses im besonderen Maße. Eine bedeutende Anzahl von Betrieben mit Anbau von Gartengewächsen weisen deshalb auch die Landkreise Mainz - Bingen (1 233), Bad Dürkheim (621), Ludwigshafen (418), Südliche Weinstraße (412), Germersheim (369), Alzey - Worms (244) sowie die kreisfreie Stadt Mainz (209) auf. Im nördlichen Rheinland - Pfalz hat noch der Landkreis Mayen - Koblenz (225) eine größere Zahl von Betrieben.

Obst- und Gemüsebau sind auf wenige Standorte konzentriert. 49 % der Obstanbaufläche - vorwiegend Kirschen - und 42 % der obstanbauenden Betriebe entfallen auf den Landkreis Mainz - Bingen (1 172 Betriebe) und die kreisfreie Stadt Mainz (181). Die Betriebe in den Landkreisen Bad Dürkheim (564), Mayen - Koblenz (182), Ahrweiler (43), Südliche Weinstraße (342), Germersheim (51) und die Stadt Koblenz (58) verfügen ebenfalls über größere Obstanbauflächen.

Hohe Sonneneinstrahlung und vor allem die Beregnungsmöglichkeiten sorgen in der Pfälzischen Rheinebene für ideale Wachstumsvoraussetzungen für Gemüse. Etwa 790 Betriebe wirtschaften in den Landkreisen Ludwigshafen (359) und Germersheim (324) sowie den Städten Ludwigshafen (57) und Frankenthal (51). Sie verfügen über 83 % der Gemüseanbauflächen des Landes. Das hier erzeugte Gemüse vermarkten vor allem der Großmarkt in Maxdorf und der Pfalzmarkt. Ein Teil der Produktion geht in Gebiete außerhalb von Rheinland - Pfalz.

Die Erzeugung von Baumschulkulturen hat im nördlichen Rheinland - Pfalz Bedeutung. Der Westerwaldkreis ist der führende Standort mit 216 ha Baumschulfläche und 15 Betrieben. Knapp zwei Drittel der Fläche werden hier für die Erzeugung von Forstpflanzen genutzt. Flächenmäßig deutlich dahinter liegen die Landkreise Ahrweiler (14 Betriebe), Trier - Saarburg (4), Alzey - Worms (7) und Mayen - Koblenz (9).

Der Zierpflanzenanbau ist im Gegensatz zu den anderen Gartengewächsen nicht so stark konzentriert. Er findet sich wegen der besseren Absatzchancen vor allem in der Nähe von Ballungszentren. Die meisten Flächen werden in den Landkreisen Alzey - Worms (45 Betriebe), Ahrweiler (30) und Ludwigshafen (44) bewirtschaftet.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 852	3 904	3 926	3 928	3 929
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 052	2 001	2 145	722 ^P	914 ^P	1 182 ^P	2 192 ^P	726 ^P	891 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,1	6,4	2,2 ^P	3,0 ^P	3,6 ^P	6,6 ^P	2,2 ^P	2,8 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 560	3 524	3 295	2 812 ^P	3 098 ^P	3 217 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,8	9,9	8,4 ^P	10,3 ^P	9,9 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 553	3 656	4 024	3 773 ^P	3 420 ^P	3 481 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,0	11,2	12,1	11,3 ^P	11,4 ^P	10,7 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	22	25	15 ^P	11 ^P	19 ^P
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,6	6,1	7,1	4,6 ^P	3,7 ^P	5,8 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	7	- 132	- 729	- 961 ^P	- 322 ^P	- 264 ^P
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,0	- 0,4	- 2,2	- 2,9 ^P	- 1,1 ^P	- 0,8 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 290	11 299	11 679	9 937	8 916
* Fortgezogene	Anzahl	7 320	7 426	7 738	6 998	7 152
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 970	3 873	3 941	2 939	1 764
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	12 173	12 664	16 804	12 911	11 568
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	88 985	117 703	133 747	145 485	145 377	125 976	132 936	145 406	143 631
* Männer	Anzahl	47 150	65 894	76 761	84 994	85 441	70 850	76 425	86 007	84 375
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 761	5 936	7 093	.	.	.	6 949	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	29 993	41 224	47 756	.	.	.	44 503	.	.
Arbeitslosenquote	%	5,7	7,5	8,5	9,2	9,2	7,9	8,4	9,2	9,1
Offene Stellen	Anzahl	20 320	19 617	14 127	16 576	18 535	14 371	15 591	18 908	22 076
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 409	1 533	665	.	.	.	644	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	4 528	3 238	.	.	.	3 699	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	13 123	35 286	34 919	31 671	30 727	7 239	5 714	8 700	9 527
Männer	Anzahl	9 875	28 635	29 599	25 907	25 618	5 024	4 229	6 899	7 715
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
* Rinder	t	4 755	4 111	4 417	3 910	3 649	4 421	4 383	3 673	3 228
* Kälber	t	33	29	49	20	21	33	49	20	39
* Schweine	t	9 354	9 550	10 132	9 730	8 372	9 697	9 805	9 340	8 269
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	61 784	61 723	58 269	60 283	55 269	56 293	59 257	61 531	57 466
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 678	2 594	2 579	2 525	2 509	2 472	2 472
* Beschäftigte	1000	385	357	346	343	338	333	331
* Arbeiter ⁸⁾	1000	258	235	226	222	221	219	217
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	33 985	30 320	28 106	26 119	28 135	29 760	27 565
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 785	1 706	2 056	1 547	1 489	1 997	2 116
* Löhne	Mill. DM	997	932	1 070	833	794	1 101	1 083
* Gehälter	Mill. DM	788	774	986	714	695	895	1 033
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 877	8 270	8 645	7 726	7 842	9 184	9 422
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 978	2 807	3 091	2 777	2 865	3 455	3 610
* Exportquote ⁹⁾	%	33,6	33,9	35,8	35,9	36,5	37,6	38,3

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; aufgrund methodischer Änderungen sind die Angaben bei Schweinen ab Juli 1994 und bei Rindern ab Januar 1995 mit früheren Ergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000t SKE	271	260	298	.	.	.	270	.	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	807	697	643	.	.	.	853	.	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	126	105	115	.	.	.	125	.	.
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	50	47	50	.	.	.	43	.	.
* schweres Heizöl	1 000t	76	58	65	.	.	.	83	.	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 125	1 070	1 072	1 092	1 055	1 184	1 155
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	230	234	290	282	259	275	290
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	108	117	103 ^r	105 ^r	139	137
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	116	110	103	108	108	122	115
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	124	120	94	85	89	132	111
Chemische Industrie	1985 = 100	118	114	109	114	113	125	122
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	104	97	130	82 ^r	96 ^r	157	170
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	100	104	214	72	113	259	321
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	86	69	64	65 ^r	68 ^r	83	70
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	111	104	113 ^r	107 ^r	125	112
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	54	50	36	52	49	37	33
* Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe	1985 = 100	157	153	173	155 ^r	127	194	159
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	384	425	462	475	485	493	528	533	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 874	3 114	3 577	3 563	3 161	3 263	3 406	3 760	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 231	1 459	1 699	1 683	1 625	1 628	1 600	1 813	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	2 004	2 054	2 311	2 324	1 993	2 101	2 306	2 451	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	457	479	627	628	590	554	668	734	...
Handwerk⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	87	86	84	.	.	.	82	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	195	187	205	.	.	.	201	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 356	60 475	59 172	57 638	57 018	60 116	59 546	55 315	55 261
Facharbeiter	Anzahl	30 284	29 310	28 157	27 757	27 672	28 244	27 899	26 183	25 958
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 490	16 207	15 996	15 136	14 694	16 365	16 172	14 754	14 646
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 803	6 613	4 980	5 202	4 733	6 894	5 570	3 998	4 730
Privater Bau	1 000	4 497	4 454	3 443	3 739	3 434	4 875	3 926	3 017	3 459
* Wohnungsbau	1 000	2 653	2 666	2 047	2 244	2 013	3 151	2 529	1 837	2 124
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	17	41	32	34	20	24	24	22	20
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 827	1 747	1 364	1 461	1 401	1 700	1 373	1 158	1 315
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 305	2 158	1 537	1 463	1 299	2 019	1 644	981	1 271
Hochbau	1 000	433	413	324	316	264	366	288	251	281
Tiefbau	1 000	1 872	1 746	1 213	1 147	1 035	1 653	1 356	730	990
Straßenbau	1 000	981	939	636	590	537	915	745	404	523
Löhne und Gehälter	Mill. DM	242	245	237	204	186	374	263	189	187
* Löhne	Mill. DM	194	194	182	158	140	297	204	146	143
* Gehälter	Mill. DM	48	51	55	45	46	78	59	43	44
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	809	789	926	605	516	992	1 047	529	510

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	949	1 056	1 026	994	1 180	1 029	1 173	1 082	...
* mit 1 Wohnung	Anzahl	607	639	570	583	679	539	679	616	...
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	203	221	204	208	275	243	202	228	...
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	195	252	203	226	247	292	238	...
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 160	1 326	1 369	1 309	1 457	1 385	1 605	1 499	...
* Wohnfläche	1000 m ²	203	235	249	237	264	251	289	276	...
Wohnräume	Anzahl	9 327	10 849	11 505	10 878	12 081	11 566	13 328	12 793	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	437	533	563	531	601	592	661	625	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	5	1	2	1	2	-	...
Unternehmen	Anzahl	128	128	136	100	111	134	286	127	...
Private Haushalte	Anzahl	816	925	885	893	1 067	894	885	955	...
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	153	152	158	148	189	155	159	...
* Umbauter Raum	1000 m ³	987	800	890	644	655	901	858	791	...
* Nutzfläche	1000 m ²	154	125	122	115	103	132	183	134	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	194	150	214	179	205	277	246	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	24	27	17	37	21	21	...
Unternehmen	Anzahl	138	120	124	125	123	143	129	125	...
Private Haushalte	Anzahl	8	7	4	6	8	9	5	13	...
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 439	2 871	3 157	3 064	3 142	3 168	3 625	3 290	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 952	2 499	2 670	2 430	2 619	3 136
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 646	1 286	1 260	1 320	1 353	1 711
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	250	190	179	175	178	226
Dänemark	Mill. DM	50	40	45	44	38	49
Frankreich	Mill. DM	418	346	373	382	384	534
Griechenland	Mill. DM	31	22	20	17	18	25
Großbritannien	Mill. DM	270	231	205	239	253	325
Irland	Mill. DM	12	10	8	10	10	11
Italien	Mill. DM	257	183	166	200	196	239
Niederlande	Mill. DM	217	165	168	157	152	171
Spanien	Mill. DM	114	80	83	79	105	111
Portugal	Mill. DM	26	18	14	17	18	19
USA und Kanada	Mill. DM	196	186	211	196	202	254
Japan	Mill. DM	63	55	73	67	66	72
Entwicklungsländer	Mill. DM	394	339	404	295	370	368
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	104	138	183	130	126	156
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 262	1 967	1 898	1 620	1 982	2 350
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 289	1 016	902	810	1 051	1 180
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	290	171	127	102	183	208
Dänemark	Mill. DM	46	34	33	29	33	24
Frankreich	Mill. DM	300	265	260	207	312	386
Griechenland	Mill. DM	7	6	1	3	1	4
Großbritannien	Mill. DM	108	94	70	81	94	86
Irland	Mill. DM	12	11	11	4	13	15
Italien	Mill. DM	190	168	174	148	174	172
Niederlande	Mill. DM	213	163	123	144	119	196
Spanien	Mill. DM	103	83	88	71	99	78
Portugal	Mill. DM	21	23	14	20	23	12
USA und Kanada	Mill. DM	175	170	180	143	206	300
Japan	Mill. DM	120	109	126	80	71	74
Entwicklungsländer	Mill. DM	286	251	230	243	215	232
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64	64	74	47	82	122

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99,7	99,1	100,1	97,1	96,8	98,6	99,0
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	127,0	124,2	155,9	108,3	107,3	130,3	160,6
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,3	109,6	108,8	106,8	106,8	109,9	109,0
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	128,8	122,8	128,2	100,0	106,0	136,1	131,9
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	93,0	91,6	87,4	82,4	84,1	91,5	88,2
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,9	94,8	91,4	84,6	87,2	99,5	94,5
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,5	115,7	105,9	87,8	89,0	106,1	110,4
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	122,4	119,0	96,4	78,3	82,4	100,1	99,9
Gaststättengewerbe	1986 = 100	110,7	112,9	111,6	92,7	92,1	108,9	116,6
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	525	498	286	238	279	384	287	264	...
* Ausländer	1000	115	106	51	46	66	66	55	47	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 828	1 736	1 037	865	954	1 273	1 054	890	...
* Ausländer	1000	378	344	167	142	203	177	172	134	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 428	1 317	1 097	1 200	1 274	1 519	1 392
* Güterversand	1 000 t	956	890	726	882	930	1 133	915
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 852	13 351	10 348	12 687	11 770	11 728	11 096	12 223	12 049
Krafträder	Anzahl	803	936	130	319	601	221	201	268	854
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 963	11 502	9 368	11 614	10 404	10 669	10 049	11 170	10 439
* Lastkraftwagen	Anzahl	760	618	583	545	545	613	609	592	529
Zugmaschinen	Anzahl	159	138	138	99	121	123	135	117	145
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 530	1 509	1 552	1 275	1 075	1 403	1 362	1 240 ^P	1 175 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 282	8 073	9 715	8 052	6 974	8 080	8 181	7 621 ^P	6 804 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 065	2 046	2 161	1 766	1 450	1 946	1 885	1 688 ^P	1 590 ^P
* Getötete	Anzahl	39	40	50	28	25	44	38	23 ^P	24 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	29	24	21	33	23	16 ^P	17 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	5	2	-	-	4	3	1 ^P	-
Radfahrer	Anzahl	3	3	3	-	-	4	2	2 ^P	2 ^P
Fußgänger	Anzahl	4	6	14	4	3	3	9	4 ^P	4 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	541	533	510	424	328	496	453	407 ^P	376 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	315	311	361	295	203	307	301
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	90	23	32	30	49	28
Radfahrer	Anzahl	58	56	26	23	23	46	24
Fußgänger	Anzahl	57	57	85	63	59	66	86
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	67	83	87	87	88	68	97	94	77
Angemeldete Forderungen	1000 DM	57 183	49 827	125 084	47 490	29 089	51 658	79 999	54 411	42 746
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	3	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl
* Wechselsumme	1000 DM

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Kredite und Einlagen¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	104 522	112 376	112 376	.	.	.	119 477	.	.
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	102 700	110 428	110 428	.	.	.	117 459	.	.
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 181	20 046	20 046	.	.	.	20 750	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 583	19 205	19 205	.	.	.	19 956	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	598	841	841	.	.	.	794	.	.
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 288	10 247	10 247	.	.	.	9 450	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 686	8 745	8 745	.	.	.	8 431	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 602	1 502	1 502	.	.	.	1 019	.	.
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 231	80 135	80 135	.	.	.	87 259	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	63 181	71 424	71 424	.	.	.	78 424	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 050	8 711	8 711	.	.	.	8 835	.	.
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	100 201	104 081	104 081	.	.	.	106 975	.	.
* Sichteinlagen	Mill. DM	17 005	18 567	18 567	.	.	.	19 211	.	.
* Termineinlagen	Mill. DM	43 765	42 122	42 122	.	.	.	40 248	.	.
* Spareinlagen	Mill. DM	39 431	43 392	43 392	.	.	.	47 516	.	.
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM
Steuern³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 970	3 324	4 306	3 250	3 590	3 380	5 159	2 991	3 765
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 357	1 365	2 379	1 113	1 543	1 482	2 419	1 314	1 573
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 024	1 053	1 397	1 033	1 418	1 360	1 444	1 224	1 463
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	181	187	-	- 6	677	557	-	- 6	699
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	152	123	577	- 117	- 24	- 86	528	- 167	- 74
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	23	81	13	38	73	165	18
* Zinsabschlag	Mill. DM	-	32	21	150	93	84	16	126	88
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. DM	-	15	-	-	73	66	-	-	74
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	138	114	360	- 34	43	26	358	- 35	78
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	22	1	-	-	- 14	42	-	-	89
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	613	1 960	1 927	2 136	2 046	1 959	2 740	1 678	2 191
* Umsatzsteuer	Mill. DM	445	658	707	780	947	745	616	688	827
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	168	1 302	1 219	1 356	1 100	1 214	2 124	990	1 365
* Zölle	Mill. DM	11	215	249	206	210	151	295	185	233
* Bundessteuern	Mill. DM	150	504	1 222	14	537	441	1 080	12	625
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	0	0	472	1	0	0	60	0	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	102	498	1 207	8	525	426	1 072	4	562
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	44	2	10	0	5	3	4	3	51
* Landessteuern	Mill. DM	118	123	90	84	162	154	101	83	165
* Vermögensteuer	Mill. DM	24	27	2	2	59	63	9	2	66
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	59	61	50	44	73	52	53	70	51
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	4	15	10	7	7	8	6

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchsteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	690	674	662	.	.	.	765	.	.
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	7	.	.	.	8	.	.
* Grundsteuer B	Mill. DM	116	124	107	.	.	.	120	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	492	463	459	.	.	.	553	.	.
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	62	75	.	.	.	67	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 149	2 345	3 492	1 919	2 545	2 371	3 905	1 649	2 628
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	588	594	1 040	545	672	655	1 061	658	714
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	398	1 241	1 214	1 359	1 335	1 276	1 741	975	1 287
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	974	1 002	1 473	869	1 178	1 040	1 515	1 009	1 154
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582	585	1 038	476	658	607	1 054	566	669
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	258	284	315	308	356	278	315	354	316
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 148	1 158	1 545	.	.	.	1 610	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	406	413	369	.	.	.	420	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	543	534	974	.	.	.	978	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	115,1	119,9	121,1	122,2	122,6	124,2	124,4	125,0	125,5
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,5	114,8	115,5	116,4	116,6	117,4	118,1
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	105,7	110,5	.	.	111,6	113,6
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	22,43	23,60	.	23,94
Männliche Arbeiter	DM	23,36	24,51	.	24,85
Facharbeiter	DM	24,74	25,91	.	26,37
Angelernte Arbeiter	DM	22,44	23,56	.	23,67
Hilfsarbeiter	DM	20,06	20,83	.	21,02
Weibliche Arbeiter	DM	16,87	17,78	.	18,10
Hilfsarbeiter	DM	16,53	17,42	.	17,64
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,4	38,4	.	37,6
Männliche Arbeiter	Std.	39,7	38,6	.	37,7
Weibliche Arbeiter	Std.	37,9	36,8	.	37,0
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 461	5 631	.	5 676
Kaufmännische Angestellte	DM	4 910	5 082	.	5 156
männlich	DM	5 860	6 036	.	6 121
weiblich	DM	3 905	4 067	.	4 110
Technische Angestellte	DM	5 907	6 069	.	6 087
männlich	DM	6 045	6 203	.	6 226
weiblich	DM	4 429	4 613	.	4 614
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 848	4 033	.	4 125
Kaufmännische Angestellte	DM	3 834	4 018	.	4 109
männlich	DM	4 591	4 839	.	4 866
weiblich	DM	3 198	3 346	.	3 477

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 865	65 532	65 720	65 740	65 755
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 786 ³⁾	36 772 ^{p3)}	23 716 ^{p3)}	39 566 ^{p3)}	13 340 ^{p3)}	30 303 ^{p3)}	23 318 ^{p3)}	40 135 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	67 426 ³⁾	66 246 ^{p3)}	61 553 ^{p3)}	62 729 ^{p3)}	60 242 ^{p3)}	61 758 ^{p3)}	61 196 ^{p3)}	61 888 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 787 ³⁾	74 240 ^{p3)}	77 277 ^{p3)}	82 423 ^{p3)}	80 997 ^{p3)}	73 300 ^{p3)}	71 774 ^{p3)}	73 690 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 361 ³⁾	- 7 994 ^{p3)}	- 15 724 ^{p3)}	- 19 694 ^{p3)}	- 20 755 ^{p3)}	- 11 542 ^{p3)}	- 10 578 ^{p3)}	- 11 802 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1 000	1 808	2 270	2 408	2 514	2 736	2 446	2 450	2 545	2 745
Männer	1 000	983	1 277	1 351	1 442	1 602	1 374	1 380	1 460	1 615
Arbeitslosenquote	%	6,6	8,2	8,7	9,1	9,8	8,8	8,8	9,2	9,9
Offene Stellen	1 000	324	243	189	183	207	230	216	212	243
Kurzarbeiter	1 000	283	767	636	556	517	153	150	117	138
Männer	1 000	213	615	511	452	421	113	114	91	115
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 333	6 805	6 635	6 578	6 467	6 386	6 312	6 268	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	637	565	569	519	525	540	551	505	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 969	151 832	157 221	161 951	135 653	159 680	168 695	170 528	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 616	40 783	42 662	44 949	37 489	45 202	48 501	49 491	...
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	119	111	115	110	100	118	123	117	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	113	110	113	101 ^f	107	122	122	109	...
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	122	108	114	116 ^f	92	115	123	125	...
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	120	113	120	105 ^f	107	117	121	107	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985 = 100	128	126	137	127 ^f	117	138 ^f	144	124	...
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	33 247	32 609	36 061	37 092	36 794	33 697	34 767
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 764	2 641	2 894	3 055	3 253	2 627	2 971
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 076	1 080	1 091	1 075	1 033	1 110	1 104	1 090	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	115	111	110	84	85	123	123	94	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	14 650	14 390	16 849	23 929	9 735	17 071	18 416	20 841	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 159	14 657	11 408	14 096	12 473	15 900	13 165	15 542	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 842	11 844	10 629	10 938	9 920	12 403	10 044	11 839	...
Wohnfläche	1 000 m ²	2 909	3 315	3 114	3 431	2 921	3 889	3 288	3 940	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 826	2 678	2 631	2 597	2 145	2 848	2 622	2 771	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	38 234	43 674	41 917	47 559	39 209	51 207	44 563	53 255	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	137,5	134,7	144,3	168,2	118,9	134,7 ^f	140,3 ^f	168,4	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,0	124,8	114,3	120,6	104,2 ^f	134,6	114,1 ^p	121,8 ^p	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993		1994				1995	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Ausfuhr (Spezialhandel)²⁾	Mill. DM	55 933	50 331	54 113	56 852	47 545	60 451	62 548	65 287	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 391	24 066	26 239	24 297	22 771	30 464	30 146	31 469	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	4 132	3 316	3 526	3 338	3 034	4 230	4 120	4 195	...
Frankreich	Mill. DM	7 250	5 880	6 642	5 770	5 802	7 675	7 396	7 768	...
Großbritannien	Mill. DM	4 329	3 884	4 121	3 977	3 647	4 857	4 997	4 991	...
Italien	Mill. DM	5 200	3 647	4 015	3 554	3 544	4 714	4 713	4 896	...
Niederlande	Mill. DM	4 646	3 700	3 977	3 959	3 492	4 715	4 471	4 781	...
Einfuhr (Spezialhandel)²⁾	Mill. DM	53 129	45 404	46 227	49 024	41 821	53 448	53 775	58 841	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 639	20 999	20 660	23 032	18 091	26 158	25 029	27 687	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	3 735	2 592	2 193	2 554	2 099	3 431	3 058	3 576	...
Frankreich	Mill. DM	6 369	5 086	4 627	5 425	4 400	5 977	5 736	6 705	...
Großbritannien	Mill. DM	3 631	2 764	2 779	3 216	2 509	3 389	3 503	3 459	...
Italien	Mill. DM	4 872	3 682	3 863	3 961	3 055	4 816	4 603	4 965	...
Niederlande	Mill. DM	5 097	3 790	3 978	4 425	3 347	4 748	4 148	4 619	...
Geld und Kredit^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 418	3 758	3 696	3 758	3 766	3 986	4 023 ^r	4 065	4 063 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 674	2 920	2 858	2 920	2 922	3 104	3 126 ^r	3 143	3 106 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	744	838	837	838	844	882	897 ^r	922	957 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 261	2 511 ^r	2 400	2 511	2 493	2 532	2 547 ^r	2 591	2 545 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	771	859	814	859	866	902	907 ^r	940	943 ^p
Steuern²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	44 662	46 856	39 573	80 411	48 119	39 858	39 136	88 419	51 157
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	27 609	28 482	19 887	59 610	27 643	19 703	18 414	61 895	31 118
Lohnsteuer	Mill. DM	20 610	21 499	19 533	37 767	22 775	20 314	20 233	39 729	25 832
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	2 769	- 1 139	11 827	- 718	- 1 587	- 1 964	11 181	- 1 692
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	16 476	18 025	19 380	19 742	20 418	18 917	20 384	20 985	19 984
Umsatzsteuer	Mill. DM	9 773	14 541	16 131	16 338	17 444	15 910	17 016	16 470	17 129
Zölle	Mill. DM	645	603	613	685	554	585	545	728	518
Bundessteuern	Mill. DM	8 758	7 813	7 998	15 168	1 066	8 653	8 552	16 526	1 158
Versicherungsteuer	Mill. DM	675	774	666	494	549	497	703	568	618
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 972	7 020	7 252	14 535	405	8 058	7 469	15 840	343
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	100,8	99,6	98,1	98,9	100,2	100,1	100,4	101,0	101,9
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	91,9	84,7	84,0	86,0	84,3	87,1	87,1	87,6 ^p	89,5 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1991 = 100	101,4	101,4	101,2	101,1	101,5	102,2	102,6	102,7	103,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	105,5	110,1	110,8	.	.	.	113,1	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	105,7	110,5	111,2	.	.	.	113,6	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	105,1	107,7	107,4	.	.	.	108,2	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	115,1	119,9	120,9	121,1	122,2	124,0	124,2	124,4	125,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,3	114,5	114,8	116,6	116,4	116,6	117,4
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	113,3	116,4	117,4	117,4	117,5	118,3	118,6	118,6	118,6
Wohnungsmieten	1985 = 100	123,8	131,1	133,3	133,7	134,3	138,7	139,1	139,5	140,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,8	91,0	91,3	91,2	91,5	91,2	91,0	90,9	91,0
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	114,4	118,0	119,0	119,1	119,4	120,7	121,1	121,1	121,3
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	117,9	122,4	123,6	123,7	125,8	127,3	127,4	127,5	128,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	117,1	121,7	122,6	122,2	124,8	125,7	125,9	126,0	126,2
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	112,7	115,9	117,0	117,1	117,5	118,6	118,9	119,0	119,5
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	124,3	135,2	138,0	138,8	141,7	143,9	144,3	145,2	147,3

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. - 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. - 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. - 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 6) Ohne Baunebenleistungen.

Rieslingrebe weiter bevorzugt

Im Weinwirtschaftsjahr 1993/94 wurden in Rheinland-Pfalz gut 1 000 ha Rebfläche wiederbepflanzt. Neuanpflanzungen beschränkten sich angesichts des EU-weiten Anbaustopps auf wenige Ausnahmen. Bei den Pflanzungen bevorzugten die Winzer von den Weißweinsorten vor allem Riesling (323 ha), Müller-Thurgau (98 ha), Weißburgunder (90 ha) und Silvaner (80 ha). Damit wächst der Riesling (15 900 ha) mittlerweile auf 23 % der insgesamt 68 700 ha großen bestockten Rebfläche. Auch außerhalb seiner traditionellen Anbaugebiete Mittelrhein und Mosel-Saar-Ruwer gewinnt er zunehmend an Bedeutung. So verfügt er jetzt im Anbaugbiet Pfalz mit 4 900 ha über eine fast genau so große Anbaufläche wie der Müller-Thurgau, der landesweit 14 900 ha erreicht. In Rheinhessen haben nur noch Müller-Thurgau und Silvaner eine größere Fläche. Der Kerner, vor zehn Jahren erst mit wenigen Hektar vertreten, stagniert zur Zeit bei 6 200 ha. Besonderer Beliebtheit erfreute sich in den letzten Jahren der Chardonnay (143 ha), eine Spielart des Weißburgunders. Etwas mehr als 3 % der 1993/94 wiederbepflanzten Rebfläche entfielen auf ihn.

Der Rotweinanbau nimmt weiter zu und kam Mitte 1994 auf gut 8 100 ha. Gepflanzt wurden 1993/94 vor allem Spätburgunder (81 ha), Dornfelder (66 ha) und Portugieser (42 ha). Letzterer beansprucht mehr als die Hälfte der gesamten Rotweinfläche. Spätburgunder und Dornfelder folgen mit gut 1 800 ha bzw. 1 550 ha. bd

Fleischaufkommen in Rheinland-Pfalz rückläufig

Das Fleischaufkommen aus gewerblichen Schlachtungen in- und ausländischer Herkunft sowie aus Haus-schlachtungen belief sich 1994 in Rheinland-Pfalz auf rund 155 000 t. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung um 6,6 %. Auf Rindfleisch entfielen 45 100 t (-8,6 %) und auf Schweinefleisch rund 108 000 t (-5,8 %). Hierfür wurden 1,21 Mill. Schweine und 142 000 Rinder geschlachtet. hü

Milchanlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger weitgehend unverändert

Die rheinland-pfälzischen Milcherzeuger haben 1994 rund 743 000 t Milch an Molkereien inner- und außerhalb des Landes geliefert. Trotz einer geringeren Kuhzahl hat die Anlieferungsmenge noch leicht zugenommen (+0,4 %). Allein aus dem Regierungsbezirk Trier stammen über 50 % der erzeugten Milch. hü

Wieder mehr Kraftfahrzeug-Neuzulassungen 1994

In Rheinland-Pfalz wurden 1994 insgesamt 163 101 fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen. Das sind 1,8 % mehr als 1993. Die Zahl der Pkw-Neuzulassungen (140 688) ist um 1,9 % höher als 1993. Bei Lastkraftwagen (7 779; +4,8 %) und Zugmaschinen (1 772; +6,7 %) waren die Zuwächse 1994 noch deutlicher, während die Neuzulassungen von Krafträdern (11 278; +0,3 %) nur leicht stiegen. kl

**Boom bei Gebrauchtwagen
436 000 Fahrzeuge wechselten den Besitzer**

Im Jahre 1994 registrierten die Zulassungsstellen in Rheinland-Pfalz 436 245 Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen. Das sind 0,9 % mehr als 1993. Im einzelnen wechselten 388 410 Personenwagen (darunter 54 007 Kombis), 24 396 Motorräder und -roller und 13 015 Lastwagen den Besitzer. Außerdem wurden 2 938 Traktoren, 2 926 Straßenzugmaschinen und 2 919 Wohnmobile umgemeldet.

Damit gewinnt der Handel mit gebrauchten Fahrzeugen, insbesondere mit gebrauchten PKW, gegenüber dem Verkauf von Neufahrzeugen immer mehr an Bedeutung. Während die Zahl der Neuzulassungen von Personenwagen 1994 gegenüber 1991 um 24 % auf 140 688 zurückgegangen ist, hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Besitzumschreibungen um 2,2 % auf 388 410 erhöht. gr

Mehr als ein Drittel aller neuen PKW fahren schneller als 180

Im Jahre 1994 wurden in Rheinland-Pfalz 140 688 Personenwagen und Kombis erstmals zum Verkehr zugelassen. Das sind 1,9 % mehr als im Vorjahr.

Eine Unterteilung nach Höchstgeschwindigkeitsklassen ergibt, daß 22 % eine bauartbedingte Höchstgeschwindigkeit von 141 bis 160 km/h hatten. Gut 40 % waren zwischen 161 und 180 km/h schnell. Mehr als ein Drittel der neu zugelassenen PKW können schneller als 180 und 12 % sogar schneller als 200 km pro Stunde fahren. Nur 12 % der Fahrzeuge waren langsamer als 140 km/h. gr

kurz + aktuell

Neue Unfallkategorien in der Straßenverkehrsunfallstatistik

Das Erste Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes vom 23. November 1994 und die Verordnung zur näheren Bestimmung des schwerwiegenden Unfalls mit Sachschaden sind am 1. Januar 1995 in Kraft getreten.

Mittels Unfallanzeige sind nunmehr folgende Unfallkategorien zu erfassen und statistisch auszuwerten: Bei einem Unfall mit Getöteten wurde mindestens ein Verkehrsteilnehmer getötet. Ein Unfall mit Schwerverletzten hat mindestens einen schwerverletzten Verkehrsteilnehmer, aber keine Getöteten. Der Unfall mit Leichtverletzten hat mindestens einen leichtverletzten Verkehrsteilnehmer zur Folge, aber keine Getöteten und keine Schwerverletzten. Bei einem schwerwiegenden Unfall mit Sachschaden, diese Kategorie 4 ist neu, liegt ein Straftatbestand oder eine Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) vor. Außerdem muß gleichzeitig mindestens ein KFZ aufgrund eines Unfallschadens von der Unfallstelle abgeschleppt worden sein (nicht fahrbereit). Dies betrifft auch Fälle mit Alkoholeinwirkung.

Bei einem sonstigen Sachschadensunfall gemäß Kategorie 6 stand ein Unfallbeteiligter unter Alkoholeinwirkung. Sofern Kraftfahrzeuge beteiligt waren, müssen diese alle noch fahrbereit gewesen sein. Wenn gleichzeitig mindestens ein KFZ nicht fahrbereit war, dann ist Unfallkategorie 4 zutreffend.

Nur zahlenmäßig und in der Gliederung nach der Ortslage werden zudem sonstige Sachschadensunfälle ohne Alkoholeinwirkung erfaßt (Kategorie 5). Dazu zählen alle sonstigen Sachschadensunfälle ohne Straftatbestand oder Ordnungswidrigkeit, unabhängig davon, ob ein beteiligtes KFZ fahrbereit war oder nicht. Zusätz-

lich werden zu dieser Kategorie aber auch Unfälle mit Straftatbestand oder Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) gezählt, bei denen alle KFZ fahrbereit waren, aber keine Alkoholeinwirkung vorlag. kl

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - März		Veränderung
	1994	1995	
	Mill. DM		%
Landessteuern	370,8	375,4	1,2
Vermögensteuer	63,7	71,0	11,4
Erbschaftsteuer	25,1	32,9	31,3
Kraftfahrzeugsteuer	191,5	199,7	4,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	45,0	44,6	- 0,9
Feuerschutzsteuer	10,0	1,0	- 90,2
Biersteuer	35,5	26,2	- 26,1
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 810,4	1 914,7	5,8
Lohnsteuer	1 388,1	1 471,3	6,0
Veranlagte Einkommensteuer	99,2	60,5	- 39,0
Kapitalertragsteuer	48,4	100,4	107,5
Zinsabschlag	112,9	99,6	- 11,7
Körperschaftsteuer	161,8	182,9	13,0
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	815,7	973,3	19,3
Umsatzsteuer	716,6	760,5	6,1
Einfuhrumsatzsteuer	99,1	212,8	114,7
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	1,3	6,1	358,2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	1,2	5,7	381,1
I n s g e s a m t	2 999,4	3 275,1	9,2

Themen der letzten Hefte

Heft 2 / Februar 1995

Neues Statistisches Taschenbuch

Regionale Schülerprognose

Handwerkszählung 1995

Länderbeteiligung bei statistischen Vorhaben der Europäischen Union

Heft 3 / März 1995

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1994

System der Lohn- und Gehaltsstatistiken

So wohnen Haushalte mit Kindern

Öffentliche Wasserversorgung 1991

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.